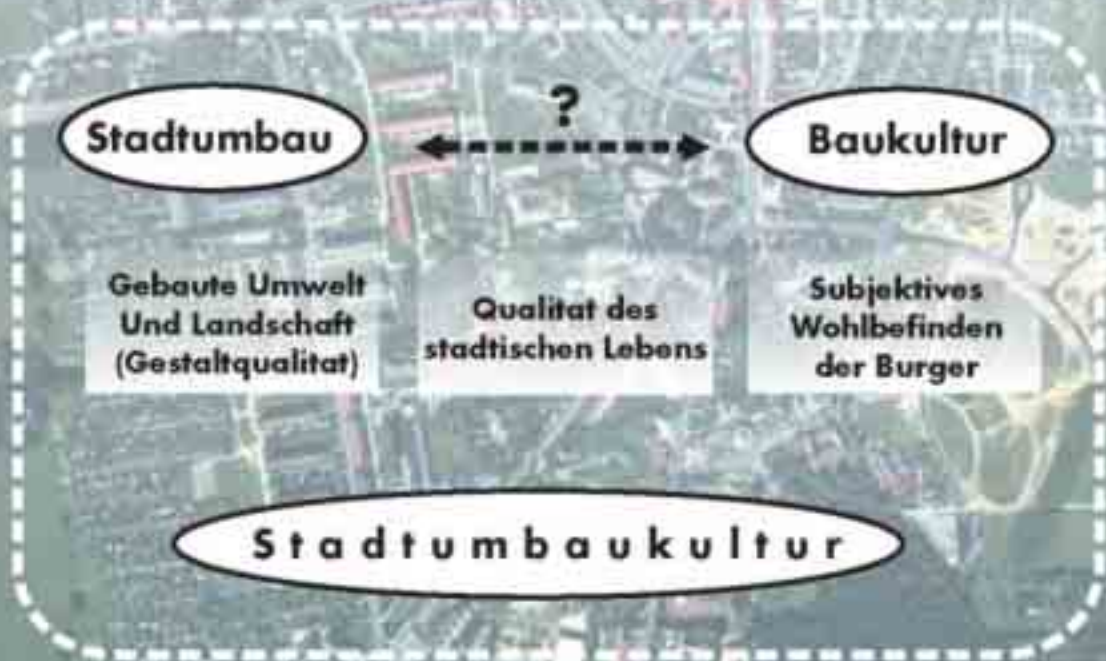


Baukultur im Stadtumbauprozess



Christoph Haller
Werner Rietdorf

Baukultur im Stadtumbauprozess

Erarbeitet im Auftrag des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

durch das
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

Erkner, Mai 2003

1. Auflage, Mai 2003

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Direktor: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Flakenstr. 28-31

15537 Erkner (bei Berlin)

Tel. 03362 – 793-0

Fax 03362 – 793-111

mail: regional@irs-net.de

www.irs-net.de

Autoren:

Dipl.-Ing. Christoph Haller

Prof. Dr. Werner Rietdorf

Mitwirkung:

Prof. Dr. Eduard Führ, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

V.-Prof. Dr. Susanne Hauser, Universität Gesamthochschule Kassel

Studentische Mitarbeit: Thorsten Weist und Jörn Villnow, Berlin

Druck: Druckhaus Köthen

Bildnachweis:

Die Abbildungen in Kapitel 6 wurden, wenn nicht anders angegeben, dankenswerterweise von den jeweiligen Städten zur Verfügung gestellt.

Titelbild unter Verwendung eines Luftbildes der Stadt Calau

(die Stadt Calau wurde im Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ mit einem zweiten Preis ausgezeichnet)

Mit freundlicher Genehmigung der Stadtverwaltung Calau.

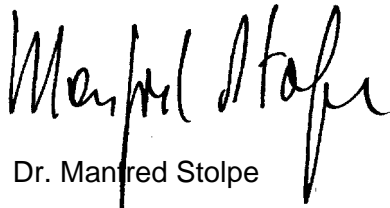


Vorwort

Der Stadtumbau ist die wichtigste aktuelle stadtentwicklungspolitische Aufgabe, die in den neuen Ländern ansteht. Aber auch für die alten Länder zeichnet sich ab, dass wir Städte umbauen müssen, um sie an die demographische Entwicklung und den wirtschaftlichen Strukturwandel anzupassen. Das Programm Stadtumbau Ost der Bundesregierung verändert entscheidend das Gesicht der Städte in den neuen Ländern. Es genügt nicht, die Städte sozusagen wieder zum Funktionieren, zum Laufen zu bringen. Wir haben gerade jetzt, in der Frühphase der Umsetzung, die einzigartige Chance, den Stadtumbau Ost so auszurichten, dass er zu einem entscheidenden Gewinn für die künftige Gestalt, für die künftige baukulturelle Qualität unserer Städte wird. Insoweit besteht eine weitgehende Deckungsgleichheit zwischen den stadtentwicklungspolitischen Zielen des Programms Stadtumbau Ost und der Initiative Baukultur der Bundesregierung.

Um diese gemeinsamen Ziele umzusetzen, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) mit der Ausarbeitung eines Gutachtens „Baukultur im Stadtumbauprozess“ beauftragt. Als erstes Teilergebnis der Arbeit des IRS konnte ich vor kurzem der interessierten Öffentlichkeit, insbesondere den kommunalen Akteuren des Stadtumbauprozesses, das „Positionspapier Baukultur Stadtumbau Ost“ zur Verfügung stellen. Der jetzt vorliegende ausführliche Forschungsbericht gibt ergänzend Beispiele dafür, wie die natürlichen und baulichen Elemente der Stadtgestalt im Rahmen des Stadtumbaus Ost so strukturiert werden können, dass sie eine anspruchsvolle städtebauliche Gestaltung ergeben. Es soll zugleich helfen, die Bürger der Städte zu motivieren, sich mit ihrer Stadt zu identifizieren und Schrumpfungsprozesse nicht als passive „Objekte“ gleichsam in der Art einer Naturkatastrophe über sich ergehen zu lassen, sondern den Stadtumbau aktiv als engagierte Bürger mitzugestalten.

Unseren stadtentwicklungspolitischen Zielen liegt die kompakte Stadt als Modell nicht nur der ökologischen, sondern auch der hohen baukulturellen Ansprüchen genügenden Stadtentwicklung zugrunde. „Kultivieren“ heißt ja bekanntlich „pflegen“, und es steht uns – wenn wir denn ernsthaft den Anspruch erheben wollen, eine Kulturnation zu sein – wohl an, pfleglich und sorgsam nicht nur mit unseren natürlichen Ressourcen, sondern auch mit unserem baulichen Erbe umzugehen. Dazu gehört aber auch nicht zuletzt die Vision von der Gestalt der Gesamtstadt. Das Programm Stadtumbau Ost soll dieses Anliegen verwirklichen. Ich sehe in ihm einen wichtigen Beitrag zur Baukultur im Sinne einer neuen Stadtumbaukultur, die der Qualität verpflichtet ist. Mit dem Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost haben wir die Bedeutung einer integrierten Planung und Vorgehensweise betont und Wege gewiesen, die auf nachhaltige Gesamtqualität setzen. Der Bund ist bereit, die Länder und Gemeinden auch weiterhin auf diesem Weg der Qualitätsorientierung beim Stadtumbau zu unterstützen und zu begleiten.



Dr. Manfred Stolpe
Bundesminister für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
und Beauftragter der Bundesregierung
für die neuen Länder

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung der Autoren	5
1 Einleitung	7
1.1 Stadtbau: Erste Erfahrungen mit einer neuen Aufgabe der Stadtentwicklung	7
1.2 Baukultur – ein vielschichtiges Spektrum	9
1.3 Stadtbau + Baukultur = Stadtbaukultur	14
2 Baukulturelevante Ebenen im Stadtbauprozess	16
2.1 Ebene der Gesamtstadt	16
2.2 Ebene der städtischen Teilgebiete bzw. Stadtteile	17
2.3 Ebene der Stadtquartiere	17
2.4 Ebene der Einzelgebäude	18
3 Stadtbaubezogene Gestaltanalysen als methodische Grundlage für die Entwicklung einer Stadtbaukultur	20
3.1 Notwendig: Gründliche Stadtbildanalysen in neuer Qualität	20
3.2 Methodische Grundgedanken und Diskurse zur Gestaltanalyse von Städten	20
3.3 Stadtbildanalysen für den Stadtbau – ein umfassender Prozess	23
4 Differenzierte baukulturelle Zielstellungen für unterschiedliche städtische Teilgebiete im Stadtbauprozess	24
4.1 Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Erhalt und Aufwertung	25
4.2 Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Bestandsreduzierung	29
4.3 Konsolidierte Gebiete ohne Handlungsdruck	33
5 Instrumente für die praxisnahe Umsetzung baukultureller Zielstellungen in den kommunalen Stadtbauprozess	35
5.1 Stadtkonkrete Entwicklung einer „Leitlinie Stadtbaukultur“	35
5.2 Kommission für Stadtbaukultur und Bürgerforum	37
5.3 Gestaltungssatzungen	38
5.4 Gestaltungsbeiräte	38
5.5 Wettbewerbe	39
6 Beispiele für stadtbaukulturelle Leitbilder und Zielstellungen aus den Bundeswettbewerben „Ost“ und „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ 2001/2002	40
6.1 Dauerhafte Bewahrung des bestehenden Stadtgefüges als langfristige Zielstellung	41
6.2 Schrumpfungprozess und Öffnung der Stadtstruktur	42
6.3 Profilierung eigenständiger Siedlungskörper	44
6.4 Integration derzeit solitärer Siedlungskörper	46
6.5 Zusammenwachsen von Alt und Neu	46
6.6 Ausprägung gesamtstädtischer Grünnetzungen bis hin zur „Verlandschaftung“ der Stadt	48
6.7 Nutzung spezifischer natürlicher Ressourcen für die Stadtgestaltung	49
6.8 Neue Strukturen für Gründerzeit- und Plattenbaugebiete	50
6.9 Neudefinition von Rändern und Kompaktierung	53
6.10 Überwindung von Barrieren und Schaffung von Übergängen	54
6.11 Beseitigung von Maßstabsbrüchen	55
6.12 Stärkung des öffentlichen Raumes	57
7 Schlussbemerkung	59
Quellenübersicht	61

Vorbemerkung der Autoren

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die meisten Städte und Gemeinden der neuen Länder vor einem tiefgreifenden Wandel in ihrer Stadtentwicklung. Dabei geht es nicht mehr bzw. nur noch in einem sehr eingegrenzten Umfang um Stadtentwicklung durch Wachstum, sondern in nahezu ausschließlicher Weise um die Bewältigung vielfältiger demografischer, ökonomischer und struktureller Schrumpfungsprozesse. Der Bevölkerungsrückgang und seine Folgen, die erheblichen Wohnungsleerstände im vorhandenen Bestand sowie die Anpassungszwänge in der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur, bei gleichzeitig expandierenden Neubaugebieten in der Peripherie und im Umland konfrontieren die Städte mit völlig neuen politischen und planerischen Aufgaben. Den Kommunen kommt hierbei eine Verantwortung zu, die sie nur mit neuen Handlungsstrategien, -verfahren und -instrumenten erfolgreich meistern können. Notwendig sind deshalb langfristig angelegte „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“, wie sie 2001/2002 im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Stadtumbau Ost“ für zunächst über 250 Kommunen bzw. städtische Teilgebiete erarbeitet wurden. Dabei hat sich gezeigt, dass auch Architektur und Baukultur in unserer Gesellschaft und im Stadtumbauprozess einen höheren Stellenwert erhalten müssen, soll sich das Bauen bzw. das Umbauen in den ostdeutschen Städten nicht auf technische oder betriebswirtschaftliche Aspekte beschränken.

In weitgehend zeitlicher Parallelität zur Arbeit der Kommunen an ihren jeweiligen Stadtentwicklungskonzepten wurde von Januar bis Dezember 2002 durch das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) der vorliegende Forschungsbericht erstellt, der darauf gerichtet ist, die Forderungen der „Initiative Architektur und Baukultur“ mit der weiteren Arbeit an den Stadtentwicklungskonzepten und ihrer praktischen Umsetzung in den Kommunen zu verbinden. Die wesentlichen Arbeitser-

gebnisse des genannten Forschungsauftrages wurden bereits Anfang des Jahres 2003 in einem „Positionspapier Baukultur Stadtumbau-Ost“ zusammengefasst, das seitens des BMVBW den ostdeutschen Kommunen und weiteren relevanten Stadtumbauakteuren zugeleitet wurde.

Der vorliegende Forschungsbericht greift die Inhalte und Empfehlungen dieses Positionspapiers auf und verfolgt vor allem folgende Zielstellungen:

- Sensibilisierung der Stadtparlamente und Kommunalverwaltungen sowie der Wohnungs- und Infrastrukturunternehmen und der Stadtöffentlichkeit für die Aufgaben der Baukultur im Stadtumbauprozess,
- Motivierung der planenden und bauvorbereitenden Akteure hinsichtlich einer engagierten und professionellen Einbeziehung stadt- und baukultureller Fragen in den Prozess des Stadtumbaus,
- Operationalisierung des Anliegens der „Initiative Architektur und Baukultur“ insbesondere im Hinblick auf die Erarbeitung stadumbaubezogener Gestalt- bzw. Stadtbildanalysen für Städte und städtische Teilgebiete sowie
- methodische Unterstützung der auf eine Verbesserung der Baukultur gerichteten Arbeit in den bzw. für die Kommunen, auch durch entsprechende Hinweise auf bereits vorhandene Ansätze und Beispiele.

„Baukultur im Stadtumbauprozess“ versteht sich dabei – ebenso wie der Baukulturbegriff allgemein – als ein breites Feld unterschiedlicher Handlungsstränge mit einer Vielzahl von Akteuren. Im Statusbericht „Baukultur in Deutschland“ wird der Baukultur-Begriff definiert als die „Herstellung von gebauter Umwelt und den Umgang damit“, was sich manifestiert „durch die Qualitäten der Gestalt von Bauten und gebauter Umwelt und deren Integration in den Raum, bei deren Gebrauch, der Nachhaltigkeit ökologischen, sozialen

und ökonomischen Sinne, und bei den Verfahren und Regeln der Auftragsvergabe und der Herstellung“ (BMVBW 2001a: 13). Baukultur im Stadtumbauprozess hat damit im Vergleich zu einer traditionellen, quasi „statischen“ Auffassung von Architektur lediglich als Objekt von „Baukunst“ einen erheblich weiter gefassten begrifflichen Inhalt, der neben dem Neu-Bauen bzw. dem Erhalten, Sanieren und Modernisieren von Vorhandenem auch den „dynamischen“ sozial-gesellschaftlichen Umgang mit der Bausubstanz und der gebauten Umwelt einschließt.

Selbstverständlich setzt stadtbezogene Baukultur nicht bei „Null“ an, sondern kann anknüpfen an vielfältige vorangegangene Positionen, wie sie z.B. in den 1950er/60er Jahren von Kevin Lynch und Jane Jacobs in den USA in der Auseinandersetzung mit dem städtebaulichen Funktionalismus entwickelt wurden, oder an entsprechende engagierte Arbeiten seit den 1960er Jahren in Deutschland bzw. Europa, z.B. von Wolf Jobst Siedler und Elisabeth Niggemeyer („Die gemordete Stadt“ 1961), Alexander Mitscherlich („Die Unwirtlichkeit der Städte“ 1965), Thomas Sieverts („Zwischenstadt“ 1997) und León Krier („Freiheit oder Fatalismus“ 1998).

„Baukultur im Stadtumbauprozess“ heute und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird sich aber im weitgehenden Unterschied zum früheren stadtbildanalytischen Herangehen, das meist noch von Stadterweiterungen und -ergänzungen ausgegangen ist, mit den inzwischen herangereiften, zweifellos erheblich komplizierteren Problemen der „schrumpfenden Städte“, der „lean cities“ (vgl. Lang / Tenz 2002), der „Perforation“ der Städte (vgl. Lütke Daldrup 2001), dem fortschreitenden Abriss bzw. Rückbau bisheriger Bausubstanz und den Fragen nach der Perspektive der „Europäischen Stadt“ (vgl. Rietdorf 2001) auseinander zu setzen haben.

Zurzeit gibt es verbreitet noch nicht einmal einen nur einigermaßen erkennbaren inhaltlichen Konsens zum differenzierten Charakter dieser Probleme, geschweige denn allgemeingültige Problemlösungsstrategien für die Zukunft. Die betroffenen

„schrumpfenden“ Städte – und das sind in den neuen Ländern fast alle, in den alten Ländern aber auch schon einige – sind deshalb in erheblichem Maße auf sich selbst gestellt. Die vorliegende Broschüre und ihre Empfehlungen sind daher durchaus auch als eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ für diese Kommunen gedacht.

In der vorliegenden Arbeit wird dabei auf die jeweils stadtkonkrete Erarbeitung einer „Leitlinie Stadtumbaukultur“ als ein wichtiges Instrument orientiert, die gewissermaßen als „Schlüssel“ dafür gesehen wird, unter den jeweils konkreten Bedingungen einer Stadt zu aufgabenadäquaten Ergebnissen in Bezug zur Entwicklung der Baukultur im Prozess des langfristigen Stadtumbaus zu gelangen.

Die Fokussierung auf die baukulturellen Aspekte im Stadtumbauprozess soll – das sei bereits an dieser Stelle ausdrücklich betont – keinesfalls als das einseitige Ausblenden wichtiger wohnungs- und kommunalwirtschaftlicher Rahmenbedingungen missverstanden werden, denn auch von den Verfassern dieser Arbeit werden die enormen betriebswirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen sich insbesondere die Wohnungseigentümer durch den Stadtumbauprozess konfrontiert sehen, durchaus nicht verkannt.

In vielen Städten – das haben nicht zuletzt die Ergebnisse des Stadtumbau-Wettbewerbs der Bundesregierung gezeigt – sind die Bemühungen bereits weit fortgeschritten, die unterschiedlichen Interessen der am Stadtumbau beteiligten Akteure durch eine zielgerichtete, integrierte Herangehensweise zu bündeln und maßnahmenkonkret umzusetzen.

Die im besten Sinne zu verstehende „Parteilichkeit“, die in der vorliegenden Broschüre für Belange einer baukulturell anspruchsvollen Stadtentwicklung ergriffen wird, soll deshalb auch vor allem ein Appell sein, diesen eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten.

Erkner bei Berlin, im Mai 2003

1 Einleitung

Stadtumbau und Baukultur: Beide Begriffe stehen in jüngster Zeit in der fachöffentlichen Debatte um Fragen der Stadtentwicklung hoch im Kurs. Zumeist werden beide Themenfelder jedoch noch eigenständig, quasi für sich selbst stehend, behandelt – ein Bezug wird nur selten hergestellt. Dies verwundert zunächst, stellt doch der Umbau der Städte vor dem Hintergrund des demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandels eine der zentralsten zukünftigen Aufgaben der Stadtentwicklung dar, die ohne Zweifel in den betroffenen Städten nicht ohne Auswirkungen auf die Belange und die Bedeutung ihrer Baukultur¹ bleiben wird.

Allerdings handelt es sich eben auch um zwei Themenfelder, die zumindest in Deutschland erst seit relativ kurzer Zeit, dafür aber mit einer Fülle beteiligter und betroffener Akteursgruppen bearbeitet werden:

Der Stadtumbauprozess ist vor allem durch einen massiven Problem- und Handlungsdruck geprägt, der die beteiligten Akteure aus lokaler Politik, Stadtplanung, Wohnungs- und Versorgungswirtschaft und anderen kommunal relevanten Bereichen nicht nur zwingt, sich in kürzester Zeit in einem komplexen Beziehungsgeflecht mit ihren jeweiligen Interessenschwerpunkten zu positionieren und gemeinsam zu konstituieren, sondern ihnen gleichzeitig auch abverlangt, tragfähige Grundlagen für die neuen Herausforderungen der künftigen Stadtentwicklung in Form von integrierten Entwicklungskonzepten zu schaffen und konsensual abzustimmen. Dabei geht es – verständlicherweise – vorrangig zunächst um eine Vielzahl ganz konkreter Einzelentscheidungen und praxisorientierter Umsetzungsmaßnahmen.

Die Baukultur-Debatte, maßgeblich angestoßen durch die „Initiative Architektur

und Baukultur“ der Bundesregierung, ist bislang hauptsächlich geprägt von der Bündelung eines breiten öffentlichen und fachlichen Diskurses über die Qualität des Planens und Bauens in Deutschland und die derzeitige und künftige Rolle der Architektur-, Stadtplanungs- und Ingenieurleistungen. In der Zukunft wird sich der thematische Fokus dieser Debatte jedoch stärker mit konkreten stadtentwicklungs- und planungsbezogenen Problemstellungen auseinander zu setzen haben.

Sowohl die Auseinandersetzung mit den Belangen von Baukultur als auch die Elemente des Stadtumbaus können als breit gefächerte Querschnittsaufgaben definiert werden, deren Anliegen sich in wichtigen Punkten durchaus überschneidet. Die Autoren der vorliegenden Broschüre sehen es von daher mit als ihre Aufgabe an, diese Überschneidungen herauszuarbeiten und den jeweiligen Akteuren die gegenseitigen Bezüge zu verdeutlichen. Dadurch soll ein Beitrag sowohl zur baukulturellen Qualifizierung des Stadtumbaus als auch zu einer verstärkten Wahrnehmung der Belange im Wandel befindlicher Städte im Rahmen der Baukultur-Debatte geleistet werden.

1.1 Stadtumbau: Erste Erfahrungen mit einer neuen Aufgabe der Stadtentwicklung

Stadtentwicklung in Deutschland ist nicht mehr in erster Linie durch Wachstum im positiven Sinne geprägt. Der aktuelle Strukturwandel in ostdeutschen und zunehmend auch westdeutschen Städten ist vielmehr dadurch gekennzeichnet, dass ausgewählte Kennziffern, insbesondere die Einwohnerzahl und die Zahl der Arbeitsplätze, zurückgehen. In nahezu allen Regionen der neuen Länder zeigt sich diese Entwicklung in drastischen Ausmaßen durch zunehmende Entleerung von Städten und Stadtteilen und es wird mittlerweile realistisch eingeschätzt, dass eine Umkehr dieses Trends zumindest mittelfristig nicht zu erwarten ist.

¹ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Frage, was genau unter dem Begriff der Baukultur zu verstehen ist, erfolgt im weiteren Verlauf dieses Kapitels.

Eine Folge dieser Entwicklung sind zunehmende Missverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage auf den städtischen Wohnungsmärkten sowie im Versorgungs- und Dienstleistungssektor. Diese Nachfragerückgänge führen zwangsläufig zu einem Überhang an vorhandenen Raum- und Flächenangeboten, der sich mittlerweile nicht mehr nur auf bestimmte Baustrukturen bzw. Wohnungsmarktsegmente beschränkt, sondern zunehmend das „System Stadt“ in seiner Funktionsfähigkeit als Ganzes nachhaltig bedroht. Betroffen sind nicht nur die gründerzeitlichen Stadterweiterungen sowie die Großsiedlungen und Wohnungsbestände aus der DDR-Zeit, sondern immer mehr auch die historischen Stadtkerne, die Siedlungsbestände der Zwischenkriegszeit und vielerorts auch die nach 1990 entstandenen Geschosswohnungsbauten.

Insbesondere die Wohnungswirtschaft in den ostdeutschen Städten hat auf die Dramatik dieser Entwicklungen und auf die damit verbundenen Herausforderungen und Konfliktfelder in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen. Die Bundesregierung reagierte im Jahr 2000 zunächst mit der Einsetzung der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“, deren Abschlussbericht als umfassende Bestandsaufnahme und -analyse der Situation die Grundlage für einen seither immer intensiveren Diskurs zum Stadtumbau in Ostdeutschland lieferte. Vor dem Hintergrund dieser „Vorgeschichte“ ist es nicht weiter verwunderlich, dass als erste Ergebnisse dieses Stadtumbauprozesses von den Städten in erster Linie konzeptionelle Aussagen vorgelegt wurden, die nahezu ausschließlich den städtebaulichen Umgang mit dem Wohnungsüberhang thematisieren.

Seit ca. 2001 haben aber viele Kommunen, unterstützt durch die jeweiligen Länderministerien sowie in besonderer Weise befördert durch den Bundeswettbewerb „Stadtumbau-Ost“, damit begonnen, integrierte Stadtentwicklungskonzepte zu erarbeiten und sich damit der Aufgabe gestellt, über die wohnungswirtschaftliche Situation hinaus eine realistische und ganzheitliche Neubewertung der Entwicklungsmöglich-

keiten ihrer Städte und einzelner Stadtteile vorzunehmen. Der Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“, an dem sich von November 2001 bis September 2002 259 ostdeutsche Kommunen mit 268 Wettbewerbsbeiträgen beteiligt haben, konnte einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass zumindest alle größeren Kommunen, aber auch eine Vielzahl der Klein- und Mittelstädte in den neuen Ländern inzwischen über eine vergleichbare Grundlage und Ausgangsbasis für ihren weiteren Stadtumbauprozess verfügen.² Auf Basis fundierter Bestandsaufnahmen der Grunddaten und Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung, der Perspektiven der wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Entwicklung, des vorhandenen Wohnungsbestandes und der Wohnungsteilmärkte sowie auf Grundlage von Schätzungen zur wohnungsbezogenen Nachfrageentwicklung haben die Kommunen in ihren Konzepten Prioritäten für die künftige Entwicklung der unterschiedlichen städtischen Teilgebiete festgelegt. In nicht unerheblichem Maße wird es dabei um eine Neuordnung des städtischen Gefüges durch Abriss und Rückbau vorhandener Bausubstanz gehen. Zusätzlich zu dieser verantwortungsvollen Gestaltungsaufgabe ist aber auch die Aufwertung und Neugestaltung der zu erhaltenden städtischen Teilbereiche ein Kernelement des Stadtumbauprozesses (vgl. BMVBW 2001b). Mit den Ergebnissen des Stadtumbau-Wettbewerbs ist nun ein wichtiger Zwischenschritt, sozusagen ein „Meilenstein“, erreicht (vgl. Brenner / Krautzberger 2002).

Auch in vielen westdeutschen Städten verschärft sich inzwischen die demografische und wirtschaftliche Situation und dieser Strukturwandel wird auch dort mittelfristig einen umfassenden Stadtumbau erforderlich machen. Die Bundesregierung trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem sie im Rahmen der Programme des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) ein Forschungsfeld „Stadtumbau West“ mit zunächst elf Modellstädten aus unterschiedlichen Regionen aufgelegt hat.

² Zusätzlich zu den am Bundeswettbewerb teilnehmenden Kommunen wurde auf Landesebene in zahlreichen weiteren Städten die Erarbeitung von Stadtentwicklungskonzepten gefördert.

Mit dem Ergebnis dieser exemplarischen Analyse wird sich zeigen, in wieweit die bis dahin gesammelten Erfahrungen in den neuen Ländern auf die westdeutschen Städte übertragbar sind und in welchem Maße sich der Stadtumbau zu einer nationalen Aufgabe entwickeln wird.

Im Osten Deutschlands hat das Bundesländer-Förderprogramm Stadtumbau Ost eine Laufzeit bis zum Jahr 2009. In diesem Zeitraum bedarf es in den Städten der Entwicklung positiver Zukunftsvorstellungen. Gefragt sind städtische Leitbilder, die sich den in den vorliegenden Stadtentwicklungskonzepten ermittelten individuellen Rahmenbedingungen und Prognosen realistisch stellen, sich jedoch nicht auf die rein statische und pragmatische Übernahme der zum jetzigen Zeitpunkt darin festgelegten Umsetzungsmaßnahmen im städtebaulich-funktionellen, wohnungswirtschaftlichen und infrastrukturellen Bereich beschränken dürfen. Die Entwicklungen während der Laufzeit des Programms und darüber hinaus werden dynamisch verlaufen und nicht immer die in den Prognosen getroffenen Annahmen erfüllen. In einer flexiblen Anpassung der Konzepte liegt für die Städte die Chance, die langfristigen Weichen für eine tragfähige Stadtentwicklung unter den Bedingungen grundlegender struktureller Wandlungen zu stellen.

1.2 Baukultur – ein vielschichtiges Spektrum

In den vergangenen Jahren taucht der Begriff „Baukultur“ immer häufiger in den öffentlichen und fachöffentlichen Diskursen auf. Die Assoziationen, die sich mit diesem Begriff verbinden, sind ebenso reichhaltig wie beim Nachhaltigkeitsbegriff, der seit Anfang der 1990er Jahre die planerische Debatte prägt. „Wie dieser, so berührt auch der Begriff Baukultur alle Bereiche des Planens und Bauens, vom Denkmalschutz über die Architektur, die Stadtplanung bis hinein in Landschaftsplanung und Innenarchitektur.“ (Willinger 2002: 186). Man kann also – sehr vereinfacht – sagen: Baukultur geht zunächst ALLE an, denn die gebaute Umwelt beeinflusst jeden Menschen: Wir sind „in unse-

rem Alltag ständig von Architektur und Stadtplanung, von Ingenieurleistungen und Landschaftsplanungen umgeben – sei es in unseren Wohnungen oder Arbeitsstätten, sei es in unseren Städten oder auf den Verkehrswegen.“ (Kähler 2002: 3). Dabei ist Baukultur „weniger ein Produkt als ein Anspruch. Und sie ist weniger ein Zustand als ein Prozess. Baukultur ist so etwas wie das (eigentlich nicht messbare) Maß an Aufmerksamkeit, an Energie und an Kreativität, die sich auf die Auseinandersetzung mit der gebauten Umwelt richten.“ (Hatzfeld 2002: 31).

Um den Stellenwert der Baukultur in der öffentlichen Diskussion zu stärken hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) im Oktober 2000 die „Initiative Architektur und Baukultur“ gestartet. Partner dieser Initiative sind zahlreiche Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die sich dem Anliegen der Baukultur verpflichtet fühlen. Damit wurde erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte eine Plattform geschaffen, die es ermöglicht, den umfassenden Themenkomplex „Baukultur“ auf breiter Basis zu diskutieren und inhaltlich weiter zu entwickeln. Ausdruck und Erfolg dieser Initiative sind u.a. zahlreiche unterschiedlichste Veranstaltungen mit baukulturellem Kontext, die seit Oktober 2000 stattfanden sowie eine umfangreiche Publikation in zwei Bänden, die unter dem Titel „Baukultur in Deutschland“ im Sommer 2002 vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung veröffentlicht wurde. Der Band 1 dieses Werkes (Kähler 2002) basiert auf dem von Prof. Dr. Gert Kähler erarbeiteten und im Dezember 2001 anlässlich des Kongresses „Baukultur in Deutschland“ in Köln vorgestellten Statusbericht zur Baukultur in Deutschland, der auf Basis einer daten- und faktengestützten Analyse darüber Auskunft gibt, welche Probleme und Zukunftsaufgaben die Akteure im Planungs- und Bauwesen im Hinblick auf Architektur und Baukultur in Deutschland derzeit sehen.

Die Inhalte des Statusberichtes haben Eingang gefunden in einen Bericht zur Initiative Architektur und Baukultur, den das Bundeskabinett im April 2002 beschlossen und dem Bundestag vorgelegt

hat.³ Der Bundestag hat sich für die Fortführung der Initiative ausgesprochen und für das Haushaltsjahr 2002 entsprechende Finanzmittel bereitgestellt.

Ein weiteres wichtiges Element im Rahmen der Initiative Architektur und Baukultur ist die vom Förderverein des Deutschen Architekturzentrums Berlin (DAZ) unter dem Vorsitz des ehemaligen Direktors der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park, Prof. Dr. Karl Ganser, vorbereitete Gründung einer „Nationalen Stiftung Baukultur“, die im Juli 2002 im Rahmen des XXI. UIA-Weltkongresses in Berlin vollzogen wurde. Die Stiftung möchte durch eine Konzentration auf wenige herausragende Kommunikationsinstrumente (geplant sind: ein Bericht zur Lage der Baukultur, ein Schwarz-Weiß-Buch zur Baukultur, die Auszeichnung einer "Nationalen Hauptstadt der Baukultur" und ein „nationales Experiment der

Baukultur“, letzteres ein Projekt, das sich durch soziale, technologische und gestalterische Innovationen hervorhebt) eine bundesweit beachtete Stimme für Anliegen und Maßstäbe in der Baukultur darstellen.⁴

Der Begriff Baukultur sollte, um ihn umfassend verstehen und überschauen zu können, in den Kontext der derzeitigen Auseinandersetzungen um den Begriff „Kultur“ in den Kulturwissenschaften gestellt werden. Die Kulturwissenschaften bemühen sich um einen allgemeinen Kulturbegriff, der (im allgemeinsten Sinne) alles einbezieht, „was Menschen auch anders machen könnten“ (n. Peter Burke). Doch das ist eine Definition, die eher Fragen stellt, als beantwortet. Sie verweist auf eine Fülle differenzierter Kulturbegriffe, die im folgenden Exkurs in ihren Hauptzügen vorgestellt werden sollen.

³ Dieser Bericht ist als Bundestagsdrucksache 14/8966 im Internet unter www.bundestag.de verfügbar.

⁴ Ausführliche Hintergrundinformationen zur Initiative Architektur und Baukultur enthält die Internet-Plattform www.architektur-baukultur.de / Weitere Informationen zur Nationalen Stiftung Baukultur enthält die Internet-Seite des Fördervereins DAZ e.V.: www.baunetz.de/arch/daz_foerderverein/stiftung/index.html sowie ein die Stiftung vorbereitendes Gutachten, das dort zum Download bereitsteht.

Exkurs: Zur Differenziertheit des Kulturbegriffs

Cultura

Die Rede von der Kultur beginnt historisch mit der Rede über die Pflege und Veredelung des Ackers, denn das ist die Bedeutung des lateinischen Ausdrucks cultura. In einem übertragenen Sinne wird Cicero von der cultura animi sprechen, der Pflege, Veredelung und Ausbildung der Seele, des Geistes. Etymologisch gibt es auch einen Bezug zu cultus, der Verehrung der Götter. Kultur ist also am Anfang der Name eines pfleglichen, respektvollen und fördernden Unterfangens.

Gleich mit dieser ersten Rede von der Kultur ist gesetzt, dass sie etwas Menschliches und typisch für Menschen ist. Auch ist damit gesetzt, dass es sich bei cultura um etwas handelt, was Menschen unter den ihnen gegebenen Umständen mit sich und der Welt anfangen. Kultur bezeichnet eine Formung von etwas Ungeformten, eine Regulierung der Natur, der Wildheit, des Barbarischen, der Triebe, alles dessen, was ungeformt sein kann.

In enger Verbindung steht damit die Wortbedeutung von „Cultus“, das mit Kulturen, Ritualen der Verehrung und heiligen Dingen in Zusammenhang gebracht wird.

Kultur vs. Kulturlosigkeit

Kultur im Sinne von „cultura“ ist später als Inbegriff der Veredelung zum Ehrentitel und zum Unterscheidungsmerkmal zwischen verschiedenen Gesellschaften und von Gruppen innerhalb von Gesellschaften geworden, damit ist Kultur ein Ausdruck, der für Entzweiung und potenzielle Konflikte steht. In dieser Rolle fungiert der Begriff bis heute.

Seit dem 18. Jahrhundert, seit es in Europa, ausgeprägt besonders im deutschen Sprachraum, einen philosophischen Kulturbegriff gibt, gibt es auch eine Stufung zwischen verschiedenen Kulturen. Unterschieden wird zwischen höher entwickelten und anderen Gesellschaften. Minimalbedingung für das Zugeständnis von "Kultur" an andere Gesellschaften ist die Schrift. Besonders im 19. Jahrhundert und im deutschen Sprachraum meint Kultur das, was als Spitzenerzeugnis der eigenen Gesellschaft verstanden wird und der Identifikation und Identitätsschaffung dient, Kunst, Theater, Philosophie, auch entwickelte Produktionstechnik, die klassische Bildung, die eigenen Sitten.

Kultur vs. Zivilisation

Die Differenzierung zwischen Kultur und Zivilisation hat eine lange und nationalistisch geprägte Geschichte. Der Kulturbegriff deutscher Provenienz stellte bis Mitte des 20. Jahrhunderts die deutsche Kultur und die französische, manchmal auch die englische Zivilisation gegeneinander. Dabei spielte aus deutscher Sicht der Anspruch auf „Tiefe“ und auf Zugang zum „Wesen“ der Dinge eine Rolle, die eine Überlegenheit begründen sollten, die als „geistige“ verstanden wurde.

Dagegen wurde die technisch definierte „Zivilisation“ gestellt, der Unverständnis in beiden Hinsichten zugeschrieben wurde und die als praktischer Zugang zu den Gegebenheiten des Lebens verstanden wurde. Praxis aber war eine verachtete Größe. Die Geschichte dieses Gegensatzes hat vor allem Norbert Elias in der Einleitung zu seinem Werk über den Prozess der Zivilisation deutlich herausgearbeitet. Im Alltagsverständnis ist die höhere Bewertung als kulturell begriffener Errungenschaften gegenüber solchen, die als zivilisatorische Fortschritte klassifiziert werden, in Deutschland noch heute erhalten.

Kultur vs. Natur

Natur und Kultur sind ein bereits antikes Gegensatzpaar, das immer wieder neu interpretiert worden ist. Konstant erhält sich der Gegensatz nur über eine Überzeugung: Das eine ist genau das nicht, was das andere ist. Wie Gesellschaften die Beziehung von Natur und Kultur bestimmen, ist fundamental. Denn in dieser Bestimmung liegt ein Schlüssel zum Verständnis der Lebensweise einer Kultur. Je mehr eine Gesellschaft lernt, die innere, also die menschliche, und die als außerhalb der jeweiligen Gesellschaft liegend verstandene, die äußere Natur zu manipulieren, umso größer ist ihre Wahl in der Beschreibung und Gestaltung der Beziehung von Kultur und Natur.

Zur Zeit ist die Grenze zwischen dem, was Natur und dem, was Kultur heißt, in den industrialisierten Gesellschaften im ständigen Fluss. Die Grenze löst sich von zwei Seiten her auf. Wir verfügen über immer mehr Mittel, unsere eigene Natur wie die uns umgebende zu beeinflussen. Es gibt die Behauptung, dass Natur aufgebraucht, gänzlich produziert und damit alles zur Kultur geworden sei.

Andere finden in der Untersuchung ökologischer Systeme und genetischer Eigenarten immer mehr nicht von Menschen kultivierte Bedingtheiten menschlicher Existenz. Aus der Perspektive mancher biologischen Forschung findet sich insofern immer mehr "Natur". Ein Ausweg aus dem Gegensatzpaar ist gesucht - und viele Wissenschaften, auch Wissenschaftshistoriker beschreiten ihn, indem sie den Gegensatz von Natur und Kultur in übergreifenden Konzepten aufzuheben suchen.

Sie schaffen den alten Gegensatz zur Einheit um, indem sie von Umwelten sprechen, Lebensweisen oder -formen beschreiben oder den Menschen als Cyborg auffassen, als ein Natur-Techno-Kulturamalgam.

Kultur vs. Barbarei

Spricht man über Kultur, ruft man noch weitere Traditionen der Rede über sie auf. Eine ist die Rede über die Kultur als Gegensatz zur Barbarei, zu jenem Zustand, der keine Formung kennt, ein Zustand des Fremdseins, der Unverständlichkeit der unerklärlichen Vorgänge, des Wütens, auch des absurden Glücksgefühls, der Unfähigkeit, sich zu halten.

Dieser nicht menschenwürdige Zustand, so viele Beschreibungen der Barbarei, ist vorgesellschaftlich, kann aber jederzeit (wieder) in einer Gesellschaft ausbrechen oder sie von außen bedrohen. Die Kultur nur führt den Menschen in einen menschenwürdigen Zustand ein. Sie tut das nicht ohne Preis. Kultur ist eine Errungenschaft, begründet auf einem Vertrag, auf einem Verzicht, einem Verlust, auf einer Unterwerfung, einem Opfer.

Hochkultur vs. Volkskultur

Kultur taugt heute nicht mehr fraglos als Kampfbegriff oder Mittel der Selbsterhöhung, auch wenn er noch so benutzt wird. Die Untauglichkeit des Begriffs Kultur als Berufungsinstanz für aggressive Selbstbehauptung liegt unter anderem an hundertjähriger Kritik. Der Hochmut der "Hohen Kultur" ist gebrochen, nicht zuletzt durch die "Kulturindustrie", die den Konsum künstlerischer Leistungen massenhaft zugänglich machte, aber auch durch einen umfassenden Bildungs- und Demokratisierungsprozess, der die Träger der „Hochkultur“ ihrer Exklusivität beraubte – auch wenn nach wie vor Reste der Differenz im Selbstverständnis verschiedenster Gruppen bestehen.

Ethnologische und anthropologische Forschungen haben die sich als "Hochkulturen" verstehenden Länder vor allem Westeuropas eingereiht unter die Kulturen der Welt und gleichzeitig die innere Heterogenität der industrialisierten Gesellschaften gezeigt. Das aggressive Behaupten kultureller Identität scheint angesichts der Globalisierung der wirtschaftlichen Prozesse und der zunehmenden Beweglichkeit von Menschen wie ein anachronistisches Aufbäumen.

Grenzen zwischen Kulturen werden aufgrund beschleunigten Austauschs und internationalisiertem Medieneinfluss schwächer, das Erscheinen und Verschwinden von Kulturen hat sich beschleunigt. Und die Frage nach Kultur und Natur, Kultur und Barbarei wird immer häufiger in anderen, die Gegensätze umfassenden Begriffen gedacht.

Kulturkonzepte heute

Gerade jetzt, da der Begriff der Kultur sich als Differenzierungsbegriff aufzulösen scheint, wird er immer wichtiger. Namengebend ist er beispielsweise für die Kulturwissenschaft. Sie beschreibt, analysiert, enträtselt die symbolischen und praktischen Prozesse, in denen gesellschaftliche Bezüge zustande kommen in historischer und in synchroner Perspektive, ohne sich durch die klassischen disziplinären Grenzen den Blick für Zusammenhänge nehmen zu lassen.

Der Kulturbegriff der Kulturwissenschaft, der Anthropologie und der Ethnologie bezieht sich heute auf das, was eine Gruppe von Menschen als Muster der Deutung der Welt und ihrer selbst produziert, versteht und benutzt. Kultur in diesem Sinne erhält sich über Gedächtnis, Erinnerung und Lernen, über die Weitergabe von Gedanken, Praktiken und Dingen. Kultur wird als mehr oder weniger stabil angesehen, das Tradierte wird immer wieder neu gewonnen, interpretiert und anverwandelt. Der Kulturbegriff hat in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich in den Sozial- und Geisteswissenschaften den sozialwissenschaftlich und ökonomisch besetzten Begriff der „Gesellschaft“ aus der Diskussion verdrängt. Das bedeutete nicht nur die Änderung eines Terms, sondern hatte weitere Konsequenzen, die sich auf Themenwahl, Erkenntnisinteressen, Methoden und Gegenstände beziehen und die öffentliche Diskussion über die Frage nach der Kultur beeinflussen

Im Zentrum des Interesses der genannten Disziplinen, die sich heute Kulturwissenschaften nennen, stehen Gegenstände wie Sprache und andere Zeichen- und Symbolsysteme, Normen und Werte, Kommunikation und Medialität. Die Kulturwissenschaften fragen nach dem Prozess der Individualisierung und nach der Rolle des Subjekts im Sinne einer historischen Anthropologie, nach der Kodierung von Über- und Unterordnungsverhältnissen. Sie kritisieren die eine Perspektive und untersuchen die Entfaltung heterogener Positionen im Raum und in der Zeit. Sie stellen auch die Frage nach der Vergleichbarkeit, nach der Vereinbarkeit und dem Potenzial der Entzweiung, das in unterschiedlichen Äußerungen und Praktiken unterschiedlicher Gruppen und Organisationen liegt.

Kurz, die Kulturwissenschaft stellt heute umfassend die Frage nach der lebensweltlichen Praxis, die sich mit unterschiedlichen kulturellen Wirklichkeiten verbindet, indem sie Prozesse untersucht, in denen Sinn entsteht und sich für handelnde Menschen Wirklichkeit herstellt.

Die Kulturwissenschaft beschreibt Kultur als einen nicht zielgerichteten Prozess ohne Wertigkeit. Er kann Gewalt oder Befreiung, Aggression oder Harmonie bedeuten. Aber immer kristallisieren sich in diesem Prozess für eine bestimmte Zeit symbolische und praktische Beziehungen, in denen Gruppen von Menschen sich und ihre Welt verstehen und erzeugen.

Der Begriff der Baukultur verbindet sich im Unterschied zu den eben charakterisierten neueren Kulturbegriffen mit Wertungen und Ansprüchen zumindest in der Hinsicht, dass er sich nicht auf eine Beschreibung beschränkt, sondern auf eine Qualitätssteigerung zielt. Insofern weicht er von dem heute in den Kulturwissenschaften zugrunde gelegten Verständnis und Arbeitskonzept von Kultur ab und macht Anleihen bei älteren, im üblichen Wortgebrauch aber aktiven Vorstellungen. Er macht Gebrauch von dem polemischen Potenzial, das sich mit dem Konzept der Kultur als Gegenbegriff zu Nicht- oder Unkultur immer noch verbindet.

Das ist in dem gegebenen Kontext ein durchaus produktiver Zugang, wenn und solange er das Konzept der Baukultur an das älteste Verständnis der Kultur anlehnt, an das der „cultura“, das Kriterien wie Aufmerksamkeit, Angemessenheit, Pflege, Förderung und Produktivität in den Mittelpunkt stellt. Die bereits im Vorwort zitierte Definition von Baukultur aus dem Statusbericht „Baukultur in Deutschland“ bzw. aus dem Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag ist in diesem Sinne eine gute Voraussetzung. Der Bericht führt dazu aus:

„Dabei wird Baukultur als eine Bewusstseinsfrage gesehen, die vor allem dreierlei verlangt:

- *einen Qualitätswillen, der über technisch-funktionale und wirtschaftliche Belange auch die sozio-ökologischen und kulturellen Belange einbezieht und Wert auf eine nachhaltige Gesamtqualität legt;*
- *Qualitätsstützende Verfahren, Regeln und Abläufe, wie etwa (...) die Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus und des Bauwesens (...),*
- *eine hohe Kommunikations- und Integrationsleistung durch verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit, Dienstleistungsorientierung sowie Einbindung Beteiligter und Bürger.“* (Deutscher Bundestag 2002)

Es geht also bei Baukultur um Wertorientierungen, wie etwa Nachhaltigkeit, Achtung vor der Geschichte, die Rolle der Landschaft, Mut zum Experiment, Kunst

des Bauens, Gestaltung und öffentlichen Raum, Kultur der Verfahren, integrative Planung. Es geht darum, auch im Erscheinungsbild uns wichtige Qualitäten zum Ausdruck zu bringen wie Offenheit, Formenvielfalt, soziale Integration oder Gebrauchsnutzen – als Spiegel unseres Selbstverständnisses.

Eine Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Baukultur besteht deshalb darin, zeitgemäße Qualitäten mit ihm zu verbinden, die offen sind für die Beiträge verschiedener Nutzergruppen, die in Städten zusammen leben und deren unterschiedliche (Alltags-)Kulturen das Leben und damit auch die Atmosphäre und die Qualität des Aufenthaltes in den Städten bestimmen.

In diesem Zusammenhang spielt der Begriff der Ästhetik und in seiner Folge der der Schönheit, der bruchlos positiv empfundenen ästhetischen Qualität, eine entscheidende Rolle. Das Urteil darüber, ob etwas „schön“ oder „nicht schön“ ist, wird allerdings im Alltagsbewusstsein als individuell verstanden. Zudem geht es bei diesen „Geschmacks-Fragen“ auch um Umsetzungs-Aspekte, wie sich an der Diskussion um eine „regionale Identität“, ein „regionales Bauen“ zeigen lässt: Architekten und Laien sind sich oft einig, dass alte ortstypische Bauten „schön“ sind; die Meinungen gehen aber diametral auseinander, wenn es um eine Umsetzung entsprechender Elemente (Walmdach, kleinteilige Fenster, Backstein etc.) in aktuelle Architekturprojekte geht (vgl. Kähler 2002: 33). Aber auch der demografische und wirtschaftliche Strukturwandel hat eine große Bedeutung für baukulturelle Belange. Dazu heißt es im Bericht zur Baukultur:

„Die zukünftigen Entwicklungen in der Struktur der Bevölkerung sind in der Summe durch ein weiter wachsendes Spektrum der Möglichkeiten, gleichzeitig von einem weiteren Aufweichen des Verbindlichen bei insgesamt sinkender Bevölkerung gekennzeichnet. Allgemeiner beruflicher Mobilitätsdruck, steigender Ausländeranteil, Globalisierung und voranschreitende europäische Harmonisierung mit der Einführung des Euro – alles fordert die Bereit-

schaft, sich von vorhandenen Bindungen und Denkmustern zu lösen. Damit wächst die Notwendigkeit, einen stabilen gebauten Rahmen für neue gesellschaftliche Entwicklungen zu schaffen – beinahe ein Widerspruch in sich. Die Räume für einen Stadtumbau, der Ort neuer Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sind als Bestand und in den Brachen innerstädtisch vorhanden. Die scheinbar leichten Lösungen mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume könnten sich aber als trügerisch erweisen, wenn ihr Ergebnis eine neue Teilung der Gesellschaft ist – in Wachstums- und Schrumpfungsregionen, in prosperierende und arme Städte, in Ausländer und Deutsche, in Wohlhabende und Arme. Die Aufgabe der Städte und Gemeinden ist, bei leeren Kassen eine neue stadtpolitische und baukulturelle Qualität einzuführen: Die muss das Ergebnis eines Umdenkens hinsichtlich der Bewertung der gebauten Umgebung sein, nicht vorrangig ein Ergebnis zusätzlicher Finanzmittel.“ (Kähler 2002: 33).

Vor diesem Hintergrund wird der Umgang mit der derzeitigen Situation in den ostdeutschen Städten als eine zentrale baukulturelle Herausforderung und Chance explizit hervorgehoben (vgl. Kähler 2002: 31f).

1.3 Stadtumbau + Baukultur = Stadtumbaukultur

Bei der bisherigen Vorbereitung und Durchführung des Stadtumbaus sind deutliche Schwerpunktsetzungen erkennbar. Es geht zunächst vor allem um wohnungswirtschaftliche sowie um funktionelle und infrastrukturelle Aspekte. Baukulturelle Belange werden bisher – wenn überhaupt – nur am Rande thematisiert. Dieser nachgeordnete Stellenrang ist – vor allem aus der betriebswirtschaftlich geprägten Sicht der Wohnungsunternehmen – durchaus verständlich, denn durch die massiven Wohnungsleerstände ist in vielen Städten ein Problemdruck entstanden, der rasche, ziel- und handlungsorientierte Maßnahmen zwingend erforderlich macht. Allerdings sollten – trotz des Handlungsdrucks – Aspekte der Qualität zunehmend eine größere Bedeutung erhalten. Auch sollte generell nicht vergessen werden, dass die zunehmenden Wohnungsleer-

stände nicht das eigentliche Kernproblem sind, sondern nur eine Folge umfassend wirkender Schrumpfungsprozesse. Durch die Leerstände wird allerdings eine Reihe von Folgeprozessen beschleunigt, welche wiederum Ursache weiterer Probleme sein können.

Der durch die Initiative Architektur und Baukultur diesbezüglich angestoßene Diskussionsprozess wurde mittlerweile in zahlreichen Fachbeiträgen aufgegriffen und verfeinert (vgl. z.B. Merchan 2002, Hatzfeld 2002). Besonders hervorzuheben ist hier das Themenheft „Baukultur“ der Zeitschrift „kulturpolitische mitteilungen“ (Heft 96, I/2002), das neben grundlegenden Beiträgen unterschiedlicher disziplinärer Ansätze (z.B. Kunst, Design, Landschaftsgestaltung, Naturräume) auch thematische Bezüge zur spezifisch ostdeutschen Situation und zum Themenfeld Stadtumbau herstellt (vgl. Herrmann 2002, Knoll/Stein 2002).

Der Zusammenhang der beiden Themenfelder liegt, bezugnehmend auf die bisherigen Ausführungen in Abschnitt 1.1 und 1.2, auf der Hand: Die Verbesserung der Lebens- und Nutzungsqualität in den Städten ist die wesentliche Zielsetzung im Stadtumbauprozess, und Ziel von Baukultur ist nichts anderes als Qualitätssicherung im Bereich der Gestaltung und Nutzung baulicher Umwelt.

Mit dieser vereinfachenden Herstellung von Bezügen ist natürlich noch keine – im Sinne der Zielstellung der vorliegenden Forschungsarbeit notwendige – Konkretisierung der Betrachtungsebene verbunden. Im Gegenteil: Als praxisorientierter Planer oder anderweitig in den Stadtumbauprozess involvierter Akteur sieht man sich dadurch erst recht mit der ganzen Bandbreite dieser beiden Querschnittsaufgaben konfrontiert: Einige der bekannten, bereits seit längerem diskutierten städtebaulichen Leitbilder, wie z.B. „Nachhaltigkeit“, „Europäische Stadt“, „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, lassen sich vor diesem Hintergrund ebenso subsumieren wie Aspekte des städtebaulichen Denkmalschutzes oder der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Darüber hinaus geht es um Fragen der Stadtgestalt im

weitesten Sinne, z.B. um die Neudefinition städtischer Randzonen, um Aufwertung im Bestand (z.B. auch durch Abriss und Rückbau), um das (individuell unterschiedliche) zukünftige Bild einer Stadt oder um die Schaffung neuer Identitäten für Städte im Wandel.

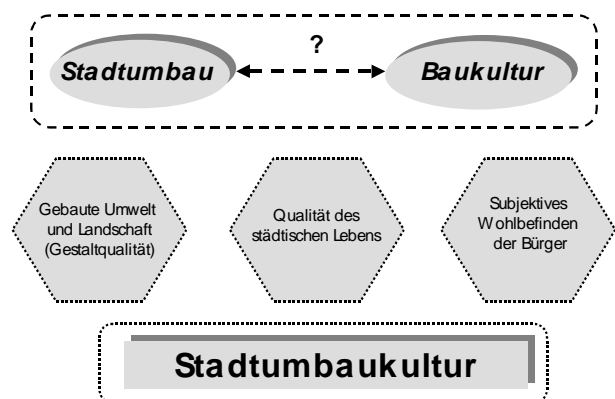
Vor dem Hintergrund der Prozesshaftigkeit und der spezifischen Dynamik sowohl der baukulturellen Diskurse als auch des Stadtumbaus ist es darüber hinaus notwendig, für ein konstruktives und kooperatives Zusammenwirken möglichst viele relevante Akteure und Nutzergruppen in den Diskurs und die entsprechenden umsetzungsorientierten Handlungsschritte einzubinden. Dabei wird es darauf ankommen, die Themenfelder Stadtumbau und Baukultur im Sinne einer (neuen) Stadtumbaukultur miteinander zu verknüpfen. Es geht dabei einerseits um die Gestaltqualität der gebauten Umwelt und Landschaft (also die Baukultur im engeren Sinne) und andererseits um die Qualität städtischen Lebens, die sich über die baulichen Aspekte hinaus z.B. auch in der unterschiedlichen Funktion und Nutzung der städtischen Räume und in der Intensität entsprechender Angebote messen lässt. Diese Qualität des städtischen Lebens wird letztlich entscheidend bestimmt durch das subjektive Wohlbefinden derjenigen, die eine Stadt mit Leben erfüllen: ihrer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, die Verknüpfung von Stadtumbau und Baukultur als offenen Prozess auch im Hinblick auf nicht professionelle Akteure zu definieren, also als Prozess MIT den Bürgerinnen und Bürgern – und nicht lediglich als Prozess FÜR sie.

Stadtumbaukultur verstehen wir in diesem Zusammenhang als Resultat eines offenen Prozesses, der die Wohn-, Identifizierungs- und Lebensbedürfnisse der Stadtbewohner und -bewohnerrinnen mit den ökonomischen Möglichkeiten sowie den kreativen Potenzialen von Städtebau, Landschaftsarchitektur und Architektur verbindet und der darauf gerichtet ist, unter den Bedingungen eines umfassenden demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandels ein funktionsfähiges gesellschaftliches Stadtsystem und eine

Verbesserung der Qualität städtischen Lebens zu erreichen.

Es geht also im besten Sinne um „Mehr Stadt für weniger Bürger“.

Um eine in diesem Sinne verstandene Stadtumbaukultur zu etablieren und zu befördern, empfiehlt sich – jeweils stadtkonkret – der Entwicklung und Implementierung einer „Leitlinie Stadtumbaukultur“, die als baukulturspezifische Grundlage zur einer kritischen und dauerhaften Begleitung und Qualifizierung des Stadtumbauprozesses der nächsten Jahre beiträgt. Im weiteren Verlauf dieser Broschüre werden diese Überlegungen konkretisiert (vgl. Abschnitt 5.1). Zunächst soll jedoch herausgearbeitet werden, welche baukulturrelevanten Ebenen im Stadtumbauprozess zu berücksichtigen sind (Abschnitt 2), welche grundlegenden methodischen Voraussetzungen für eine tragfähige Stadtumbaukultur zu schaffen sind (Abschnitt 3) und welche differenzierten baukulturellen Zielsetzungen für unterschiedliche städtische Teilgebiete im Stadtumbauprozess in eine solche Leitlinie einfließen können (Abschnitt 4).



Aspekte der Verknüpfung von Stadtumbau und Baukultur zu einer neuen Stadtumbaukultur
Grafik: IRS

2 Baukulturrelevante Ebenen im Stadtumbauprozess

Dem vorstehend dargestellten, weitgefassten Begriff der Baukultur entsprechend, gibt es bezogen auf den Stadtumbauprozess mehrere unterschiedliche Ebenen, in denen eine deutliche Relevanz zur Baukultur, d.h. zur „Herstellung von gebauter Umwelt und den Umgang damit“ gegeben ist:

- die Gesamtstadt, einschließlich ihrer Einbindung in das unmittelbar angrenzende Umland,
- Stadtteile bzw. städtische Teilgebiete,
- Stadtquartiere,
- Einzelgebäude bzw. Einzelmaßnahmen.

Je nach der räumlichen Dimension dieser Ebenen in unterschiedlich großen Städten bzw. Gemeinden variieren dabei die Handlungsakteure, -spielräume und -optionen. Zugleich gibt es für die einzelnen Ebenen erfahrungsgemäß unterschiedliche zeitliche Dimensionen, auf die sich die jeweiligen Entwicklungsaspekte beziehen: was bei Einzelgebäuden bzw. Einzelmaßnahmen eine Frage von wenigen Monaten oder Jahren sein kann, bedeutet für Stadtteile oder Städte insgesamt eine Laufzeit von unter Umständen mehreren Jahrzehnten. Es ist dabei unumgänglich, dass sich in einem solchen längeren Zeitraum strukturelle und personelle Rahmenbedingungen verändern und auch einmal erarbeitete und beschlossene Konzepte und Leitbilder Korrekturen und Veränderungen unterworfen werden. Unterschiedliche Entwicklungsdynamiken führen deshalb durchaus auch zu unterschiedlichen und nicht ins Einzelne vorher planbaren baukulturellen Ansätzen. „Der Weg ist das Ziel“ – dieses in vielen Zusammenhängen anwendbare Prinzip gilt denn auch im hier ins Auge gefassten generellen Kontext von Baukultur und Stadtumbau.

2.1 Ebene der Gesamtstadt

Betrachtet man die baukulturelle Relevanz des Stadtumbauprozesses anhand der eingangs genannten vier Ebenen, so ver-

langt die erstgenannte Ebene der Gesamtstadt, einschließlich ihrer Einbindung in das angrenzende Umland, eine besondere Aufmerksamkeit. Wie die Entwicklung der letzten ca. zehn Jahre in vielen ostdeutschen Groß- und Mittel- und zunehmend auch Kleinstädten zeigt, stehen nämlich den Schrumpfungsprozessen im Stadtgebiet gleichzeitig räumliche Ausdehnungen an der städtischen Peripherie und ins Umland, d.h. Suburbanisierungsprozesse, gegenüber. Inhaltliche Schwerpunkte der Baukultur sind in diesem gesamtstädtischen Zusammenhang:

- die visuelle, d.h. erlebbare Wahrnehmung des Stadtbildes der Gesamtstadt einschließlich ihrer Ausläufer in das unmittelbare Umland (z.B. Stadtkanten),
- die Erhaltung und Sicherung bzw. Herausarbeitung und Betonung stadtstrukturell bedeutsamer Orte,
- die Identifikation historischer Orte in der Stadt, auch wenn diese nicht bzw. nicht mehr mit prägenden Denkmälern besetzt sind,
- die Erhaltung bzw. Ausformung wichtiger Sichtbeziehungen zwischen stadtstrukturell bedeutsamen Orten und die planmäßige Zurückführung von baulich-räumlichen Elementen, durch die solche Sichtbeziehungen gestört oder verhindert werden (z.B. breite Straßenschneisen, Bahntrassen, Industriebrachen oder andere Barrieren),
- die Schaffung, Erhaltung bzw. Herausarbeitung stadtstrukturell bedeutender Stadeingänge,
- die Entwicklung gewünschter Zäsuren in der betreffenden Stadtstruktur und -gestalt,
- die Schaffung bzw. Aufwertung stadtstrukturell wichtiger Landschafts- und Grünbeziehungen innerhalb der Stadt und im Übergang in die umgebende Landschaft,
- die Herausarbeitung potenzieller Renaturierungsbereiche im Ergebnis mittel- und langfristiger Stadtumbauprozesse,

- die Erhaltung und Aufwertung unverzichtbarer, bedeutender Höhendominanten mit gesamtstädtischer Gestaltungswirkung bzw. der Rückbau, ggf. Teilrückbau, von stadtgestalterisch störenden Gebäuden mit größerer Höhenentwicklung.

2.2 Ebene der städtischen Teilgebiete bzw. Stadtteile

Auf der Ebene der städtischen Teilgebiete bzw. Stadtteile sind die Aufgaben der Baukultur auf ähnliche Schwerpunkte wie bei der Gesamtstadt gerichtet, allerdings in einem entsprechend kleinteiligeren Maßstab. Baukulturelle Ansprüche an die Teilgebiete einerseits und an die Gesamtstadt andererseits stehen dabei in einem wechselseitigen Zusammenhang, ähnlich wie dies auch für andere Inhalte der Stadtentwicklungskonzepte und der Stadtteilkonzepte zutrifft. Gesamtstädtisch angestrebte baukulturelle bzw. stadtgestalterische Akzente bedürfen in der Umsetzung im Rahmen des Stadtumbauprozesses der praxisnahen Realisierbarkeit im Maßstab der Teilgebiete, zum anderen ergeben sich auch aus der Durcharbeitung der baukulturellen Potenziale der Teilgebiete Rückwirkungen auf das gesamtstädtische Stadtbild und seine Entwicklung im Kontext mit den unterschiedlichen Eingriffsmaßnahmen des Stadtumbaus wie Rückbau und Teilrückbau, Flächenrecycling, Renaturierung, temporäre Neugestaltung und ähnliches.

Im einzelnen gesehen, sind für die Entwicklung der baukulturellen Qualitäten auf der Ebene der Stadtteile bzw. städtischen Teilgebiete vor allem folgende Schwerpunkte wichtig:

- die Herausarbeitung der spezifischen stadtgestalterischen Wertigkeit des betreffenden Teilgebietes im Kontext mit anderen Teilgebieten und der Stadt insgesamt,
- die Bewusstmachung, Ausformung und räumlich-gestalterische Betonung stadtgestalterisch wirksamer Gliederungen und Strukturen des Teilgebietes,

- die Herausarbeitung stadtgestalterisch dominierender Teilbereiche, Wege und Trassen sowie stadt- bzw. stadtteilöffentlicher Räume,
- die Erhaltung und weitere Ausprägung stadtgestalterisch wirksamer Elemente der Landschaftsgestaltung, z.B. Stadtteilparks, Grünzüge, Alleen, Erholungsanlagen, Kleingartenanlagen u.a.,
- die Konzipierung einer differenzierten Baumassenstruktur, die von der bisherigen städtebaulichen Entwicklung ausgeht und zugleich die sich aus den lokal unterschiedlichen Schrumpfungprozessen der betreffenden Stadt ergebenden grundsätzlichen Konsequenzen des Stadtumbaus berücksichtigt.

Auf der Ebene der Teilgebiete geht es dabei voraussichtlich in einer nicht geringen Anzahl von Städten und Gemeinden um die Auseinandersetzung mit solchen neuen stadtgestalterisch-strukturellen Ansätzen wie die „Perforation“ der Stadt und ihrer Teile (vgl. Lütke Daldrup 2001), die „fragmentierte Stadt“ (vgl. z.B. Dören 1998) oder aber – als Gegenbild dazu – die „Rezentrierung“ der Stadt (vgl. die kritische Auseinandersetzung dazu bei Eichstädt 2001).

In Anlehnung an den bekannten Ausspruch von Mies van der Rohe „less is more“ („weniger ist mehr“, vgl. dazu auch: Stiftung Bauhaus Dessau 2001) stellt sich gerade auf der Stadtteilebene die Herausforderung, aus den offenbar unaufhaltbaren demografischen und ökonomischen Wandlungsprozessen in vielen Städten mittel- und langfristig neue Vorzüge zu entwickeln, die den insgesamt weniger werdenden Bewohnern einer solchen Stadt eine künftig bessere Lebensqualität ermöglichen.

2.3 Ebene der Stadtquartiere

In der dritten, noch kleinräumigeren Ebene der Stadtquartiere beziehen sich die Aspekte der Baukultur, der Hierarchie der städtebaulichen Maßstäbe folgend, vor allem auf solche Gestaltfelder:

- Sorgfältige Ausformung des öffentlichen Raumes als vorrangigem Träger von Stadt und Quartierskultur,
- Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Bebauungsformen wie Blockrand-, Zeilen- und Punktbebauung angesichts zurückgehender Nutzungsansprüche bzw. zunehmender Leerstände und nachfolgenden Abrissen bzw. Teilabrissen („Rückbaugrammatik“, „Mut zur Lücke“ u.ä.),
- Entwicklung neuer, früher auf Grund der dichteren Überbauung nicht möglicher Freiräume und Durchwegungen,
- Öffnung bisher zu kompakter Baustrukturen an dafür prädestinierten Punkten, allerdings unter Beachtung der damit möglicherweise im Zusammenhang stehenden veränderten Verkehrslärmbelastungen,
- Schaffung temporärer Zwischenlösungen in Baulücken bzw. an Bebauungsrändern im Hinblick auf Selbsthilfeaktionen, Kunstinstallationen o.a.m. (Anregungen z.B. aus der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, von Prof. Karl Ganser u.a.),
- Naturierung bzw. Renaturierung künftig zumindest mittelfristig nicht vermarktbarer Wohnungsbau- oder Gewerbeflächen (z.B. entsprechende Vorschläge für den Leipziger Osten),
- Recycling von Grundstücken für den Neubau von Wohnungen, Gewerbe- oder Mischfunktionen.

Auf der Ebene der Stadtquartiere beziehen sich baukulturelle Ansätze in höherem Maße als bei den großmaßstäblichen Handlungsebenen Gesamtstadt und Teilgebiet aber auch auf die vielfältigen Elemente des Stadtdesigns bzw. der Straßen- und Platzmöblierung einschließlich Verkehrsleiteinrichtungen, Beleuchtung und Werbung sowie die Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst in die Gestaltung des öffentlichen Raumes.

2.4 Ebene der Einzelgebäude

Die letztgenannte Ebene, d.h. die Ebene des Einzelgebäudes bzw. der Einzelmaßnahme (z.B. zur Gestaltung des Wohnumfeldes oder des öffentlichen Raums),

bringt den baukulturellen Anspruch schließlich immer enger in die Beziehung zur Architektur bzw. Baugestaltung an sich. In den einschlägigen Ausarbeitungen zur „Initiative Architektur und Baukultur“, zur „Baukultur in Deutschland“, zur „Nationalen Stiftung Baukultur“ und zur Vorbereitung des Architekten-Weltkongresses 2002 in Berlin ist verständlicherweise gerade diese Ebene mit ihren spezifischen Problemstellungen bezüglich theoretischer Fundierung, gesellschaftspolitischer Zielformulierung, Auftragsvergabe und Controlling, Kommerzialität und Internationalität näher behandelt worden.

Von großer Bedeutung für den diesbezüglichen Aspekt der Baukultur im Stadtumbauprozess ist dabei zweifellos zunächst der Problemkreis der Baumaßnahmen im stadthistorischen Kontext:

- historisch getreue Instandsetzung, Sanierung und Rekonstruktion,
- Modernisierung und Nutzungswandel,
- ergänzender Neubau in Anlehnung an originale historische Bausubstanz,
- kontrastierender Neubau,
- temporäre Zwischennutzungen für leergefallene Gebäude, deren künftige Nutzung noch nicht feststeht, u.a.

Auf die historischen Innenstädte in den neuen Ländern bezogen, ist zu diesen in sich noch viel stärker differenzierten Maßnahmebereichen seit nunmehr über zehn Jahren im Zusammenhang mit dem Bundesländer-Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ und dem Bundeswettbewerb „Historische Innenstädte“ 1993/94 sowie dem Bundesweiten Wettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen – Zukunft für urbane Zentren und Räume“ 2001/2002 (vgl. BMVBW 2002b) intensiv gearbeitet worden. Aktuelle Wandlungsprobleme wurden dabei vor allem auf dem 9. Kongress im September 2001 in Quedlinburg (vgl. BMVBW 2002a: 51ff) sowie auf dem 10. Kongress im Oktober 2002 in Magdeburg (vgl. BMVBW 2002b) thematisiert.

Baukulturelle Qualitäten beschränken sich freilich keineswegs nur auf städtebaulich-historische bzw. architekturhistorische Werte im Stadtraum. Es tut gut, sich an

dieser Stelle noch einmal die „Grundwerte und Positionen in der Baukulturdebatte“ zu vergegenwärtigen, wie sie im Jahr 2001 vom Förderverein Deutsches Architektur-Zentrum Berlin im Auftrag des BMVBW unter dem Titel „Eine Nationale Stiftung Baukultur?“ formuliert worden sind:

„In der Gesellschaft ist ein weit verbreitetes Unbehagen mit der gebauten Umwelt aus der Nachkriegszeit verbreitet. „Nie wurde so viel Baumasse mit so wenig Kultur erstellt, wie in den 50 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg“, so ist vielerorts zu hören. Die Reaktion darauf ist nun nicht ein lautstarkes und wachsendes Engagement für die Qualität des neuen Bauens, sondern eine zunehmende Rückwärtsge wandtheit mit einer wachsenden Zustimmung für Denkmalschutz und Landschaftsschutz sowie für die Rekonstruktion verloren gegangener historischer Bauwerke und die Re-Naturierung ganzer Industrielandschaften. Baukultur muss in dieser Stimmung entgegenhalten, dass es ein Zurück nicht geben kann und jede Art von Rekonstruktion nur eine Täuschung ist. Es kann also nur einen Gestaltungswillen nach vorne geben. Der allerdings muss gesellschaftliche Grundwerte so sorgsam respektieren, dass neues Bauen nicht weiterhin als „Eingriff“ verstanden wird, der „auszugleichen“ oder später zu „rekultivieren“ ist.

Diese Grundwerte sind:

- *die Nachhaltigkeit*
- *die Geschichtlichkeit*
- *die Identität*
- *die Regionalität und*
- *die Schönheit.*

Konsequente Folge der Respektierung dieser Grundwerte ist die Verpflichtung zum integrativen Planen und Bauen. Architektur als Synonym für die Gestaltung eines Bauobjektes muss sich einbinden in Regionalplanung, Stadtplanung und Städtebau, Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur, in Denkmalpflege und in die Kunst. Das gilt nicht nur für die üblicherweise von Architekten gestalteten Hochbauten, sondern auch für die technischen Bauwerke der Ingenieure. Deswegen heißt die Forderung: Architektur und Baukultur.“ (Förderverein DAZ: 77)

Es sei unterstrichen, dass in eben diesem umfassenden Sinne auch der baukulturell sinnvolle Umgang mit der aus den 1960er bis 1980er Jahren stammenden Plattenbausubstanz in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins eine große Herausforderung darstellt. Wie sich zeigt, gibt es dabei derzeit noch einen beachtlichen Mangel an entsprechenden stadtbaukulturellen, aber auch ökologischen, ökonomischen und sozialen Leitbildern dafür.

3 Stadtumbaubezogene Gestaltanalysen als methodische Grundlage für die Entwicklung einer Stadtumbaukultur

In voranstehenden Ausführungen war bereits von der Notwendigkeit die Rede, in den Städten und Gemeinden jeweils stadtkonkret eine „Leitlinie Stadtumbaukultur“ zu erarbeiten und diese als integrierenden Bestandteil der Planungs- und Entwicklungsprozesse im Rahmen des Stadtumbaus möglichst frühzeitig in einem öffentlichen Dialog zwischen Politikern, Planern und Bürgern zu diskutieren.

3.1 Notwendig: Gründliche Stadtbildanalysen in neuer Qualität

Grundlage für die Erarbeitung einer derartigen „Leitlinie Stadtumbaukultur“ ist eine fundierte Stadtbildanalyse, denn nur durch die Analyse des Bestehenden kann festgestellt werden, was an spezifischen Eigenarten zur charakteristischen Stadtgestalt einer jeweiligen Stadt gehört und was auch oder gerade unter den Bedingungen dramatischer Wandlungsprozesse verantwortungsvoll und vorausschauend bewahrt, verändert oder weiterentwickelt werden muss. Dabei sind auch Aspekte unterschiedlicher Alltagskulturen und Lebensmilieus zu beachten, bilden doch die individualisierten Raumnutzungsformen den entscheidenden „Resonanzboden“ (Akzeptanz bzw. Ablehnung für Baukulturformen) und entwickeln zugleich eigene praktische Gestaltlogiken und quasi-ästhetische Ansprüche an den gebauten Raum bzw. die gebaute räumliche Umwelt.

Auf der Grundlage solcher Analysen kann dann in jedem konkreten Einzelfall geprüft werden, welche Auswirkungen die im Rahmen des Stadtumbaus anstehenden – und in Integrierten Stadtentwicklungskonzepten festzuschreibenden – Entwicklungsziele und Maßnahmen auf die Stadtgestalt erwarten lassen und wie diese Maßnahmen unter Zugrundelegung stadt- und baukultureller Anforderungen und Maßstäbe ggf. verändert bzw. optimiert werden können.

In einem ersten Schritt sind zunächst eine Bestandsaufnahme sowie eine Charakterisierung und Bewertung der gestaltwirksamen Struktur und Substanz der Gesamtstadt einschließlich ihres Übergangs in das unmittelbar angrenzende Umland erforderlich (vgl. Abschnitt 2.1)

Ein zweiter Schritt beinhaltet, davon ausgehend, eine kleinräumigere Analyse der Stadtgestalt, bezogen auf die bereits dargelegten Ebenen:

- Stadtteil bzw. städtisches Teilgebiet,
- Stadtquartier,
- Einzelgebäude bzw. Einzelmaßnahme (vgl. Abschnitte 2.2 bis 2.4).

Dabei kommt den Analysen in den Ebenen Stadtteil und Stadtquartier eine besonders große Bedeutung zu.

3.2 Methodische Grundgedanken und Diskurse zur Gestaltanalyse von Städten

Gestaltanalysen von Städten bzw. städtischen Teilgebieten wurden, abgesehen von früheren Arbeiten z.B. von Camillo Sitte Ende des 19. Jahrhunderts, vor allem in den 1960er Jahren als ein wichtiges stadtplanerisches Instrument herausgestellt. So entwickelte der Amerikaner Kevin Lynch in seinem inzwischen weltbekannt gewordenen Buch „Das Bild der Stadt“ (deutsch 1960, Neuauflage 1989) eine kognitions-, handlungs- und gestaltpsychologisch verankerte Gestaltungstheorie, die auf die drei Komponenten Identität, Struktur und Bedeutung ausgerichtet ist. Dabei spielt die gute „Lesbarkeit“ der Stadtgestalt eine wichtige Rolle, zugleich aber auch ihre gute „Einprägsamkeit“. Lynch schreibt dazu:

„Beim Prozeß des Sichzurechtfindens besteht das strategische Hilfsmittel in der Vorstellung von der Umgebung, in dem allgemeinen geistigen Bild, das sich eine Person von der äußeren Welt der Erscheinungen macht. Dieses Bild ist

ein Produkt aus unmittelbarer Erfahrung und der Erinnerung an vergangene Erfahrung; es wird benutzt, um Wahrgenommenes zu deuten und der Handlung eine Richtung zu geben. Das Bedürfnis, unsere Umwelt zu erkennen und zu „etikettieren“ ist so wesentlich und wurzelt so tief in der Vergangenheit, dass dieses erwähnte Bild für das Individuum einen ungeheuren praktischen und gefühlsmäßigen Wert hat.“ (Lynch 1989: 13)

Kevin Lynch benennt fünf physische, d.h. architektonische und städtebauliche Mittel, mit denen man eine lesbare, einprägsame Stadtgestalt herausarbeiten kann:

- Wege,
- Grenzlinien,
- Bereiche,
- Brennpunkte,
- Merk- und Wahrzeichen.

Darüber hinaus beeinflussen seiner Meinung nach noch eine Reihe weiterer Faktoren die Herausbildung subjektiver stadtgestalterischer Vorstellungsbilder:

- die soziale Bedeutung eines Gebietes,
- seine Funktion,
- seine Geschichte,
- sein Name.

Sich gut in der Stadt zurechtzufinden, d.h. gut orientiert zu sein, erleichtert nicht nur das Handeln der Menschen bzw. regt es an, sondern gibt ihnen auch ein Gefühl der Sicherheit, besonders dann, wenn zu dem Gefühl des Vertrauten auch Identifikation hinzukommt:

„In der Tat bietet ein charakteristisches und leicht ablesbares Milieu nicht nur Sicherheit – es vertieft und intensiviert darüber hinaus das menschliche Erleben. Wenn es auch nicht unmöglich ist, im visuellen Chaos der modernen Stadt zu existieren, so könnten doch die gleichmäßigen, täglichen Handlungen neue Bedeutung gewinnen, wenn sie in einer wirklich anschaulichen Umgebung ausgeführt würden. Potentiell ist die Stadt an sich das gewaltige Symbol einer komplizierten Gesellschaft. Wenn dieses Symbol deutlich dargestellt wird, kommt sein Sinn auch klar zum Ausdruck.“ (Lynch 1989: 14)

Dass es Lynch mit seiner auf den praktischen Umgang der Menschen mit der Stadt und ihren Teilgebieten gerichteten Gestaltungstheorie keinesfalls um einen statischen, lediglich ästhetisch orientierten Ansatz ging, sondern um einen für Wandlungen und Veränderungen, d.h. also auch für einen Stadtumbau offenen Gestaltfindungsprozess, soll abschließend an dieser Stelle die nachfolgende Textpassage deutlich machen:

„Es muß zugegeben werden, daß eine Umgebung, die Geheimnisse, Irrwege und Überraschungen bereithält, ein gewisses Etwas hat. Vielen von uns gefällt das Spiegelkabinett auf dem Jahrmarkt, und die gewundenen Straßen in Boston haben durchaus ihren Reiz. Aber reizvoll wirkt das alles nur unter zwei Bedingungen: Erstens darf man nicht Gefahr laufen, daß man ganz und gar den Weg und die Richtung verliert und sich nicht mehr auskennt; die Überraschung muß vielmehr in das Gesamtgerüst eingebaut sein, die Gebiete der Verworrenheit müssen im übersehbaren Ganzen klein bleiben. Und zweitens muß das Labyrinth bzw. das Geheimnisvolle an sich eine Form besitzen, die erforscht und mit der Zeit begriffen werden kann. Vollkommenes Chaos ohne irgendeinen Hinweis auf Zusammenhang ist niemals erfreulich. Diese Gedanken deuten eine wichtige Voraussetzung an: Der Beobachter selbst muß bei der Betrachtung der Welt aktiv werden und schöpferisch an der Entwicklung des Bildes mitwirken. Er muß in der Lage sein, dieses Bild auszuwechseln, um wechselnden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Eine Umgebung, die bis ins letzte präzise und endgültig eingeteilt ist, kann für neue Tätigkeitsvorbilder ein Hindernis darstellen. Eine Landschaft, in der jeder Stein eine Geschichte erzählt, macht die Erfindung neuer Geschichten schwierig. Wenn dies auch in unserem städtischen Chaos nicht wesentlich zu sein scheint, so wird dadurch doch klar, daß, was wir suchen, nicht eine endgültige, sondern eine wandlungsfähige Ordnung ist, die eine ständige Weiterentwicklung ermöglicht.“ (Lynch 1989: 15f)

Aus den vielfältigen, stadtbaukulturelevanten Diskursen jener Zeit, die unmittelbar auf Kevin Lynchs „Bild der Stadt“ folgten, sei hier noch kurz auf Robert Venturis Buch „Complexity and Contradiction in Architecture“ von 1966 (deutsch: 1978)

hingewiesen. Das Buch beschäftigt sich zwar wenig mit städtebaulichen Fragen, macht aber zweierlei deutlich: Erstens, dass Ordnung in der Architektur nicht simpel sein darf, sondern komplex und in sich heterogen sein muss, und zweitens, dass dies durchaus mit dem klassischen Kunstbegriff übereingehet. Venturis Buch ist ein Pamphlet, er begründet oder argumentiert nicht, er stellt fest und beruft sich auf seine Empfindungen und seinen Geschmack:

„...ich mag eine teilweise kompromißlerische Architektur mehr als eine ‚puristische‘, eine verzerrte mehr als eine ‚stocksteife‘, eine vieldeutige mehr als eine ‚artikulierte‘, eine verrückte genauso wie eine unpersönliche, eine lästig-aufdringliche genauso wie eine ‚interessante‘, eine konventionelle noch mehr als eine angestrengt ‚neue‘, die angepaßte mehr als die exklusiv abgegrenzte, eine redundante mehr als eine simple, sie schon verkümmerte genauso wie die noch nie dagewesene, eine in sich widersprüchliche und zweideutige mehr als eine direkte und klare. Ich ziehe eine vermurkste Lebendigkeit einer langweiligen Einheitlichkeit vor. Dementsprechend befürworte ich den Widerspruch, vertrete den Vorrang des ‚Sowohl-als-auch‘. Ich stelle die Vielfalt der Meinungen höher als die Klarheit der Meinungen; die latenten Bedeutungen halte ich für ebenso wichtig wie die manifesten.“ (Venturi 1978: 23f)

Führen diese Positionen erst über einen zeitlichen Abstand von inzwischen schon etwa 30 Jahren in die heutige Baukulturdiskussion im Kontext mit städtischen Umbrüchen und Wandlungen, d.h. im Kontext mit Stadtumbauprozessen, so argumentiert der Jenaer Philosoph Wolfgang Welsch in seinem bereits 1990 erschienenen Aufsatz „Perspektiven für das Design der Zukunft“ für eine künftig viel differenziertere, pluralistische Stadtgestaltung (er summiert diese unter dem allumfassenden Begriff des Designs), wenn er verlangt:

„1. Das Design muß bewußt viele und unterschiedliche Wege gehen. Es muß die Pluralität zu schätzen und zu artikulieren lernen.

2. Das Design muß nicht nur soziale, nationale, lokale oder unternehmerische Identitäten berücksichtigen, sondern auch Kristallisationspunkte für neue, querlaufende (‚transversale‘) Identitäten schaffen. Da unser Leben zunehmend – extern wie intern – ein ‚Leben im Plural‘ sein wird, also: ein Leben innerhalb unterschiedlicher sozialer und kultureller Kontexte sowie ein Leben, das in sich mehrere Entwürfe durchläuft und verbindet, muß das Design nicht nur vorhandene Standards (lokaler, nationaler, sozialer usw. Art) berücksichtigen, sondern auch gemischte (überlagerte, multivalente) Gestaltungen erzeugen.

3. Gegenüber der rationalistischen und funktionalistischen Akzentuierung der Moderne geht es verstärkt um fiktionale, emotionale, sensuelle und ikonische Werte. Das kommt dem Design entgegen, denn dessen Domäne ist ohnehin die der Bildlichkeit und Imagination. Design wird wirksam, indem es tief sitzende Bilder, Bedürfnisse oder Erwartungen wachruft oder verändert. Der Designer arbeitet mit und an den ikonischen Schichten des Bewußtseins.“ (Welsch 1990: 215f)

In einem 1999 auf einem Symposium der Bauhaus-Universität in Weimar gehaltenen Vortrag ‚Räume bilden Menschen‘ (Welsch 2001) weist der gleiche Autor darauf hin, dass es in der Formung von Raum auf die Beziehung des Nutzers und weniger auf die Beziehung des Produzenten zu Raum und Architektur ankomme. Es geht nach seiner Meinung in der Architektur weniger darum, ein Werk zu erstellen, auch nicht um optische Qualitäten, sondern darum, die Existenz der Nutzer zu formen. Welsch gibt ein Qualitätsziel an: Der Raum, Architektur und Stadt, müsse das Atmen erlauben, was er natürlich metaphorisch im Sinne des Aufatmens, der Weitung und Belebung unserer Existenz meint.

Schließlich setzte sich Welsch in seinen Überlegungen zu Baukultur (Vortrag im Dezember 2001 in Köln) für eine „insgesamt zurückhaltendere, schüchternere Planung“ ein, die „Offenheit, Beweglichkeit, Vorläufigkeit, Veränderlichkeit einräumt“ und bei der „auch in diesem Sinne gilt: less is more“. (Welsch 2002: 36)

3.3 Stadtbildanalysen für den Stadtumbau – ein umfassender Prozess

Abschließend soll an dieser Stelle noch einmal betont werden: Bestandsaufnahme, Charakterisierung und Bewertung der gestaltwirksamen Struktur und Substanz der Stadt und ihrer Teile beschränken sich durchaus nicht auf die Fixierung eines statischen Zustandes, sondern sollten – in Widerspiegelung der komplizierten, dynamischen Prozesse des Stadtumbaus – die derzeitige Situation in ihrer erkennbaren Veränderungstendenz erfassen, d.h. das Bestandsgefährdete in seiner Bestandsgefährdung, das Konsolidierte in seiner (relativen) Stabilität und das noch „Ungestaltete“ in seiner „Offenheit“.

Ohne von vornherein ins Spekulative zu geraten, sollte auf diese Weise der Prozesscharakter von stadtstruktureller Bau-

kultur deutlich gemacht und dadurch das Spektrum der baukulturell-stadtbildgestalterischen Varianten möglichst breit entfaltet werden. Städte in dieser neuen, durch dynamische Wandlungs- bzw. Regenerierungsprozesse gekennzeichneten Entwicklungsphase sind gewissermaßen in einem ähnlichen Sinne wie rasch wachsende Städte in einem Expansionsprozess im guten – wie im schlechten – Sinne „formbar“, quasi ein Stück „Rohmaterial“, das noch diese oder jene Form erhalten kann. Anders als bei rasch wachsenden Städten, deren zuziehende Bevölkerung noch niemand kennt, vollzieht sich der Entwicklungsprozess der heute bestehenden Städte aber „vor den Augen“ bzw. „unter den Händen“ der teilweise schon über lange Zeit ansässigen Bewohnerschaft. Das enthält unschätzbare Chancen für die Arbeit an einer jeweils stadtkonkreten „Leitlinie Stadtumbaukultur“ und über deren Diskussionsstand hinaus für die generelle künftige Einbindung der Baukultur in den Stadtumbau.

4 Differenzierte baukulturelle Zielstellungen für unterschiedliche städtische Teilgebiete im Stadtumbauprozess

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beförderung des Stadtumbauprozesses, die u.a. in den inhaltlichen Anforderungen an die Beiträge zum Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ enthalten war, ist die Festlegung einer Gebietstypologie unter der Berücksichtigung von Schwerpunktgebieten für den Stadtumbau mit ersten groben teilstädtischen Entwicklungszielen und gebietsbezogenen Handlungsprioritäten. In der Wettbewerbsausschreibung wurde dabei eine Unterteilung in die drei folgenden Kategorien vorgeschlagen (vgl. BBR 2002: 3):

- Umzustrukturierende Stadtteile mit vorrangiger Priorität
- Umzustrukturierende Stadtteile ohne Priorität
- konsolidierte Stadtteile

Davon ausgehend, dass die Mehrzahl der ostdeutschen Kommunen sich bei der bisherigen Arbeit an ihren Stadtentwicklungskonzepten an diesen Vorgaben orientiert hat, werden die genannten Kategorien im folgenden auch für die Entwicklung differenzierter baukultureller Zielstellungen für unterschiedliche städtische Teilgebiete aufgegriffen. Um eine größtmögliche Konkretisierung und Übertragbarkeit zu gewährleisten, wird in den folgenden Abschnitten dieser Broschüre jedoch eine weitergehende Differenzierung vorgenommen, die vor allem berücksichtigt, welche unterschiedlichen Maßnahmen mit der „Umstrukturierung“ eines Stadtteils verbunden sein können. „Umstrukturierung“ bedeutet vor dem Hintergrund eines Überhangs bestehender Raum- und Nutzungsangebote, dass sich die Städte Klarheit darüber verschaffen müssen, welche Stadtteile langfristig erhalten werden sollen und dementsprechend weiter aufgewertet werden müssen und in welchen Stadtteilen andererseits die bestehende Stadtstruktur nicht mehr zu erhalten ist bzw. zumindest auf längere Sicht eher in Frage gestellt werden muss. Die Unterscheidung in umzustrukturierende Stadtteile mit vorrangiger Priorität bzw. solche

ohne Priorität kann sich also sowohl auf Erfordernisse des Erhalts bzw. der Aufwertung, als auch auf städtebauliche „Auflockerung“ und Rückbau in den entsprechenden Teilgebieten beziehen. Zusätzlich gibt es in jeder Stadt natürlich die oben schon genannten konsolidierten Gebiete, in denen derzeit kein akuter Handlungsdruck besteht, die in Bezug auf die Beförderung einer Stadtumbaukultur jedoch nicht ausgeklammert werden dürfen. Aus dieser Differenzierung ergibt sich die Gliederung der folgenden Abschnitte in drei Gebietskategorien:

- Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Erhalt und Aufwertung,
- Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Bestandsreduzierung,
- Konsolidierte Gebiete ohne Handlungsdruck.

Weitere Differenzierungen für die Formulierung baukultureller Zielstellungen sind in Abhängigkeit von den individuellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Stadt erforderlich. Neben der bisherigen individuellen Entwicklungsdynamik sowie spezifischen Strategieansätzen und Akteurskonstellationen spielt dabei v.a. der jeweilige Stadttypus eine wichtige Rolle. Im Bericht der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ der Bundesregierung wurden drei unterschiedliche Stadttypen unterschieden:

- Altbaustädte (Städte mit einem dominierenden Altbauanteil von mindestens 70 %, gemessen am Wohnungsbestand von 1990),
- DDR-Entwicklungsstädte (Städte mit einem dominierenden Anteil von mindestens 70 % an DDR-Wohnungen, gemessen am Wohnungsbestand von 1990 und einem i.d.R. sehr hohen Bevölkerungswachstum vor 1990),
- und Doppelstädte (Städte mit einem Altbauanteil zwischen 30 % und 70 % bzw. einem DDR-Wohnungsbauanteil

zwischen 70 % und 30 %, gemessen am Wohnungsbestand von 1990).⁵

Unter Berücksichtigung dieser Typisierung erfolgt in den folgenden Abschnitten die Annäherung an differenzierte baukulturelle Zielstellungen in den o.g. Kategorien von Stadtumbaugebieten.

4.1 Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Erhalt und Aufwertung

Als Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Erhalt bzw. Aufwertung werden die Kommunen i.d.R. diejenigen Teilgebiete innerhalb ihres Stadtgebietes festlegen, die sich durch eine besonders erhaltenswerte, für das städtebauliche Gefüge der Gesamtstadt bedeutsame Baustruktur und -substanz auszeichnen. Die meisten ostdeutschen Städte sehen dies bezüglich in der Fortführung der Sanierung und Attraktivitätssteigerung ihrer Innenstädte bzw. Stadtkerne die größte Handlungspriorität im Stadtumbauprozess. Aber auch darüber hinaus wird es natürlich in jeder Stadt Gebiete geben, die langfristig in ihrem Bestand erhalten und dementsprechend weiterentwickelt werden sollen. Dazu können beispielsweise gehören:

- gut ausgestattete Gründerzeitquartiere, für die auf der Basis bereits jetzt erkennbarer Entwicklungen eine positive Dynamik prognostiziert wird,
- denkmalgeschützte oder anderweitig städtebaulich wertvolle Siedlungsbereiche, z.B. in sich geschlossene Ensembles aus den 1920er Jahren,
- diejenigen Teile der Siedlungen des industriellen Wohnungsbaus, für die auf der Basis bereits jetzt erkennbarer Entwicklungen eine positive Dynamik prognostiziert wird,

⁵ Der Name "Doppelstadt" wurde gewählt, da häufig die Altbausubstanz wie die DDR-Wohnungen in sich geschlossene Wohngebiete darstellen, so dass städtebaulich zwei Städte nebeneinander stehen. (vgl. Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ (im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen); Berlin 2000, S. 22)

- Siedlungsbereiche mit Geschosswohnungsbau aus der Nachwendezeit sowie
- Einfamilien- und Reihenhausbereiche sowie ländlich strukturierte Ortsteile, soweit sie nicht zu den konsolidierten Gebieten zu zählen sind.

Zentrales Themenfeld 1: Stärkung der Stadtkerne und historischen Innenstadtbereiche⁶

In den Jahren seit der Wende wurden in den ostdeutschen Städten bezüglich Sanierung, Modernisierung und Erhalt der vorhandenen Bausubstanz bereits beachtliche Erfolge erzielt. Auch im Zuge des Stadtumbauprozesses, wo Begriffe wie Abriss und Rückbau die Diskussion bestimmen, muss immer im Blickfeld bleiben, dass flächenhaft erhaltene Alt- und Innenstädte für die meisten Städte einen unschätzbaren Wert darstellen, auch hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Tourismus, Kultur und Bildung. Auch aus denkmalpflegerischer und stadtplanerischer Sicht wird meist eingeschätzt, dass die Alt- und Innenstädte für das künftige Image der Städte unverzichtbar sind. Eine wesentliche Zielrichtung für den Stadtumbau kann daher nur lauten: „Verstärkung der Bemühungen zum Erhalt und zur Aufwertung der Alt- und Innenstadtbereiche durch Sanierung, Modernisierung und Rekonstruktion einschließlich der Neugestaltung von Straßen, Plätzen und dem gesamten Wohnumfeld. Somit gibt es auch keine Diskrepanz zwischen Altstadtsanierung und Stadtumbau – im Gegenteil: Stadtsanierung ist Hauptbestandteil des Stadtumbaus!“ (Penske 2002: 35).

⁶ Mit einer gemeinsamen Erklärung zu einem „Bündnis für lebendige Innenstädte: City 21“ ging im September 2002 ein breites Bündnis aus Politik (u.a. BMVBW, Bauministerkonferenz), Wirtschaft (u.a. Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, Deutscher Industrie- und Handelskammertag) und unterschiedlichen Interessenverbänden (u.a. GdW, DST, DstGB, ADAC) an die Öffentlichkeit. Die Erklärung ist im Internet verfügbar unter: <http://www.bmvbw.de/Anlage12738/Buendnis-fuer-lebendige-Innenstaedte.pdf>

Diese Zielstellung lässt sich für die „reinen“ **Altbaustädte** mit ihren markanten, historisch wertvollen Stadtkernen sowie für den weitaus größten Teil der **Doppelstädte**, die über gewachsene innerstädtische Zentren verfügen, unter baukulturellen Gesichtspunkten wie folgt konkretisieren:

- Stärkung der Stadtkerne und historischen Innenstadtbereiche in ihrer zugleich kulturgestaltenden und -fördernden Funktion als „innovative Mitten“ und als Kulturträger. Attraktivität, Image und Unverwechselbarkeit einer Stadt werden sowohl durch das reiche baukulturelle und städtebauliche Erbe, insbesondere durch die vielgestaltigen Stadtgrundrisse, Stadt- und Ortsbilder, die einzigartigen historischen Straßen- und Platzräume, Architekturensembles und Silhouetten, Parks, Stadtmauern, Wallanlagen und die originären Einzelbaudenkmale aus vielen Jahrhunderten, als auch durch das qualitativ- vielfältige kulturelle Angebot wesentlich mitgeprägt. Als Kulturgut bilden sie einen integralen Bestandteil anziehend-einladender Innenstädte mit hoher Aufenthalts- und Lebensqualität. Die gestaltende Arbeit zur Rückgewinnung bzw. Vertiefung der kulturellen Topographie mit einer (jeweils den konkreten Verhältnissen vor Ort Rechnung tragenden innenstadt-angemessenen Funktionsmischung) trägt zur weiteren Entwicklung der Stadtindividualität im interkommunalen Wettbewerb bei.
- Bewahrung dieser Stadtensembles, die Pflege und behutsame Erneuerung der innerstädtischen Bereiche, Straßen und Plätze, Gebäude, Denkmäler, Grünflächen, Parkanlagen und mannigfaltigen Siedlungsformen von historischer, kultureller, architektonischer, religiöser und geistiger Bedeutung als Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Stärkung einer intensiven Bindung an Eigentum, Geschichte, Heimat und Tradition. Hier ist eine Verzahnung der unterschiedlichen städtebaulichen Förderungsmöglichkeiten (z.B. Stadtumbau und städtebaulicher Denkmalschutz) anzustreben. Historische Stadtkerne, Stadtzentren und Baudenkmale schaffen mit ihren Bildungs- und Erlebniswerten tragfähige Grundlagen für die Entwicklung des Tourismus. Durch die forcierte Erhaltung und (denkmalgerechte) Nutzung des baulichen Erbes eröffnen sich zunehmend Chancen, das Wirtschaftspotenzial der Städte auch unter Ausschöpfung interkommunaler Kooperationen zu stärken, insbesondere auch in wirtschaftlich schwachen, aber kulturell reichen Regionen.
- Stärkung der Innenstädte als Wohnstandorte: Nutzung entsprechender Potenziale und Präferenzen bei großen Teilen der Bevölkerung, insbesondere durch Qualitätssteigerung des städtischen Umfeldes (soziale Infrastrukturausstattung, Gestaltung von Gebäuden / Straßenbild). Erforderlich ist ein breites Wohnungsangebot, das vielfältige Wohnformen in Miete und Eigentum einschließt. Es ist anzustreben, in den Innenstädten solche Wohn- und Nutzungsqualitäten zu schaffen, die (beispielsweise durch die Schaffung von Grünflächen auf innerstädtischen Brachen) eine tragfähige Konkurrenz zum Eigenheim am Stadtrand darstellen. In einer zeitgemäßen Typologie unterschiedlicher Wohnformen müssen sich die differenzierten Haushaltsformen, Lebensstilgruppen und Einkommenssituationen einer Großstadtbevölkerung widerspiegeln. Beispielsweise sind die Bildung von Wohneigentum, die Selbsthilfe bei Baumaßnahmen, die Wohnungsbauförderung für junge Familien oder die Gewährung von Erbbaurechten bestimmende Entwicklungspotenziale. Der große innerstädtische Wohnungsbestand in den ostdeutschen Städten eröffnet hier besondere Chancen für eine ressourcenschonende Entwicklung.
- Stärkung der Innenstädte als Aufenthalts- und Einkaufsorte: Ein konkurrenzfähiges und vielfältiges Warenangebot sowie Gastronomie-, Dienstleistungs- und Kulturangebote erhöhen die Attraktivität der Innenstädte. Durch gut gestaltete Räume und Plätze, qualitativ hochwertige Architektur und eine ansprechende Präsentation der Angebote können diese

„Magnete“ noch in ihrer Wirkung verstärkt werden. Es wird dabei zunächst darauf ankommen, dass Chancengleichheit im Wettbewerb mit den Standorten „auf der grünen Wiese“ entsteht (z.B. durch Implementierung eines gemeinsamen „City-Managements“ oder durch interkommunale bzw. interregionale Kooperationen). Mittelfristig besteht die besondere Herausforderung darin, nicht nur eine Chancengleichheit zwischen Innen- und Außenentwicklung herzustellen, sondern den innerstädtischen Einzelhandel nicht zuletzt aufgrund seiner positiven Arbeitsmarktwirkungen zu präferieren. Vielerorts kann eine Verbesserung der Aufenthalts- und Einkaufsqualität durch die bauliche Umwandlung und Nutzung von stadtbildprägenden historischen Gebäuden für gewerbliche, soziokulturelle und gemeinbedarfsorientierte Nutzungen geschaffen werden.

- Entwicklung tragfähiger Verkehrskonzepte, die einerseits dazu beitragen, dass die Innenstädte für alle Verkehrsmittel gut erreichbar sind (dies schließt auch ausreichende Parkmöglichkeiten für PKW mit ein), andererseits aber auch die Findung stadtvträglicher Verkehrslösungen für den fließenden und ruhenden Verkehr unterstützen, die den Bedürfnissen von Bewohnern und Besuchern gleichermaßen Rechnung tragen und die Ziele einer guten Erreichbarkeit und einer hohen Aufenthaltsqualität vereinen. Es bieten sich hier vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten an, die mit planerischen, baulichen, verkehrstechnischen und -logistischen Maßnahmen zusammenzuführen sind. Zur Verbesserung des motorisierten Individualverkehrs sind entsprechende leistungsfähige und attraktive Infrastrukturangebote zu schaffen, die einen Beitrag dazu leisten können, die starke Belastung der Innenstädte zu vermindern. Die Einrichtung moderner Stadtbussysteme, die primär die Erreichbarkeit der Innenstädte erhöhen, kann zur Stärkung der innerstädtischen Attraktivität und zur Reduzierung der Verkehrsströme beitragen.

- Stärkung der öffentlichen Räume in den Innenstädten, die in ihrer Funktion als Repräsentanten des kulturellen und politischen Zentrums einer Stadt unentbehrlich sind. Die Qualität (Sicherheit, Sauberkeit, Gestaltung, Pflege) dieser öffentlichen Räume trägt zur Stärkung der Wohn- und Handelsfunktion in den Innenstädten bei und befördert zugleich die private Investitionsneigung. Nach den Zeiten der Verödung öffentlicher Räume durch Entflechtung der Funktions- und Nutzungsvielfalt sollten urbane Kommunikationsräume als politisch wie kulturell privilegierte, vom „genius loci“ durchdrungene Orte sozialer Interaktion und Träger einer offenen Stadtkultur gefördert werden. Um die soziale Integrationsfunktion der öffentlichen Räume zu stärken, ist ihrer zunehmenden Privatisierung (z.B. in Einkaufszentren, -passagen, „malls“, Bahnhöfen etc.) entgegen zu wirken.

Gerade auch für die **DDR-Entwicklungsstädte** hat das Ziel der Aufwertung ihrer historischen Bereiche eine zentrale Bedeutung. Selbst Städte wie Schwedt, Hoyerswerda oder Leinefelde, deren Bausubstanz zu über 90 % in industrieller Fertigung errichtet wurde, verfügen über – wenn auch teils sehr kleine oder nur noch rudimentär vorhandene – historische Strukturen, die sich zwar oftmals nicht mehr in der (geographischen) Mitte der Stadt befinden, aber dennoch gerade in diesen Städten in hohem Maße identifikationsstiftend wirken. Durch die Bautätigkeit der DDR-Zeit sind in diesen Bereichen teilweise historische Orte „verloren gegangen“, die es nun gilt, in ihrer stadtbildprägenden Bedeutung (und sei es auch nur symbolisch) wieder erkenn- und erlebbar zu machen und somit einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung der Städte zu leisten.

Zentrales Themenfeld 2: Stärkung der verbleibenden Bestände in den Plattenbaugebieten

Der Umgang mit den zu DDR-Zeiten entstandenen Wohngebieten industrieller Bauweise bildet in vielen Städten einen

Schwerpunkt des Stadtumbaus. Es zeichnet sich ab, dass ein Großteil der ostdeutschen Kommunen dort die größten Potenziale zur Reduzierung überschüssiger Wohnungsbestände sieht. Aber es ist auch klar, dass in vielen Städten – namentlich in den **DDR-Entwicklungsstädten**, aber auch in den meisten **Doppelstädten** – die Plattenbaugebiete zumindest teilweise noch auf lange Frist benötigt werden, um die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum sicher zu stellen. Diejenigen Bestände bzw. Teilgebiete, die auf Grundlage gesamtstädtischer Wohnungsbedarfsprognosen oder stadtentwicklungsplanerischer Gesichtspunkte langfristig erhalten werden sollen, müssen daher zielgerichtet gestärkt und aufgewertet werden, um von der Bevölkerung als attraktive Wohnstandorte akzeptiert zu werden.

In den Jahren seit der Wende wurden in den neuen Ländern unter umfangreicher Nutzung zinsverbilligter Darlehen und durch erhebliche Aufwendungen der Wohnungseigentümer mehr als 700.000 Plattenbauwohnungen modernisiert und instandgesetzt. Diese Investitionen wirken sich in erster Linie positiv auf die Gebäude und Wohnungen und somit letztlich auch auf die betreffenden Wohngebiete insgesamt aus. Sie bergen jedoch aus heutiger Sicht auch Probleme in sich: Zum einen stehen heute mancherorts diese sanierten Gebäude einer unter stadtgestalterischen Gesichtspunkten sinnvollen Rückbauplanung entgegen (vgl. dazu in Abschnitt 4.2 dieser Broschüre). Zum anderen fanden in vielen Wohnungen der Plattenbaugebiete nur relativ einfache Sanierungsmaßnahmen statt (Fassadengestaltung, Eingangsbereich, Dach, Versorgungsleitungen). Die grundsätzlichen, konstruktionsbedingten Nachteile (kleine Zimmer, schlechte Grundrisse, Küchen und Bäder ohne Fenster) wurden zumeist nicht beseitigt. Auch wurde vielfach auf eine Renovierung der Treppenhäuser verzichtet und in vielen Häusern, die von außen einen „sanierten“ Eindruck machen, sind bspw. nach wie vor die Küchen und Bäder nicht gefliest. Heute zeigt sich, dass solche „Einfach-Sanierungen“ nicht ausreichen, um die betreffenden Wohnungen langfristig für die Mieter attraktiv zu halten.

In vielen Städten stehen entsprechend sanierte Wohnungen heute bereits in Größenordnungen leer.

Gleichwohl sind bestandsaufwertende Maßnahmen ein wichtiger Beitrag gegen wachsende Wohnungsleerstände, wenn sie nicht „vom grünen Tisch“, sondern in kooperativer, frühzeitiger Abstimmung gemeinsam mit den Bürgern geplant und durchgeführt werden, um deren Bedürfnisse kennen zu lernen und individuelle Wünsche umsetzen zu können. Es bieten sich zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Bestandsaufwertung an, die sich, je nach Lage der spezifischen örtlichen Bedingungen, kombinieren lassen (vgl. dazu ausführlich BMVBW 2001: 98ff):

- Grundrissveränderungen und Wohnungszusammenlegungen zur Beseitigung der spezifischen baulichen Nachteile der Plattenbauwohnungen und zur Schaffung eines vielfältigen, qualitativ differenzierten und den unterschiedlichen Nutzerstrukturen gerecht werdenden Wohnungsangebots.
- Aufwertung und Gestaltung der Eingangsbereiche als Visitenkarten eines Gebäudes.
- An- bzw. Einbau von Aufzügen zur Steigerung der Attraktivität von Wohnungen in oberen Etagen (hier spielt allerdings der Aspekt erheblicher Herstellungs- und Betriebskosten eine wichtige Rolle).
- Herstellung bzw. Aufwertung wohnungsbezogener Freiräume (Anbau bzw. Vergrößerung von Balkonen, Loggien oder Wintergärten, Anlage von Wohnterrassen (in ebenerdigen Wohnungen) oder Mietergärten) als Beitrag zur Steigerung der Identifikation der Bewohner mit ihrem direkten Wohnumfeld.
- Nutzung der spezifischen Potenziale von Wohnhochhäusern mit elf und mehr Geschossen als gebietsprägende städtebauliche Dominanten.
- Berücksichtigung von Aspekten seniore- und behindertengerechten Wohnens bei der Sanierung der Gebäude und Wohnungen; Nutzung der Potenziale der Plattenbauten zur Schaffung von Einrichtungen des betreuten oder generationenübergreifenden Wohnens.

Neben Aufwertungsmaßnahmen, die sich direkt auf die Gebäude- bzw. Wohnungssubstanz beziehen, kommt auch der Stärkung und Aufwertung des Wohnumfeldes (sowohl des öffentlichen Raumes, als auch den Einrichtungen der Infrastruktur) eine große Bedeutung zu (vgl. dazu ausführlich: BMVBW 2001c: 110ff):

- Attraktive Spiel- und Aufenthaltsbereiche für Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Alters- und Interessengruppen,
- Sport- und Freizeiteinrichtungen für unterschiedliche Bedürfnisse, die auch über das betreffende Wohngebiet hinaus eine Art „Magnetfunktion“ für die gesamte Stadt oder Region ausüben können,
- Ökologische Wohnumfeldgestaltung als Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung (Reduzierung des Anteils versiegelter Flächen, Regenwasserversickerung und Grundwasseranreicherung, Renaturierung von Gewässern und Uferzonen, Schutz und Weiterentwicklung bestehender Biotope, Fassaden- und Dachbegrünungen etc.). Viele dieser Maßnahmen lassen sich auch durch die breite Aktivierung von Bewohnermitwirkung und Selbsthilfe befördern und leisten somit nicht nur einen kostengünstigen Beitrag zu einem ökologischen Stadtbau, sondern auch zur Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil.
- Schaffung kleinteiliger Strukturen für Handel, Gewerbe und Dienstleistungen, z.B. durch Umnutzung unbeliebter Erdgeschosswohnungen,
- Einrichtung dezentraler Kundendienstleistungen der Wohnungseigentümer sowie von Nachbarschaftstreffpunkten,
- Schaffung von Verfügungsräumen für die Mieter (z.B. Gästewohnungen, Gesellschaftsräume, Abstellflächen für Fahrräder, Kinderwagen oder für Wasch- und Trockenzwecke etc.). Wichtigstes Kriterium ist auch hier, dass die geplante Nutzung gemeinsam mit den Bewohnern festgelegt und organisiert wird, um den vorhandenen Bedarf abzustimmen und potenzielle Konflikte schon im Vorfeld zu minimieren.

- Umnutzung nicht mehr benötigter Gemeinbedarfs- und Versorgungseinrichtungen: Kindertagesstätten und Grundschulen werden immer weniger gebraucht und können z.B. zu Freizeiteinrichtungen für Jugendliche oder Senioren umgenutzt werden.

Die vorgenannten konkreten Empfehlungen beziehen sich hauptsächlich auf die Gebiete industrieller Bauweise in **DDR-Entwicklungsstädten** und **Doppelstädten**, da dort davon auszugehen ist, dass zumindest ein relevanter Teil der entsprechenden Wohnungsbestände auch im Zuge des Stadtbauprozesses nicht von Abriss- und Rückbauplanungen betroffen ist.

In den **Altbaustädten**, aber auch in dörflich strukturierten Stadtteilen anderer Städte, die nur über einen geringen Anteil solcher Bausubstanz verfügen, kann sich die Situation anders darstellen. Dort gibt es meist keine Großsiedlungen mit 5.000 und mehr Einwohnern, sondern lediglich vereinzelte „Streubestände“, die oft nicht oder unzureichend in die gesamtstädtische Struktur integriert sind. Ob und inwieweit hier eine Aufwertung dieser Bestände mit den gesamtstädtischen Entwicklungszielen vereinbar ist, hängt stark von den individuellen Gegebenheiten vor Ort ab. Angesichts einer prioritären Zielstellung der Innenstadtentwicklung wird sich hier in den seltensten Fällen eine gleichzeitige Aufwertung der Plattenbaubestände als sinnvoll erweisen. Wo sich jedoch solche Gebiete durch ein funktionierendes soziales Gefüge und eine hohe Bewohnerzufriedenheit (evtl. gekoppelt mit einem hohen Sanierungsstand) auszeichnen, sollten sie nicht von vornherein auf die langfristige Abrissliste gesetzt werden, sondern es sollte nach tragfähigen Lösungen gesucht werden, die betreffenden Quartiere in das gesamtstädtische Gefüge zu integrieren.

4.2 Umstrukturierungsgebiete mit dem Schwerpunkt Bestandsreduzierung

Ausgehend von den bisher vorliegenden Stadtbaukonzepten in Ostdeutschland

zeichnet sich deutlich ab, dass die überwiegende Mehrzahl der Kommunen die größten Potenziale für die Reduzierung überschüssiger Wohnungsbestände und Infrastruktureinrichtungen in ihren Plattenbaugebieten verortet. Namentlich in den **DDR-Entwicklungsstädten** werden sich in den nächsten Jahren die Bestandsreduzierungsmaßnahmen ausschließlich in diesen Gebieten vollziehen. In vielen **Doppelstädten** liegen derzeit die Leerstandszahlen in den Altbaugebieten vielfach noch deutlich über denen in den oft umfangreich sanierten Plattenbaugebieten. Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen des Stadtumbauprozesses mancherorts die Forderung erhoben, den Gebäuderückbau auch dort zu beginnen, wo die Leerstände am größten sind. Dieser Forderung stehen nicht nur grundsätzliche Prioritätensetzungen zur Stärkung der Innenstädte entgegen (vgl. dazu Abschnitt 4.1 dieser Broschüre), sondern auch weitere Gründe: Zum einen zeigt eine genaue Analyse von Leerstandsentwicklungen und Umzugsverhalten der letzten 12 Jahre den eindeutigen Trend, dass der bis 1989 vorherrschende Drang, die Altstädte in Richtung der (damaligen) Neubaugebiete am Stadtrand zu verlassen, mittlerweile vielerorts umgekehrt werden konnte. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Kommunen aufgrund der heterogenen Eigentümerstruktur in den Innenstädten nur geringe Handlungsspielräume für die Umsetzung von Rückbaukonzeptionen haben. In den Plattenbaugebieten ist dies aufgrund der meist wenigen Großeigentümer zum einen wesentlich einfacher und zum anderen durch die Eigentümer selbst (bedingt durch den hohen wirtschaftlichen Problemdruck) auch meist gewünscht. Es ist somit zwar absehbar, dass es in den **Doppelstädten** – ebenso wie in manchen **Altbaustädten** – sicherlich mancherorts auch zu punktuellen Abrissmaßnahmen in den Altbaubeständen kommen wird. Nur in wenigen Städten (wie z.B. in Leipzig oder Wittenberge) steht aber derzeit der Abriss zahlenmäßig größerer Bestände in der Altbau- bzw. Gründerzeitsubstanz zur Diskussion.

Zentrales Themenfeld: Umgang mit Wohnungsüberhängen in den Plattenbaugebieten

Wenn in den vergangenen Monaten in der öffentlichen bzw. fachöffentlichen Debatte von Stadtumbau die Rede ist, wird dies praktisch immer gleichgesetzt mit dem Abriss von Plattenbauten. Der noch vor wenigen Jahren vorhandene breite stadtplanerische Konsens, nach dem im Sinne von Behutsamkeit und Nachhaltigkeit in der Stadterneuerung die Vernichtung von funktionsfähiger Bausubstanz praktisch undenkbar war, scheint sich mehr und mehr aufzulösen. Abriss von Wohnraum ist heute kein Tabu mehr. Vielmehr scheint es so, als würde – forciert vor allem durch die einseitige Fokussierung auf die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Wohnungsleerstände für die jeweiligen Eigentümer – der Abriss missliebiger Bausubstanz mittlerweile als „Allheilmittel“ für alle Probleme der schrumpfenden Städte angesehen. Eine differenzierte Analyse der Ausgangsbedingungen und vor allem der Folgen für Stadtgestalt und -identität erfolgt derzeit meist nicht.

Dabei gibt es prinzipiell zunächst auch andere Möglichkeiten der Bestandsreduzierung bei Wohnungsüberschüssen – auch und gerade in Plattenbaugebieten. Zunächst einmal können einige der im vorigen Abschnitt dieser Broschüre unter dem Stichwort „Aufwertung“ vorgestellten baulichen Maßnahmen auch einen Beitrag zur Bestandsreduzierung leisten. Grundrissveränderungen, Wohnungszusammenlegungen und Umnutzungen für gemeinwesenorientierte oder infrastrukturelle Zwecke bedeuten auch immer gleichzeitig eine Reduzierung des vorhandenen Wohnraumangebots und sollten – v.a. in solchen Gebieten, in denen die Leerstände (noch) keine bedrohlichen Ausmaße erreicht haben – zunächst intensiv und prioritär geprüft werden.

Eine weitere Möglichkeit, um für einen gewissen Zeitraum eine marktwirksame Reduzierung des Wohnungsangebotes zu erzielen, ist die (vorübergehende) Stilllegung ungenutzter Bestände. Sie wird vorrangig unter dem Aspekt fehlender finanzieller Mittel für den Abriss diskutiert und

bietet die Möglichkeit, Entwicklungen abzuwarten und Zeit zu gewinnen. Andererseits sollte sehr genau geprüft werden, an welchen Stellen im Wohngebiet eine Stilllegung über einen längeren Zeitraum vertretbar ist, denn jedes dauerhaft stillgelegte Gebäude stellt eine Beeinträchtigung des Ortsbildes dar und kann die weitere Entwicklung des Gebietes negativ beeinflussen. Ein dauerhaftes Stilllegen oder „Einmotten“ sollte daher allenfalls bei einzeln stehenden Gebäuden oder peripher gelegenen Siedlungsbereichen erfolgen.

Häufiger als das vollständige Stilllegen von Gebäuden, wird derzeit in den Städten die Möglichkeit einer Stilllegung von einzelnen Etagen z.B. im fünften oder sechsten Obergeschoss diskutiert, da sich der Leerstand vielfach gerade dort konzentriert. Erreicht wird damit, dass die ohne Aufzug schwer erreichbaren und damit oft auch schwer vermietbaren Wohnungen vom Markt genommen werden, aber nicht der optische Eindruck von leerstehenden Gebäuden, die dann auch leicht das Ziel von Vandalismus werden, entsteht.

Bevor über die Stilllegung und den Abriss von Gebäuden oder Gebäudeteilen entschieden wird, sollte auch die Möglichkeit einer Zwischennutzung geprüft werden. Zwischennutzungen sind Nutzungen, die von ihrer Dauer her begrenzt sind und in erster Linie zur Überbrückung von Vermarktungszeiträumen dienen sollen. Für eine Zwischennutzung in Frage kämen gewerbliche Nutzungen (Büros, Dienstleistungen etc.), kulturelle (Ateliers, Galerien) oder soziale Nutzungen (Betreuungs- und Beratungsstellen). Die Vorzüge einer Zwischennutzung liegen insbesondere im Erhalt der Gebäudesubstanz, der Verhinderung von Vandalismus und mindestens in der Erwirtschaftung der Betriebskosten durch die Wohnungseigentümer. Zu beachten ist aber, dass der finanzielle Spielraum für die Realisierung von Interimslösungen meist gering ist. Trotzdem ist davon auszugehen, dass das Potenzial an möglichen Zwischennutzungen bisher bei weitem nicht ausgeschöpft ist.⁷ Hier sind

⁷ Einen interessanten Beitrag zum Thema lieferte Karl Ganser in seinem Aufsatz: „Hände weg, liegen lassen!“ (vgl. Ganser 2001).

flexible, kreative Herangehensweisen und Angebote der Wohnungsunternehmen erforderlich, um auf diesem Wege gleichfalls für mehr Vitalität in den Wohngebieten zu sorgen.

Abriss und Rückbau von nutzbarem Wohnraum sollte dagegen generell immer nur dann als letzte Möglichkeit praktiziert werden, wenn alle anderen Strategien nicht mehr fruchten oder – nach eingehender planerischer Analyse – von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Rückbau und Abriss⁸ von Wohnungen in Großsiedlungen erfolgt nahezu ausschließlich aus städtebaulichen Gründen sowie aufgrund des strukturellen Leerstandes. Teilweise überlagern sich auch beide Gründe. Während es sich aber beim Rückbau aufgrund von städtebaulichen Defiziten eher um Einzelmaßnahmen des punktuellen oder geschossweisen Rückbaus handelt, geht es beim Abriss wegen strukturellen Leerstandes i.d.R. eher um großflächigere Eingriffe.

Es lassen sich zwei grundlegende Strategien des Abrisses / Rückbaus von Wohnungen unterscheiden, die i.d.R. auch kombiniert Anwendung finden können:

- Disperse Auflockerung der Bebauung (geschossweiser Teilrückbau und punktueller Abriss / Rückbau) und
- Flächenhafter Abriss.

⁸ Eine kurze Anmerkung zur Systematik der Begriffe Abriss und Rückbau: In der Fachöffentlichkeit werden beide Begriffe oftmals synonym verwendet. Auch drängt sich der Eindruck auf, dass durch die Benutzung des Begriffs Rückbau der in erster Linie negativ besetzte Begriff Abriss abgeschwächt werden soll. Streng genommen aber beschreiben beide Begriffe lediglich die Art des Abbruchs. Während der Begriff Abriss einen konventionellen Abbruch durch Hydraulischere, Abrissbirne oder Sprengung beschreibt, bezieht sich der Begriff Rückbau auf die Demontage bzw. Zerlegung des Gebäudes oder Teilen davon. Da Maßnahmen, bei denen Gebäudeteile erhalten bleiben, auf letztere Art durchgeführt werden, wird hierfür der Begriff des Teilrückbaus (geschossweise oder vertikal) verwendet. Trotz dieser Systematisierung lässt sich die eindeutige Verwendung der Begriffe nicht vollständig durchhalten, da nach dem Vollzug eines kompletten Gebäudeabbruchs durch Außenstehende nicht mehr erkennbar ist, auf welche Art der Abriss bzw. Rückbau erfolgte.

Die Strategie der dispersen Auflockerung der Bebauung verfolgt neben der quantitativen Reduzierung des Wohnungsbestandes die Aufwertung der bestehenden Quartiere. Erreicht werden kann eine Auflockerung des Bestandes, indem als zu dicht empfundene räumliche Situationen aufgeweitet werden und gleichzeitig Raum für neue Nutzungen (Grünanlagen, Stellplätze, Infrastruktur etc.) geschaffen wird. Umgesetzt werden kann diese Strategie zum einen durch den geschossweisen Teilrückbau und zum anderen durch den punktuellen Abriss / Rückbau von Gebäuden. Folgende Vorgehensweisen sind dabei denkbar:

- Die Auflockerung der bestehenden Bebauungsformen bei grundsätzlicher Beibehaltung der bisherigen städtebaulichen Struktur. Dies kann erfolgen durch Herausnahme einzelner Wohngebäude oder Teilen der bisherigen Quartiersrandbebauung. Der Vorteil besteht insbesondere darin, dass enge Gebäudeabstände abgebaut und Flächengewinne im Freiraum erzielt werden.
- Daneben ist aber auch denkbar, durch Abriss einzelner Gebäude oder Gebäudeensembles die bisherige städtebauliche Struktur des Gebietes so zu verändern, dass sich ein strukturell und räumlich-gestalterisch neues Bild ergibt, das auch im gesamtstädtischen Kontext anders wahrgenommen wird.

Eine weitere Herangehensweise besteht im Teilrückbau von Wohngebäuden, der entweder durch den geschossweisen Rückbau einzelner Etagen oder aber durch die Herausnahme einzelner Gebäudesegmente erfolgen kann. Der Teilrückbau verfolgt in erster Linie die Schaffung neuer Qualitäten im Wohnumfeld (bspw. neue Wegeverbindungen bei vertikalem Teilrückbau, verbesserte Besonnung) und trägt zur Differenzierung des Wohnungsangebotes bei. Er kann damit in besonderem Maße zur Aufwertung der verbleibenden Bestände beitragen. Allerdings werden Teilrückbaulösungen aufgrund des höheren technischen Aufwandes und der damit verbundenen Kosten von einer Mehrzahl der Wohnungseigentümer abgelehnt. Obwohl sie unter baukulturell-ge-

stalterischen Aspekten vielfach angebracht erscheinen und obwohl Modellrechnungen (z.B. aus Leinefelde oder Wittenberg) zeigen, dass eine kostendeckende Realisierung möglich ist, werden Teilrückbauten daher bisher nur in Einzelfällen realisiert. Ein Teilrückbau erscheint insbesondere dann sinnvoll, wenn er als ergänzende Strategie zur Behebung qualitativer Mängel der Siedlung bzw. der Gebäude (Erscheinungsbild, Nichteinfügen in die Landschaft, Erreichbarkeit des 5. und 6. Geschosses) eingesetzt wird. Darüber hinaus kann gerade in kleineren Städten durch den Teilrückbau eine bessere Anpassung der dort oft dominant bzw. als Fremdkörper wirkenden Plattenbauten an die kleinstädtische Struktur erfolgen.

Beim flächenhaften Abriss handelt es sich im Gegensatz dazu um eine Strategie des geordneten Rückzugs aus der Fläche. Sie wird bisher nur in wenigen Konzepten verfolgt und dürfte auch nur dort notwendig sein, wo Angebot und Nachfrage in einem derartigen Missverhältnis stehen, dass solche drastischen Maßnahmen notwendig werden, um den verbleibenden Wohnungsbestand in der Stadt dauerhaft vermietungsfähig zu halten. Trotzdem hat die Rückbaudebatte auch ihr eigene Dynamik, so dass sich inzwischen häufiger eine Tendenz durchsetzt, die den Rückbau ganzer Gebäudeensembles befürwortet. Teilweise wird dafür die bessere Nachnutzungsmöglichkeit ins Feld geführt, teilweise sind es städtebauliche Gründe, in anderen Fällen auch Fragen des Images von Teilquartieren oder es spricht eine hohe Leerstandskonzentration dafür. Auch betriebswirtschaftliche Überlegungen der Versorgungsträger spielen eine wichtige Rolle.

Prinzipiell sind drei Vorgehensweisen denkbar:

- Es erfolgt ein Rückbau der betreffenden Neubaugebiete von den Randzonen her (Zwiebelschalenprinzip). Im Innern der Gebiete bleiben die entstandenen Funktionen und Räume weitgehend erhalten. In den von Bebauung befreiten Räumen erfolgen Renaturierungen zugunsten land-

schaftlicher Qualitäten bzw. sind bei entsprechender Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt langfristig auch kleinmaßstäbliche Bebauungen möglich. (vgl. BMVBW 1999: 146).

- Die konträre Vorgehensweise läuft daraus hinaus, die Siedlungen von ihrem Inneren her zu entkernen, d.h. die im allgemeinen meist höher und dichter bebauten Gebietsteile zurückzubauen und die entstehenden Brachen zu begrünen bzw. neu zu bebauen. „Das Ergebnis wäre vermutlich die Betonung des Siedlungscharakters des betreffenden Gebietes bei Verlust tragfähiger Ansätze einer künftigen Urbanisierung.“ (BMVBW 1999a: 146)
- Die radikalste Vorgehensweise ist der Komplettabriss ganzer Wohngebiete oder Wohnkomplexe. Auch hierfür gibt es inzwischen Überlegungen. Insbesondere unter versorgungstechnischen und Kostenaspekten erscheinen Komplettabriss in bestimmten Fällen sinnvoll. So herrscht bspw. in vielen Großsiedlungen das Prinzip der Kellergängerschließung vor, d.h. Leitungen zur Ver- und Entsorgung werden von Haupttrassen, die außerhalb der Gebäude verlaufen, in ein Gebäude geführt und verlaufen von dort innerhalb der Kellergeschosse bis zum entferntesten Versorgungspunkt. Beim Abbruch einzelner Gebäude innerhalb von Gebäudekomplexen kann es damit zu dem Problem kommen, dass nachfolgende Gebäude von der Ver- und Entsorgung abgeschnitten werden bzw. kostspielige Umverlegungen von Leitungen nötig werden (vgl. Herz et al. 2002).

Ein weiterer – bislang oft vernachlässigter – wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit dem Abriss von Wohngebäuden ist die Frage der Nachnutzung der freiwerdenden Flächen. Keine Abrissmaßnahme sollte erfolgen, bevor die Nachnutzung der freiwerdenden Flächen geklärt und finanziell abgesichert ist. In vielen Fällen, insbesondere wenn es sich um disperse Maßnahmen zur Auflockerung des Bestandes handelt, werden diese Flächen dem Wohnumfeld zugeschlagen und als Grünflächen, Parkplätze, für die Anlage neuer Spiel- und Freizeitflächen etc. genutzt. Die

Kosten für eine solche an den Defiziten des Quartiers orientierte Nachnutzung sollten mit den Abrisskosten kalkuliert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die damit verbundene Verbesserung der Wohnumfeldqualität eine Erhöhung der Mieterbindung in den benachbarten Gebäuden zu erwarten ist.

Bei flächenhaftem Abriss kann in Abhängigkeit von der Lage der jeweiligen Großwohnsiedlung in der Stadt eine Nachnutzung der durch Abriss frei werdenden Flächen durch kleinmaßstäblichen Wohnungsbau oder Wohnungsneubauprojekte für besondere Nachfragergruppen (bspw. betreutes Wohnen, altengerechtes Wohnen etc.) sinnvoll sein. Dies bietet sich an, da die Abrissflächen in Großsiedlungen sowohl stadtechnisch als auch hinsichtlich der wichtigsten Infrastrukturen (Schulen, Kitas etc.) als voll erschlossen gelten können. Wenn es gelingt, die in den meisten Städten noch vorhandene Nachfrage nach Eigenheimen auf diese Flächen zu lenken, ließe sich damit auch ein Beitrag leisten, um den weiteren Landschaftsverbrauch einzudämmen und die Innenentwicklung der Städte zu unterstützen.

4.3 Konsolidierte Gebiete ohne Handlungsdruck

In allen Städten, die mit Fragen des Stadtumbaus befasst sind, gibt es eine ganze Reihe von Teilgebieten, in denen derzeit kein akuter Handlungsdruck erkennbar ist. Dies trifft für die Mehrzahl der Städte auf ihre Einfamilien- oder Reihenhausergebiete innerhalb und außerhalb der Stadt sowie auf dörflich geprägte, ländliche Stadt- bzw. Ortsteile zu. Diese Teilgebiete sind selten von Wohnungsleerstand betroffen, die baulichen und sozialen Strukturen sind weitgehend funktionsfähig und ausgewogen.

Vielerorts zählen auch die Siedlungen der Zwischenkriegszeit (20er und 30er Jahre) sowie die älteren Wohnkomplexe des industriellen Wohnungsbaus zu den momentan konsolidierten Stadtteilen, da dort eine überwiegend ältere Bevölkerung mit gesicherten Einkommens- und Lebensverhältnissen, guten nachbarschaftlichen

Kontakten und entsprechenden infrastrukturellen Verflechtungen lebt. Diese momentan noch von vielen Bewohnern solcher Gebiete als sehr angenehm empfundene Alters- und Lebensstil-Homogenität birgt jedoch eine große Gefahr in sich: Durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung werden in diesen „überalterten“ Quartieren in den nächsten Jahren sehr viele Wohnungen gleichzeitig frei werden, die dann – wenn sie entsprechende Qualitäten aufweisen – zu einer zusätzlichen Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt werden, bzw. – und das wird in den meisten Städten der Fall sein – aufgrund ihres Images und der durchweg kleinen, wenig flexibel nutzbaren Wohnungen nur geringe Chancen auf eine Neuvermietung haben werden. Hier müssen im Rahmen des Stadtumbaus präventive Nachnutzungsmöglichkeiten entwickelt werden und es sollte so früh wie möglich damit begonnen werden, die betreffenden Bestände den geänderten Marktbedingungen anzupassen (z.B. durch Änderung der Wohnungsgrundrisse oder Schaffung entsprechend differenzierter Infrastrukturangebote). Ein Rückbau wird in solchen Quartieren in der Regel keine praktikable Lösung sein, da die Gebäude erstens derzeit noch weitgehend vollständig bewohnt sind, zweitens in den Jahren nach der Wende zumeist mit gro-

ßem finanziellen Aufwand modernisiert und instandgesetzt wurden und drittens auch oftmals vergleichsweise hohe Wohnumfeldqualitäten aufweisen, da sie im Gegensatz zu vielen später errichteten Plattenbaugebieten über eine wesentlich geringere Dichte sowie eine gewachsene, gut gepflegte Freiflächenausstattung verfügen.

Ein anderer Gebietstypus, der vielleicht heute vielerorts noch der Gruppe „konsolidiert“ zugerechnet wird, sind die nach der Wende in den 1990er Jahren entstandenen Siedlungen mit überwiegend Geschosswohnungsbauten (hauptsächlich im sozialen Wohnungsbau). Nicht zuletzt durch ein problematisches Belegungsverhalten der Vermieter (gesteuert durch entsprechende Optionen der Belegungsbindung im sozialen Wohnungsbau) zeichnen sich hier teilweise bereits sehr große Probleme in Bezug auf Wohnungsleerstand und Sozialstruktur ab. Nur ein sofortiges zielgerichtetes Entgegenwirken (z.B. durch den Einsatz von Sozialarbeitern oder die Schaffung von Angeboten für Jugendliche, Senioren, Aussiedler etc.) kann hier verhindern, dass sich diese Gebiete – nach Abriss der unsanierten Plattenbaugebiete – womöglich mittelfristig zu den wahren sozialen Brennpunkten der Städte entwickeln werden.

5 Instrumente für die praxisnahe Umsetzung baukultureller Zielstellungen in den kommunalen Stadtumbauprozess

Die Gestaltung unserer Städte ist nicht nur eine Aufgabe einzelner Ämter. Es geht dabei nicht nur um die Architektur einzelner Gebäude oder die schmückende Kunst im öffentlichen Raum, sondern viel wesentlicher um die Gestaltung ganzer Straßenzüge, die Gestalt von Wohnvierteln, das Verhältnis von „Zentrum“ und „Peripherie“, die kulturvolle Organisation von Wohnen und Arbeiten. Somit hat die Gestaltung der Städte im Stadtumbauprozess eine gesamtgesellschaftliche, zutiefst kulturelle Dimension.

Baukultur darf deshalb kein „Anhängsel“ oder „Nebenschauplatz“ im kommunalen Stadtumbauprozess sein, die Gestaltungs- und Verfahrensfragen müssen von Anfang an in die Planungs- und Entscheidungssituationen integriert und in einem öffentlichen Dialog zwischen Beteiligten aller Gruppen, Akteure und Sparten behandelt werden.

Ein solch breiter und offener Kommunikationsprozess ist nicht nur eine Notwendigkeit, er ist auch eine Chance für Innovation. Um dies zu gewährleisten, kommen eine Reihe von institutionellen und prozessualen Instrumenten in Frage, die entweder aus bisher bereits üblichen Verfahren übernommen und spezifiziert werden können oder die ggf. speziell für diesen Zweck neu entwickelt werden müssen. Zu den erstgenannten gehören Gestaltungsatzungen, Gestaltungsbeiräte und Wettbewerbe, zu den zweitgenannten die Erarbeitung einer kommunalen „Leitlinie Stadtumbaukultur“ und evtl. die Schaffung spezifischer „Baukulturkommissionen“ auf kommunaler Ebene.

Im folgenden soll näher darauf eingegangen werden, wobei sich die vorgeschlagenen Instrumente nicht als zwingend notwendige Vorgaben für die Etablierung einer stadtumbaukulturellen Praxis, sondern als mögliche Angebote zur Qualifizierung der laufenden Prozesse verstehen.

5.1 Stadtkonkrete Entwicklung einer „Leitlinie Stadtumbaukultur“

Die „Leitlinie Stadtumbaukultur“ ist, ausgehend von dem generellen Verständnis von Stadtumbaukultur, wie es im bisherigen Verlauf des vorliegenden Forschungsberichts zum Ausdruck kommt, die Summe der auf eine jeweilige Kommune (bzw. bei Großstädten ggf. auf einen Stadtteil) bezogenen stadt- und baukulturellen Zielstellungen im Prozess des mittel- und langfristigen Stadtbaus, die auf der Grundlage und durch Konkretisierung von stadtgestalterischen Analysen unter Beteiligung vielschichtiger Akteursgruppen entwickelt werden.

Die „Leitlinie Stadtumbaukultur“ sollte in der Regel ganz am Anfang von Planungsprozessen stehen und nicht erst dann bemüht werden, wenn es um strittige Einzelbauvorhaben oder Abrissmaßnahmen geht.

Die „Leitlinie Stadtumbaukultur“ ist in den Zusammenhang mit anderen planerischen Konzepten, z.B. zur demographischen und infrastrukturellen, wirtschafts-, arbeitsmarkt- und wohnungspolitischen Entwicklung der betreffenden Kommune gestellt, hat aber im Unterschied zu diesen einen spezifischen Themenbereich zum Inhalt, eben den der Entwicklung der Stadtumbaukultur.

Zur Zeit noch nicht üblich, sollte aber in Zukunft angestrebt bzw. gefordert werden: die „Leitlinie Stadtumbaukultur“ als unverzichtbarer Bestandteil integrierter Stadtentwicklungskonzepte bzw. – wenn dies für zweckmäßig gehalten wird – als notwendiges Pendant zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept aus der Sicht der Stadtumbaukultur, der Stadtgestaltung, der Stadt- und Baukultur einschließlich der Architektur.

Eine „Leitlinie Stadtumbaukultur“ als integrierender Bestandteil der Planungs- und Entwicklungsprozesse im Rahmen des

Stadtumbaus ist grundsätzlich in einem öffentlichen Dialog zwischen Planern und Bürgern zu erarbeiten. Es ist unabdingbar, dass sich die Entwicklung einer „Leitlinie Stadtumbaukultur“ nicht in elitären, exklusiven Expertenkreisen vollzieht, sondern die zahlenmäßig größte Gruppe städtischer Akteure, die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt, unmittelbar in den Prozess einbezogen werden. Dieser iterative Prozess braucht einen festen Platz im gesamten Arbeits- und Diskursablauf: eine öffentliche Plattform und eine Kontinuität und Langfristigkeit sind dabei besonders wichtig, da sonst die Gefahr besteht, dass anfängliche integrierte Handlungskonzepte schnell verflachen oder ermüden, während an ihrer Stelle pragmatische, sektorale Bestrebungen zunehmend die Oberhand gewinnen.

Der Stadtumbauprozess wird das alltägliche Leben vieler Bürger und Bürgerinnen betreffen und verändern. Die entwickelten Lösungen sind deshalb angewiesen darauf, dass nicht nur Akzeptanz, sondern aktive Unterstützung der Veränderungsprozesse gefunden werden kann. Denn erst das wird die beabsichtigten positiven Effekte (unter anderem: „Aneignung“, „Nachhaltigkeit“) auf lange Sicht sichern können. Die „Leitlinie Stadtumbaukultur“ muss sich also auf die alltägliche Praxis der Bewohner und Bewohnerinnen ebenso einlassen wie auf ihre Wünsche und Ziele und Verfahren benennen, die die Entwicklung und Kultivierung der Stadt durch ihre Bürger und Bürgerinnen mit bedenken. Dabei muss dieses Einlassen nicht Akzeptanz aller vorhandenen Praxis bedeuten – wesentlich interessanter ist ein Prozess, in dem alle Akteure lernen. Grenzen dieser Forderung ans Lernen ergeben sich aber dort, wo Bauten und Gestaltungen auch nach Vermittlungsbemühungen die Zustimmung der Bevölkerung deutlich verfehlen. Solche Bauten und Gestaltungen entsprechen nicht den Anforderungen, die an eine Baukultur zu stellen sind.

Bei der stadtkonkreten Ausarbeitung der „Leitlinie Stadtumbaukultur“ sollten grundsätzlich die folgenden beiden Aussagenbereiche in den Mittelpunkt gestellt werden

(vgl. die Abschnitte 2, 3 und 4 dieser Broschüre):

- stadumbaubezogene Gestaltanalysen der Stadt und ihrer Teilgebiete,
- differenzierte baukulturelle Zielstellungen für unterschiedliche städtische Teilgebiete sowie – insbesondere bei kleineren Städten – für die betreffende Stadt als Ganzes.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine detailliertere Untersuchung nach folgenden Ebenen sinnvoll ist und zugrundegelegt werden sollte:

- Ebene der Gesamtstadt,
- Ebene der städtischen Teilgebiete bzw. Stadtteile,
- Ebene der Stadtquartiere,
- Ebene der Einzelgebäude (partiell).

Für die Analyse und Bewertung der Stadtgestalt städtischer Teilgebiete bietet sich eine systematisierte, vergleichbare Vorgehensweise an. Besondere Bedeutung kommt dabei der zielgerichteten (nicht nur textlichen, sondern auch zeichnerischen und fotografischen) Dokumentation des jeweils charakteristischen Stadtmilieus, d.h. der räumlichen und sozialen Spezifik eines Gebietes, zu. Nützlich sind in diesem Zusammenhang erfahrungsgemäß vor allem auch aussagefähige Luftbildaufnahmen, möglichst aus unterschiedlichen Zeitabschnitten der Stadtentwicklung (Vorkriegszeit, Nachkrieg, Zeit des DDR-Aufbaus, 90er Jahre).

Im Teil „Differenzierte baukulturelle Zielstellungen“ beziehen sich die Aussagen der „Leitlinie Stadtumbaukultur“ in der Regel auf stadtstrukturell identifizierbare städtische Teilgebiete, z.B. historischer Stadtkern / Stadtzentrum / Innenstadt, aber auch periphere Plattenbaugebiete, Gründerzeitgebiete, Gemengelagen usw. Dabei empfiehlt es sich, entsprechend dem jeweiligen Integrierten Stadtentwicklungskonzept eine Untergliederung in unterschiedliche Kategorien, aus denen die jeweilige Entwicklungspriorität hervorgeht, vorzunehmen (vgl. Abschnitt 4 dieser Broschüre).

Auf der Grundlage der vorangegangenen Analyse und Bewertung der stadtgestalterischen Qualität städtischer Teilgebiete sollten für Gebiete bzw. Stadtteile, die als Schwerpunkte des Stadtumbaus prioritär festgelegt sind oder festgelegt werden sollen, jeweils spezifische Konzepte Baukultur erarbeitet werden. Hierbei geht es auch um die Herausbildung einer spezifischen Formensprache für die Schaffung identitätsstiftender baukultureller Qualitäten unter Berücksichtigung des stadtkulturellen Erbes sowie die Bestimmung von Übergangslösungen, Zwischennutzungen o.ä. für Teilbereiche, in denen sich eine langfristige, dauerhafte gestalterische Lösung zunächst nicht abzeichnet, z.B. „Kunsträume“ in Baulücken, „Installationen“ an architektonisch markanten Orten, vorübergehende „pocket parks“ an Quartiersecken und anderes mehr.

Die Darstellung der stadtbaukulturellen Zielstellungen sollte sowohl textlich („Leitbild“ o.ä.), als auch graphisch (Skizzen, Pläne, Collagen, Video-Clips u.ä.) erfolgen, um die öffentliche Kommunikation dazu anzuregen und gleichzeitig Spielräume für die konkrete Detaillierung der damit geäußerten Ideen zu eröffnen.

Die jeweils stadtkonkret zu erarbeitende „Leitlinie Stadtumbaukultur“ wird in Zukunft nach ausreichender Diskussion in und mit der Bewohnerschaft der betreffenden Stadt durch das jeweilige Stadtparlament, unter Beteiligung unterschiedlicher Akteurs- und Nutzergruppen, beschlossen. Veränderungen dieser Leitlinie bedürfen eines entsprechenden Konsenses.

Die Leitlinie Stadtumbaukultur soll somit nicht als „Baukulturfibel“ verstanden werden, mit der einige wenige Experten den am Stadtumbau beteiligten Akteuren quasi von oben „verordnen“, was Baukultur ist und was nicht, sondern sie soll vielmehr ein vermittelndes und möglichst viele Beteiligte integrierendes Instrument sein, mit dessen Hilfe die anstehenden Entscheidungen des Stadtumbaus, die weichenstellend sind für die langfristige Zukunft der Stadt, im Sinne einer tragfähigen, qualitativ hochwertigen Stadtentwicklung getroffen werden können.

5.2 Kommission für Stadtumbaukultur und Bürgerforum

Um eine zielgerichtete und fachlich-öffentlich fundierte Erarbeitung der „Leitlinie Stadtumbaukultur“ zu gewährleisten, sollte diese möglichst in einem Dialog zwischen einer kommunalen „Kommission für Stadtumbaukultur“ und einem breit geöffneten Bürgerforum entwickelt werden. Die Implementierung dieser beiden Gremien als notwendige Einrichtungen der „kritischen Distanz“ gegenüber Bauherren und Investoren auf der einen und gestalterisch häufig wenig engagierten Kommunalverwaltungen auf der anderen Seite ist besonders dann effizient, wenn die reale Gefahr besteht, dass Kommunalpolitik und private Interessenten verhängnisvolle Entscheidungen der Stadtentwicklungspolitik zu Ungunsten der Stadtumbaukultur treffen.

In die „Kommission für Stadtumbaukultur“ sollten durch den betreffenden (Ober-) Bürgermeister hauptamtliche Vertreter der jeweiligen Stadtverwaltungen berufen werden: Bau- und Kulturstadträte, Fachleute der Denkmalpflege und des Museumswesens, Vertreter von Fachverbänden und Kammern, Kulturschaffende (z.B. Künstler, Intendanten bzw. Leiter lokaler Kultureinrichtungen, Galeristen u.ä.) sowie Experten aus Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen. Die „Kommission für Stadtumbaukultur“ sollte im Rahmen des Stadtumbaus im kritischen Dialog mit einem speziellen „Bürgerforum“ grundlegende und spezifische Fragen der Stadtgestaltung und Baukultur beraten, um zu gewährleisten, dass fundamentale Qualitätspositionen zum Stadtumbau rechtzeitig und wirksam eine angemessene Berücksichtigung finden.

Berufene Mitglieder für das „Bürgerforum Stadtumbaukultur“ sollten Vertreter von Bürgervereinen bzw. für ihren Stadtteil engagierte Einzelpersonen, Künstler und andere Kulturschaffende sowie Vertreter unterschiedlicher sozialer, ethnischer und demographischer Gruppen sein. Darüber hinaus soll das Bürgerforum jedoch jederzeit für weitere Interessierte offen stehen und keinesfalls als „elitärer Zirkel“ verstanden werden. Die Bevölkerung der im Um-

bruch befindlichen Städte ist vermutlich in einem großen Maß fähig, sich selbst zu aktivieren und sich selbst die Maßstäbe zu geben, nach denen Baukultur für genau diese Stadt und ihren Bedürfnissen und Einwohnern entsprechend entstehen kann.

Eine sinnvolle Unterstützung und möglicherweise eine notwendige Voraussetzung zur Funktionsfähigkeit eines solchen Bürgerforums ist die Definition und Finanzierung von Verfahren, in denen sich ein Prozess der Zusammenarbeit und des Lernens in einer Stadt oder in einem Stadtteil entfalten kann, in denen es die Möglichkeit gibt, das Engagement in und die Identifizierung mit der Stadt zu stärken und in denen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ggf. externe Experten zu bezahlen, wo es denjenigen, die in einer Stadt wohnen und wohnen wollen, als angemessen erscheint.

Empfohlen wird, alle wichtigen stadtbaukulturell relevanten Entscheidungen in einer Stadt bzw. einem Stadtteil (bei großen Städten) grundsätzlich nur zu treffen, wenn sie vorher ausreichend im Dialog zwischen der „Kommission für Stadtbaukultur“ und dem „Bürgerforum Stadtbaukultur“ beraten und zu einem Konsens geführt worden sind. Erste Ansätze für ein derartiges Vorgehen lassen sich bereits bei einigen Städten im Rahmen des Bundeswettbewerbs 2002 „Stadtbau Ost“ finden.

5.3 Gestaltungssatzungen

Für spezifische Teilgebiete, z.B. die Innenstädte, Gründerzeitgebiete oder Plattenbaugebiete, können bei Notwendigkeit jeweils besondere „Gestaltungssatzungen zum Stadtbau“ erarbeitet und vom Stadtparlament verbindlich beschlossen werden. Den grundsätzlichen formellen Rahmen dazu geben die jeweiligen Landesbauordnungen vor.

Ergänzend zu den „Gestaltungssatzungen für den Stadtbau“ böten sich (je nach individueller Lage vor Ort), analog zur Verfahrensweise in Erhaltungs- bzw. Sanierungsgebieten Handlungskonzepte an,

welche die „Bandbreiten“ künftigen stadt- bzw. baukulturellen Handelns, bezogen auf den Stadtbauprozess mit seinen vielfältigen Handlungsoptionen (Erhaltung, Rückbau, Teilrückbau, Abrundung, Ergänzung, Zwischennutzung u.ä.) bestimmen könnten. Mittelbar kann auf diese Weise auch das künftige soziale Milieu in einem Gebiet definiert werden, wenn die grundlegenden Qualitäten des urbanen Lebens, der Mischung von Wohnen, Arbeiten, Erholen und städtischer Infrastruktur sowie die beabsichtigten zu erhaltenden bzw. neu zu entwickelnden Akzente der Architektur und Baukultur herausgearbeitet werden.

Es ist jedoch bei der Anwendung dieses Instrumentariums darauf zu achten, dass die tendenziell sowieso bereits relativ eingegengten Handlungsspielräume der am Stadtbauprozess beteiligten Akteure nicht zusätzlich eingeschränkt werden.

Weiterhin ist zu beachten, dass Gestaltungssatzungen – in der Form wie sie derzeit bereits angewandt werden – zwar Anforderungen an die formale Gestaltung baulicher Anlagen sowie an das zu verwendende Material stellen können und darüber hinaus auch Vorschriften beinhalten können, die über das einzelne Gebäude hinaus für das gesamte Ortsbild wirksam werden (z.B. Vorgaben über Dachlandschaften, Stadtfarbigkeit, Gebäudestellung oder Fassadenproportionen etc.). Gestaltungssatzungen können jedoch nicht Bau-, Änderungs- und Abbruchgebote oder -verbote festsetzen und sind auch insofern nur bedingt für die baukulturelle Maßstabsetzung im Stadtbauprozess anwendbar.

5.4 Gestaltungsbeiräte

Zur Durchsetzung der in der Leitlinie Stadtbaukultur festgeschriebenen Qualitätssatzungen, d.h. zur Kontrolle und Spezifizierung der damit verbundenen Aktivitäten, bieten sich „Gestaltungsbeiräte für den Stadtbau“ an, analog der bisherigen Gestaltungsbeiräte in Sanierungs- oder Plattenbaugebieten. (letztere z.B. in Berlin-Marzahn). Ein solcher Gestaltungs-

beirat sollte aus mindestens drei bis fünf namhaften und besonders qualifizierten Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen (nicht nur Architektur und Städtebau) aus der Region und darüber hinaus zusammengesetzt sein. Er soll die kommunal Verantwortlichen in allen Gestaltungsfragen in Zusammenhang mit Stadtumbau, besonders auch in Zweifelsfällen (z.B. bei Abrissmaßnahmen und entsprechender Nachnutzung), sachverständig beraten und zu den Auswirkungen auf die Umgebung und Ortsentwicklung gutachtlich Stellung nehmen.

5.5 Wettbewerbe

Den guten Erfahrungen Rechnung tragend, die in den vergangenen Jahren in den neuen Ländern im Rahmen von Bundeswettbewerben, Landeswettbewerben

oder länderübergreifenden, teils auch internationalen Städtebauwettbewerben gewonnen wurden, sollten zukünftig für einzelne Städte oder städtische Teilgebiete mehr als bisher stadumbaubezogene Wettbewerbe ausgeschrieben und durchgeführt werden, bei denen dem Anliegen der Stadtumbaukultur explizit und von vornherein ein angemessener, hoher Wert beigemessen wird. Durch eine öffentliche Ausstellung und Publikation der dabei erlangten, anerkannten Wettbewerbsbeiträge kann und soll dazu beigetragen werden, den Dialog zur Stadtumbaukultur auf das erforderliche höhere Maß zu bringen und beispielhafte Lösungen in ihrem grundsätzlichen Herangehen zu propagieren. Mit dem 2001/2002 durchgeführten Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ wurden dazu generell wichtige Impulse gegeben.

6 Beispiele für stadtbaukulturelle Leitbilder und Zielstellungen aus den Bundeswettbewerben „Stadtumbau Ost“ und „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ 2001/2002

Im Rahmen des im Herbst 2001 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen für Städte und Gemeinden der neuen Länder sowie für Stadtteile im Osten Berlins ausgeschriebenen Wettbewerbs „Stadtumbau Ost“ wurden integrierte Stadtentwicklungskonzepte sowie Stadtteilkonzepte für insgesamt 259 Kommunen erarbeitet. Fragen der Baukultur bzw. der Stadtbaukultur waren dabei explizit in die Wettbewerbsausschreibung nicht einbezogen, wurden jedoch auf den im Frühjahr 2002 durchgeführten drei Teilnehmer-Workshops in Dessau, Riesa und Neustrelitz durch die Vertreter des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung entsprechend dem zu jenem Zeitpunkt erreichten Bearbeitungsstand der vorliegenden Arbeit thematisiert (vgl. Haller / Rietdorf 2002).

Die bei diesen Workshops geführten Diskussionen unterstrichen zum einen die Notwendigkeit, baukulturelle Ansätze künftig stärker in die Arbeit an integrierten Stadtentwicklungskonzepten für den Stadtumbau einzubeziehen, machten aber zum anderen auch deutlich, dass es in dieser Hinsicht in der Praxis derzeit noch viele offene Fragen bzw. Unsicherheiten gibt.

Wenn nachfolgend aus dem inzwischen vorliegenden Gesamtertrag dieses Bundeswettbewerbs sowie aus den Ergebnissen des Bundeswettbewerbs „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen – Zukunft für urbane Zentren und Räume. Erhaltende Stadterneuerung, städtebaulicher Denkmalschutz und Stadtgestaltung“ (vgl. BMVBW 2002b), der ungefähr zeitgleich durchgeführt wurde (vgl. Abschnitt 2.4) eine Reihe erster Beispiele für stadtbaukulturelle Leitbilder und Zielstellungen

zusammengetragen sind,⁹ so erheben diese keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sondern wollen nur als exemplarische Illustrationen bzw. Konkretisierungen der bereits in den vorangegangenen Abschnitten dieser Broschüre behandelten grundsätzlichen methodischen Überlegungen zur Baukultur im Stadtumbauprozess verstanden sein.

Aus den unterschiedlichen Problemkonstellationen für die Kommunen und ihren daraufhin erarbeiteten Prioritätensetzungen im Stadtumbau haben sich im Zusammenhang mit baukulturell relevanten Fragestellungen die im folgenden unter 6.1 bis 6.12 aufgeführten inhaltlichen Schwerpunkte herauskristallisiert. Die den Beispielen zugrundeliegenden Entwicklungskonzepte stammen dabei von Kommunen differenzierter Größenordnungen (von weniger als 15.000 bis mehr als 100.000 Einwohnern), unterschiedlicher Stadttypen (Altbaustädte, Doppelstädte und DDR-Entwicklungsstädte – vgl. Abschnitt 4) und unterschiedlicher Zentralitäten (Unter-, Mittel- und Oberzentren). Die Frage, ob die jeweils konkret entwickelten stadtbaukulturellen Leitbilder und Zielstellungen über das betreffende Beispiel hinaus repräsentativ für diese oder jene Stadtgrößengruppe, für diesen oder jenen Stadttypus oder für diese oder jene Gruppe zentraler Orte sein könnten, wird hier jedoch nicht gestellt, genauso wenig wie die Frage nach der Zugehörigkeit der betreffenden Kommune zu einer bestimmten wirtschaftlichen oder sozialkulturellen Region. Es wird künftigen Arbeiten vorbehalten bleiben, derartige Korrelationen zu untersuchen und aus dem Befund gegebenenfalls entsprechende Ableitungen zu treffen.

⁹ Grundlagen für diese Darstellung sind Hinweise aus eingereichten Wettbewerbsarbeiten sowie aus dem Bericht der Vorprüfung vom August 2002

6.1 Dauerhafte Bewahrung des bestehenden Stadtgefüges als langfristige Zielstellung

Beispiel: Görlitz (Sachsen)

(Doppelstadt, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, ca. 62.000 Einwohner,¹⁰ Leerstandsquote 24,6%¹¹)

Die Stadt Görlitz konzentriert ihre Ressourcen vorrangig auf die Stärkung der historischen Altstadt und der gründerzeitlichen Stadterweiterungen, um damit eine tragfähige gesamtstädtische Entwicklung sicherzustellen. Für die hohe denkmalpflegerische Qualität der Sanierungsar-

ben in historischen Innenstädten und Ortskernen“. Bei der Inwertsetzung der natürlichen und ökonomischen Ressourcen war es wichtig, nicht allein eine klassische Revitalisierungsstrategie zu implementieren, da die Entwicklungsrückstände gegenüber günstiger gelegenen Standorten kaum aufzuholen gewesen wären. Vielmehr mussten neue Wege gegangen werden. Dazu gehören die Nutzung der Potenziale im Rahmen des Projekts „Europastadt Görlitz-Zgorzelec“, die fortgeschrittenen Kooperationsbemühungen ei-



Abb. 1: Der „Schönhof“ in der Görlitzer Altstadt vor und nach seiner Restaurierung (links: 1990 / rechts: 2001)
Quelle: Stadt Görlitz

beiten und die Schaffung zusätzlicher Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur und Tourismus erhielt die Stadt 2002 eine Goldplakette im Bundeswettbewerb „Le-

ner gemeinsamen Schüler- und Jugendarbeit und der Aufbau einer grenzüberschreitenden Planungskultur mit der polnischen Nachbarstadt.

¹⁰ Die in den folgenden Abschnitten 6.1 bis 6.12 zu den Beispielstädten angegebenen Einwohnerzahlen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf den Stand des Jahres 2000.

¹¹ Die in den folgenden Abschnitten zu den Beispielstädten angegebenen Leerstandsquoten beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf den Stand des Jahres 2001.

Bereits im Jahr 1991 wurde von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz ein Fortbildungszentrum für Handwerk und Denkmalpflege gegründet, das nun gemeinsam mit der Einrichtung eines „Interdisziplinären Zentrums für revitalisierenden

Städtebau“ als zukünftiges An-Institut der Technischen Universität Dresden überregionale Ausstrahlungseffekte verstärken und somit neue Entwicklungsimpulse in die Altstadt bringen kann. Die wertvolle historische Bausubstanz (2.600 Einzeldenkmale aus Renaissance, Barock, Gründerzeit und Jugendstil) wurde zu DDR-Zeiten zugunsten der Errichtung von Plattenbauwohnungen in nördlichen und südlichen Stadtrandlagen erheblich vernachlässigt, so dass nach der Wende beträchtliche Sanierungsaufwendungen erforderlich waren.

Die Fehler der Anfangsjahre, in denen bedeutende Sanierungsmittel für die Plattenbauten den bereits einsetzenden Bevölkerungsrückgang in der Altstadt noch verstärkten, konnten in jüngerer Zeit durch den wirkungsvollen Einsatz von Beteiligungsverfahren und die Ausrichtung der Sanierungsmaßnahmen an den Erfordernissen der Bevölkerung vermieden wer-

den. Beispiele hierfür sind die intensive Einbeziehung der Öffentlichkeit bei der Neugestaltung des Obermarkts und das vorbildliche private Engagement bei der Wiederherstellung der Höfe am Untermarkt. Die Ergebnisse sind beachtenswert: Die Belegungen weisen eine stärkere soziale Durchmischung auf, die Fortschritte in der Stadtsanierung zeigen sich sowohl in der überzeugenden Qualität des Stadtbildes als auch in Detailgestaltungen, und – besonders wichtig – seit kurzem gibt es trotz der schwierigen ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen wieder einen Zuzug von Wohnbevölkerung in die Altstadt und in die zentralen Gründerzeitquartiere. Da dieser Zuzug besonders auch junge Bevölkerungsgruppen und hochqualifizierte Personen umfasst, können die jetzt noch gefährdeten Quartiere langfristig stabilisiert und die bereits begonnene positive Entwicklung der Altstadt fortgesetzt werden.

6.2 Schrumpfungprozess und Öffnung der Stadtstruktur

Eindeutige Bekenntnisse zur Schrumpfung ihrer Stadtstrukturen liegen von einer ganzen Reihe mittlerer und größerer Städte vor.

Beispiel 1: Leinefelde (Thüringen)

(Doppelstadt bzw. DDR-Entwicklungsstadt, Mittelzentrum, ca. 15.000 Einwohner, Leerstandsquote 17,7 %)

Bereits 1994/95 wurde für die Stadt ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, das auf eine umfangreiche Reduzierung der Bausubstanz im Plattenbaugebiet Leinefelde-Südstadt abzielt. Aus heutiger Sicht sollen bis zum Jahr 2010 insgesamt etwa 1.800 Wohnungen rückgebaut und etwa 3.800 Wohnungen im städtischen und regionalen Wohnungsmarkt „neu definiert und konsolidiert“ werden. Der notwendige Rückbau stellt dabei keineswegs nur eine quantitative Reduzierung des Wohnungsangebotes dar, sondern wird primär mit der Absicht einer qualitativen Aufwertung des Wohnumfeldes bzw. der Beseitigung städtebaulicher Missstände kombiniert. Die Stabilisierung einer städtischen Achse

soll den räumlichen und funktionalen Zusammenhang zwischen der Südstadt und dem alten Ortszentrum herstellen und somit die Defizite in den siedlungsstrukturellen Übergangszonen beheben. Die Aufwertungsmaßnahmen konzentrierten sich zunächst auf einen zentralen Bereich, um einen stabile, qualitativ hochwertige Kernzone zu schaffen, die frühzeitig die Identifikation der Bewohner heben und als Ausgangspunkt einer bedarfsgerechten Umstrukturierung dienen kann.

Mit dem flexiblen Einsatz von Abriss-, Umbau- und Neubauverfahren wird das monostrukturierte Wohnungsangebot unter Berücksichtigung individueller Bedürfnisse diversifiziert. Beispiele dafür sind die Verringerung der Bebauungsdichte durch den Teilrückbau der oberen Geschosse bei mehrgeschossigen Wohngebäudeblocks, die Schaffung von Maisonettewohnungen und Laubenganggebäuden, die Einbeziehung bisheriger und die Vorlagerung neuer Balkone sowie die nutzerfreundliche Gestaltung der Übergänge zwischen Wohnungen und Freiraum. Die

Rahmenplanung verlangt dabei die höchste gestalterische und technische Qualität aller Maßnahmen, um die langfristige Wirksamkeit der Investitionen sicherzustellen. Der integrierte Planungsansatz unter Beteiligung aller relevanten Akteure sowie die Gestaltungsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung sichern die erfolgreiche Umsetzung des innovativen Mitteleinsatzes und die Akzeptanz der Bewohner. Einen wichtigen Erfolgsfaktor stellt dabei die öffentliche Kommunizierung der Maßnahmen dar, die zu einer verstärkten Ressourcenakquirierung und damit einer kontinuierlichen Fortsetzung des weiteren Stadtumbauprozesses führt.



Abb. 2: Japanischer Garten in Leinefelde
Quelle: www.leinefelde.de

Beispiel 2: Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

(Doppelstadt, Landeshauptstadt, Oberzentrum, ca. 231.000 Einwohner, Leerstandsquote 21,4 %)

Für das Magdeburger Plattenbaugebiet Neu-Olvenstedt wird im Stadtumbaukonzept von einer notwendigen Transformation des städtebaulichen Grundgerüsts in eine offene Struktur unter teilweisem Erhalt der städtebaulichen Randelemente gesprochen. Dort sollen mittelfristig ca. 4.600 Wohnungen (das sind ca. 36 % des Bestandes) abgerissen werden.

Für das besonders stark vom Leerstand betroffene Quartier Rennebogen / Gerstengrund („Mäander“) wurde im Rahmen eines Planungsworkshops ein Konzept erarbeitet, das unter grundsätzlicher Beibehaltung der vorhandenen Strukturen (Gebäudefundamente, Verkehrserschlies-

Die Beteiligung an der EXPO 2000, besonders aber auch die Etablierung einer informellen Kommunikationsplattform mit japanischen Städtebauern und Architekten haben den internationalen Bekanntheitsgrad der Stadt in Zusammenhang mit ihrem Stadtumbauprozess deutlich erhöht. So wurde kürzlich auf einer durch Abriss brachliegenden Fläche ein Japanischer Garten (vgl. Abbildung 2) errichtet, dessen Idee während des Besuchs einer Delegation japanischer Architekten und Bauingenieure Ende 2000 entstand. Im Zusammenhang mit dem benachbarten Mieterzentrum, ebenfalls durch Teilrückbau einer Wohnschiebe entstanden, soll hier ein Kommunikationsort für unterschiedlichste Veranstaltungen geschaffen werden, um die Identifizierung der Bewohnerschaft mit ihrem Quartier weiter zu erhöhen. Die frühzeitige Sensibilisierung aller Akteure, der umfassende Mitteleinsatz und der integrierte Arbeitsansatz haben beste Voraussetzungen geschaffen, den Stadtumbauprozess auch weiterhin erfolgreich fortsetzen zu können. Für ihr Stadtentwicklungskonzept wurde die Stadt Leinefelde im Wettbewerb Stadtumbau Ost mit einem ersten Preis ausgezeichnet.

sung, technische Infrastruktur) eine Reduzierung der vorhandenen Wohnungen um 90 % des derzeitigen Bestandes vorsieht. Da sich eine dauerhafte Verringerung des Leerstandes nur bei einem grundlegenden Imagewandel des Quartiers realisieren lässt, sieht das städtebauliche Konzept einen Teilrückbau der nördlichen Randbereiche von sechs auf vier Geschosse vor, so dass damit ein Übergang zum nördlich gelegenen Kernbereich geschaffen wird, während der südliche Randbereich sogar bis auf zwei Geschosse reduziert werden soll, um eine Öffnung zur südlich angrenzenden Bördelandschaft zu erreichen.

Für die besonders problematische Mittelzone wird hingegen eine Auflösung und Reduzierung auf freistehende, viergeschossige Einzelblöcke vorgeschlagen.



Abb. 3: Stadtumbauplanungen in Magdeburg-Olvenstedt. Bestand (li.) und Städtebauliches Konzept (re.)
Quelle: Stadt Magdeburg

Als Kontrapunkt zu dieser Auflockerung im Gebiet Neu-Olvenstedt ist die Wiederherstellung des südlichen Stadtzentrums in der Magdeburger Innenstadt zu sehen, die in besonderem Maße zur Identitätsstiftung beiträgt. Dies erfolgt einerseits durch die Herausarbeitung und Instandsetzung der historischen Bausubstanz. Zum anderen

soll durch die Reduzierung der Trennwirkung der verkehrsreichen Elbuferstraße die Öffnung der Stadt zur Elbe hin ermöglicht werden. Der darauf bezugnehmende Beitrag der Stadt Magdeburg im Bundeswettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ wurde mit einer Silberplakette sowie einer Urkunde für die Gesamtleistungen ausgezeichnet.

6.3 Profilierung eigenständiger Siedlungskörper

Beispiel: Eisenhüttenstadt (Brandenburg)

(DDR-Entwicklungsstadt, Mittelzentrum, ca. 41.500 Einwohner, Leerstandsquote 18 %)

In der ostbrandenburgischen Stadt Eisenhüttenstadt wurde nach langen, intensiven Auseinandersetzungen um die zukünftige Stadtstruktur das bisherige Ziel der Weiterentwicklung eines zusammenhängenden Stadtgebietes aufgegeben. Es wird stattdessen angestrebt, Eisenhüttenstadt zukünftig als Stadt mit drei weitgehend eigenständigen Stadträumen zu entwickeln, die funktional sowie über das Straßennetz und Grünzonen miteinander in Beziehung stehen. Diese stadträumliche Prioritätensetzung folgt den Erfordernissen einer Konsolidierung dauerhaft tragfähiger Stadtstrukturen und bedeutet einen großflächigen Abriss des Wohnungsbestandes auf nicht mehr zukunftsfähigen Standor-

ten. Bis 2015 sollen ca. 3.500 Wohnungen abgerissen werden, insbesondere im vollständig unsanierten Wohnkomplex VII, dessen Leerstandsquote von 30% weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 18% liegt und der sowohl an die anderen Wohnkomplexe als auch an das historische Fürstenberg städtebaulich nur unzureichend angebunden ist. Die rückgebauten Flächen sollen durch Renaturierungsmaßnahmen (im Südteil) und eine kleinteilige Bebauung (im Nordteil) in den städtebaulichen Zusammenhang des Ortsteils Fürstenberg integriert werden.

Demgegenüber ermöglicht die Konzentration der bestandssichernden Maßnahmen auf die drei Siedlungskörper einen zielgerechten Ressourceneinsatz. Diese drei Stadtteile weisen schon heute siedlungsstrukturell unterschiedliche Prägungen auf, die – so der Grundgedanke des Leitbilds – zukünftig weiterentwickelt bzw. stärker zur

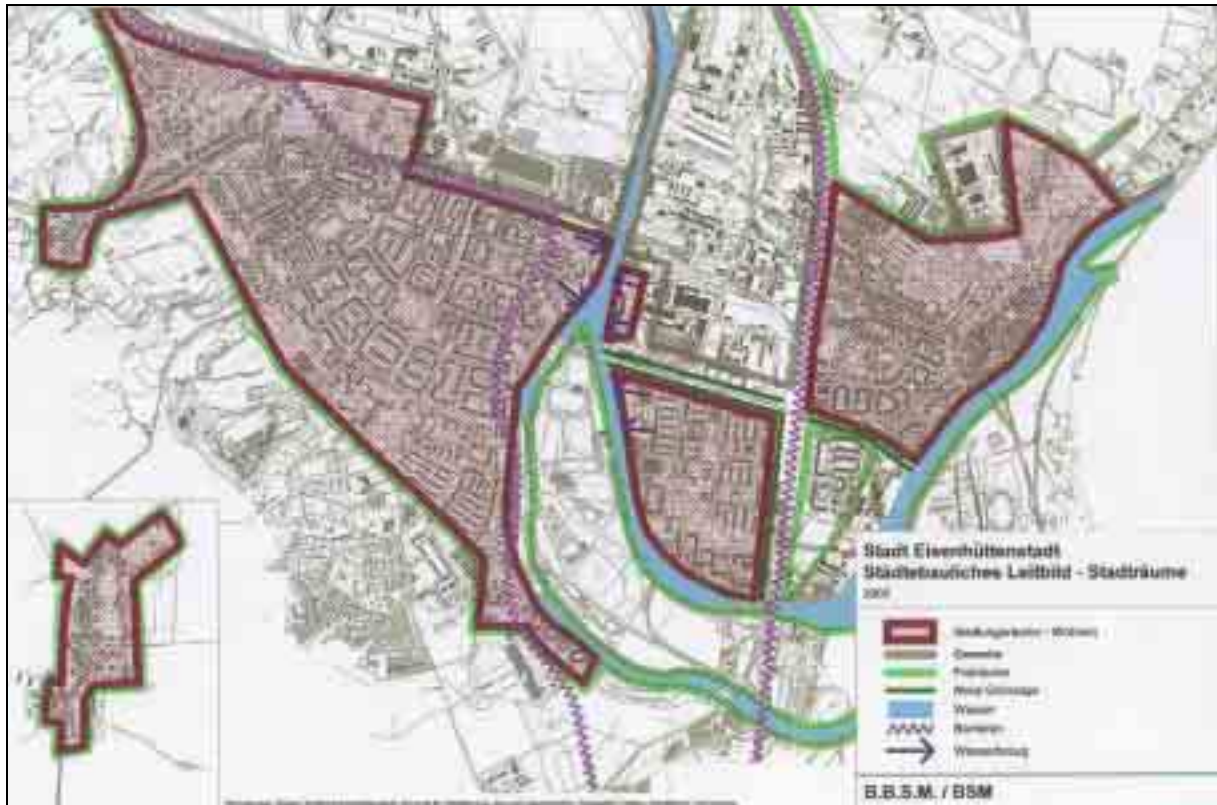


Abb. 4: Weitgehend eigenständige Stadträume als Städtebauliches Leitbild in Eisenhüttenstadt
 Quelle: Stadtentwicklungskonzept der Stadt Eisenhüttenstadt

Geltung gebracht werden sollen. Dazu gehören eine noch stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzungsansprüche und ein flexiblerer Umgang mit Denkmalschutzbelangen in den DDR-Geschosswohnungsbauten der 1950er und 1960er Jahre, die bauliche Ergänzung des Wohnkomplexes VI mit Eigenheimen in den Randbereichen sowie die Revitalisierung der kleinteiligen Strukturen in dem in den 1980er Jahren teilweise überformten Ortsteil Fürstenberg (Oder).

Ähnliche Konzeptionen gibt es in **Dessau** (Sachsen-Anhalt, Doppelstadt, Oberzentrum, ca. 83.100 Einwohner, Leerstandsquote 12,3 %). Der Stadtumbau zielt hier auf die Stärkung funktionaler Zusammenhänge, die Ordnung städtebaulicher Strukturen und die weitere Ausprägung identitätsstiftender Merkmale ab. Die Planung

geht von einer Gliederung der Stadt in „Schollen“ aus. Die Innenstadt soll in Funktion, Struktur und Gestalt weiter aufgewertet werden und eine Entwicklungspriorität gegenüber den peripheren Stadtteilen erhalten. Um die Innenstadt herum siedeln sich in einer aufgelockerten Stadtlandschaft kompakte Strukturen mit subzentralen Funktionen und eigenen urbanen Qualitäten an. Das starke, relativ ausgedehnte Zentrum soll diese urbanen Einheiten zusammenhalten. Unattraktive Stadtbereiche werden durch den Stadtumbau aufgelockert, teilweise neu geordnet und zugleich durch Modernisierung aufgewertet. Das Gartenreich des Fürsten Franz von Anhalt-Dessau dringt wieder tiefer in das Stadtgefüge ein. Für ihr Stadtentwicklungskonzept wurde die Stadt Dessau im Wettbewerb Stadtumbau Ost mit einem dritten Preis ausgezeichnet.

6.4 Integration derzeit solitärer Siedlungskörper

Gänzlich anders als bei den vorgenannten Beispielen wird in einer Reihe anderer Städte auf einen stärkeren räumlichen Zusammenschluss einzelner Siedlungsteile orientiert.

Beispiel: Sonneberg (Thüringen)

(DDR-Entwicklungsstadt, Mittelzentrum, ca. 24.800 Einwohner, Leerstandsquote 8,1 %)

Handlungsschwerpunkt der Stadtentwicklung ist die Kernstadt. Sie besteht aus drei Teilgebieten, die jeweils eigene stadttypologische Strukturen aufweisen. Die mittelalterliche „Obere Stadt“ zeichnet sich durch eine heterogene Nutzungsmischung von Wohnen und Gewerbe aus, das Gründerzeitquartier „Untere Stadt“ dagegen ist überwiegend durch eine drei- bis viergeschossige Blockrandbebauung und ein Defizit an Dienstleistungs- und Einzelhandelseinrichtungen geprägt, während die Plattenbausiedlung „Wolkenrasen“ eine reine Wohnbebauung aufweist. Insofern muss der Stadtbau jeweils unterschiedliche Handlungsprioritäten setzen. Rückbaumaßnahmen bei Erhalt der vorhandenen Strukturen sollen in der Oberen Stadt punktuell, in dem Gründerzeitquartier von innen nach außen und in dem am südlichen Stadtrand gelegenen Plattenbaugebiet vom Rand her erfolgen, um den Bezug zur umgebenden Landschaft herzustellen. Außerdem werden mit der Förderung des Tourismus in der Oberen Stadt, der Ansiedlung zentralörtlicher Funktionen in der Unteren Stadt und der Qualitätssteigerung der Grün- und Frei-

räume im Plattenbaugebiet verschiedene Konzeptionen bei den Aufwertungsmaßnahmen angestrebt. Gleichzeitig wird damit aber die Herstellung eines funktionalen und städtebaulichen Zusammenhangs zwischen den unterschiedlichen Teilgebieten erforderlich. Deshalb wurde von der Stadt gemeinsam mit Akteuren aus der Politik, Kultur, Tourismus und privater Wirtschaft ein ganzheitliches Konzept zur Entwicklung und Profilierung der Stadt erarbeitet.

Die Ergebnisse der in einem seit Ende 2000 bestehenden Arbeitskreis diskutierten Vorschläge wurden im Stadtleitbild „Sonneberg 2010“ zusammengeführt. Es steht unter dem Motto „Erlebnis Spielzeugstadt“. Wichtigstes Element ist dabei die Konzeption einer sogenannten „Spielmeile“, die als Verbindung zwischen den drei Teilgebieten der Stadt das Leitbild räumlich konkret umsetzen soll. Damit greift die Stadt ein bereits bestehendes positives Image schöpferisch auf und interpretiert die unterschiedlichen Inhalte des Themas „Spielen und Spielzeug“ in einem städtebaulichen Kontext. Beispiele dafür sind die Schauwerkstätten der Spielzeugproduktion in der Altstadt und die Umgestaltung des Deutschen Spielzeugmuseums zu einer interaktiven Einrichtung. Die „Spielzeugstadt spielend erleben“ bedeutet, der Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Spielens und des Spielzeugs in unterschiedlichsten Facetten auf einem Weg durch die Spielzeugstadt zu begegnen.

6.5 Zusammenwachsen von Alt und Neu

Zu den auffälligen Defiziten vieler Doppel- bzw. DDR-Entwicklungsstädte gehört das ungenügende Zusammenspiel von alten (vor der DDR-Zeit errichteten) und neuen (aus der DDR-Zeit stammenden) Bauge-

bioten. Es ist deshalb ein häufiges Entwicklungsziel solcher Städte, den künftigen mittelfristigen Stadtbau dazu zu nutzen, diese Stadtteile enger miteinander zu verbinden.

Beispiel: Hoyerswerda (Sachsen)

(DDR-Entwicklungsstadt, Oberzentrum, ca. 49.500 Einwohner, Leerstandsquote 18,7%)

Die Stadt Hoyerswerda erlebte seit den 1950er Jahren eine nahezu beispiellose Entwicklung zu einer Arbeiter- und Industriestadt. Im Jahr 1980 erreichte die Einwohnerzahl mit über 70.000 Menschen ihren Höchststand – das bedeutete: in nur 25 Jahren hatte sich die Bevölkerung etwa verzehnfacht. Heute sind die im Zuge der Industrialisierung zwischen 1957 und 1992 entstandenen insgesamt zehn Wohnkomplexe der „Neustadt“ zwar noch dominante Elemente auf dem Wohnungsmarkt der Stadt - über 70 % der Bevölkerung wohnen in der Neustadt -, zwischen 1990 und 2000 verringerte sich aber die Bevölkerung der Neustadt von 64.900 auf 46.900 Menschen, d.h. um 18.000 (ca. 28 %). Die Stadtstruktur wird im wesentlichen durch die beiden bipolaren Hauptzentren in der Altstadt und der Neustadt bestimmt, die

aufgrund der ausgeprägten Monofunktionalität und Bebauungsform des neustädtischen Zentrums bislang keine räumliche und funktionale Verbindung mit der Altstadt ermöglichte. In den vergangenen zehn Jahren wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die defizitäre Infrastruktur der Neustadt zu verbessern. Allerdings zeichnet sich heute das Stadtzentrum in der Neustadt immer noch durch ein Defizit an Urbanität und städtischer Vielfalt aus. Zusammen mit der unzureichenden Neuordnung des wichtigen Übergangsbereiches zwischen Alt- und Neustadt führt dies zu weiter ansteigenden Leerständen. Das bereits im Jahr 2000 erarbeitete „Integrierte Stadtentwicklungskonzept Hoyerswerda-Neustadt (INSEK)“ sah daher als wichtigste Aufgabe die flächenhafte Umgestaltung und Neuordnung des Stadtzentrums vor, um das Ungleichgewicht zwischen den isolierten Stadtteilen zu überwinden und mit der Verbindung der Neustadt mit der Altstadt das Stadtzentrum städtebaulich aufzuwerten.

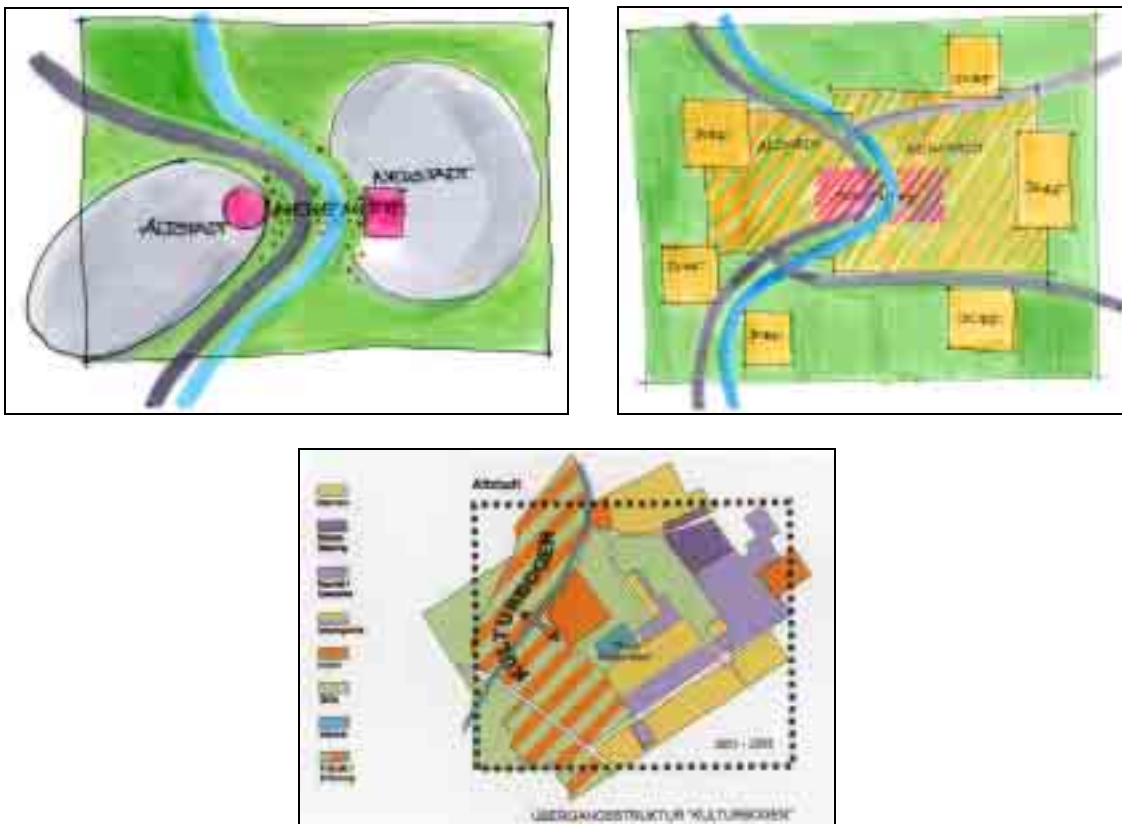


Abb. 5: Ideenskizzen für ein Zusammenwachsen von Alt- und Neustadt in Hoyerswerda durch Schaffung einer neuen Stadtmitte

Quelle: Stadtentwicklungskonzept der Stadt Hoyerswerda

Das grundsätzliche Ziel der Entwicklung einer nachhaltig funktionierenden Stadtstruktur wird in den jüngsten Planungen weiter verfolgt, allerdings wurden die Dimensionen bedarfsgerechter ausgerichtet. Durch den auf die Altstädter Seite übergreifenden Umbau des Stadtzentrums zur „neuen Mitte“ der Stadt erfolgt das Zusammenwachsen von „Alt“ und „Neu“. Die beiden bipolaren Hauptzentren in der Altstadt und in der Neustadt sollen dabei in ihren unterschiedlichen Qualitäten gestärkt werden und in einem reizvollen Kontrast wie auch in Ergänzung zueinander stehen. Die „Städtische Mitte“ soll weniger durch

bauliche Maßnahmen „von oben“ geschaffen, sondern vielmehr als Raum temporärer Zwischennutzungen verstanden werden, der in einem kreativen Prozess von den Menschen selbst in Besitz genommen und gestaltet werden soll. Die Anlage von Freiluftateliers und des sogenannten Kulturbogens für künstlerische Aktivitäten (im Grünraum entlang der Schwarzen Elster und auf Rückbauflächen) soll ein Wohnumfeld entstehen lassen, das den Mangel an Identität in der Neustadt ausgleichen und die urbane Qualität stärken kann.

6.6 Ausprägung gesamtstädtischer Grünnetzungen bis hin zur „Verlandschaftung“ der Stadt

Beispiel: Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)

(Doppelstadt, Mittelzentrum, ca. 20.000 Einwohner, Leerstandsquote 13 %)

Die Stadt Parchim konzentriert ihre Stadtumbaumaßnahmen auf eine Innenentwicklung und setzt dabei ihre Prioritäten in den problematischen Gebieten Altstadt und Weststadt. Die Altstadt weist mit einem Anteil von über 30% des gesamtstädtischen Leerstandes und einer stark gefährdeten Bausubstanz erhebliche Entwicklungsdefizite auf. Durch Bewahrung ihrer Grundstrukturen bei einer gleichzeitigen Auflockerung der Gebäudesubstanz soll die Altstadt in ihrer Funktion als Wohnstandort und Einzelhandelschwerpunkt gestärkt werden. Dies wird v.a. durch eine grüngestalterische Aufwertung des Wohnumfeldes angestrebt. Die Weiterentwicklung und Ergänzung von stadt-bildprägenden Freiräumen, die Begrünung von Blockinnenbereichen und die Schließung von Baulücken durch Gärten mit Mauern zur Straße sollen die vorhandenen Vorzüge der Innenstadt mit neuen Aufenthaltsqualitäten verbinden. Zusätzlich sollen an un bebauten Blockecken „pocket parks“ entstehen.

Das Plattenbaugebiet Parchim-West bleibt langfristig als wichtiger Wohnstandort der Stadt erhalten, soll aber durch Rückbau-

und Abrissmaßnahmen seinen Großsiedlungscharakter verlieren. Der städtebauliche Rahmenplan von 1996 zielte noch auf einen vollständigen Erhalt der Gebäudesubstanz und beabsichtigte, die Verminderung der bereits damals existierenden Leerstände lediglich durch Wohnumfeldverbesserungen zu erreichen.



Abb. 6: Maßnahmenplan für Parchim-Weststadt
Quelle: Stadtentwicklungskonzept Parchim

Die Aktualisierung der Rahmenplanung für die Weststadt im Jahr 2001 sieht hingegen eine deutliche Reduzierung des Woh-

nungsbestandes und damit der Leerstände vor, die mit einem Anteil von 40% des gesamtstädtischen Leerstandes bereits bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Unter dem Leitbild „Die Weststadt wird zur Waldstadt“ soll die Steigerung der Wohnqualität einerseits durch eine Qualifizierung der Freiräume bzw. die Nachnutzung rückgebauter Flächen durch waldartige Bepflanzungen erfolgen, zum anderen soll der Stadtteil in nachbarschaftlich orientierte Quartiere mit jeweils eigenen Identitätsmerkmalen (Kiefernquartier, Birkensiedlung) sowie einer öffentlichen grünen Mitte gegliedert werden. Die sukzessive Verdichtung des Baumbestandes

wird dabei – so die Planung – unterbrochen von kleinen „Lichtungen“, die attraktivitätssteigernde Funktionen (kleine Sportflächen, Liegewiesen, Mietergärten u.a.) übernehmen. Diese geplanten Aufwertungsmaßnahmen betreffen den gesamten Stadtteil und umfassen sowohl private Hofbereiche als auch öffentliche Räume. Mit der Gestaltung von differenzierten und vernetzten Grünbereichen will die Stadt ihr Entwicklungsziel der besseren Erlebbarkeit innerstädtischer Landschaften realisieren und damit der Stadtgestalt eine Identität verleihen, die auch zu einer Stärkung der städtischen Wohnfunktion führen kann.

6.7 Nutzung spezifischer natürlicher Ressourcen für die Stadtgestaltung

In zahlreichen vor allem kleineren und mittleren Städten stellen sich im Prozess des Stadumbaus stadtgestalterisch bzw. baukulturell sehr wichtige Fragen hinsichtlich einer künftig besseren städtebaulichen Nutzung vorhandener natürlicher Gegebenheiten, insbesondere von Flussläufen und Seeufern.

Beispiel: Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern)

(Doppelstadt, Mittelzentrum, ca. 33.700 Einwohner, Leerstandsquote: 12,2%)

Die Stadt Güstrow erhielt 2002 die Bronzeplakette im Bundeswettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ für ihr überregional verknüpftes, innovatives und zukunftsfähiges Konzept, in dessen Mittelpunkt die Verbindung von Mensch, Natur und Technik steht. Aufgrund der teilweise erheblichen Leerstandsproblematik in der Altstadt zielt das Stadtentwicklungskonzept auf eine Steigerung ihrer städtischen Qualität, um sie als Wohnstandort wieder attraktiv zu machen. Dafür werden die Ansätze der traditionellen Stadterneuerung, die sowohl Maßnahmen zur Revitalisierung der Altstadt als auch zur Ergänzung des Wohnungsbestands mit Einfamilienhausähnlichen Wohnformen enthalten, mit einer nachhaltigen Regionalentwicklung verknüpft. Diese unter dem Ansatz „Wasser in Güstrow“

stehende ökologische Ausrichtung setzt den verantwortungsvollen und intelligenten Umgang der Stadt mit ihren Ressourcen fort, der bereits 1992 mit dem Projekt „Die umweltgerechte Stadt Güstrow“ begonnen wurde.

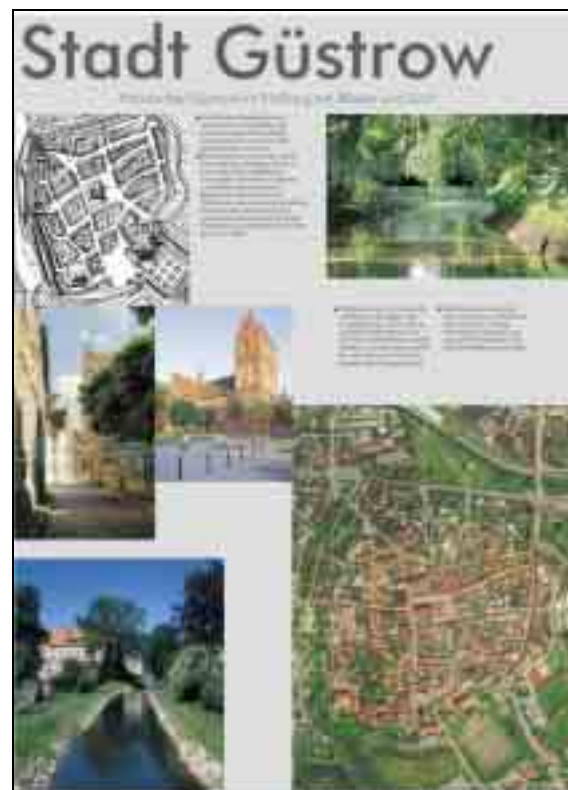


Abb. 7: Plakat zum Beitrag der Stadt Güstrow im Bundeswettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“

Quelle: BMVBW 2002b: 203

Mit der Bewerbung der Stadt um die Anerkennung als dezentraler Projektstandort der EXPO 2000 und die Auswahl als eine von bundesweit vier Modellstädten für das Forschungsfeld "Städte der Zukunft" im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus wurde dieser Prozess verstetigt. Die Maßnahmen konzentrieren sich dabei nicht nur auf klassische Renaturierungsaufgaben, wie z.B. die Wiederherstellung des Wallgrabens zur Vervollständigung der Parklandschaft in der Altstadt. Vielmehr wird durch eine Vernetzung von stadttechnischen (z.B. Sanierung des alten Städtischen Wasserwerks zur Stromerzeugung), pädagogischen

(z.B. Instandsetzung des Energiegrabens) und historisch motivierten rekonstruktiven Maßnahmen (z.B. Wasserkunst des 16. Jahrhunderts) das gleichermaßen originelle wie stringente Konzept der Stadt deutlich. In der Gesamtheit zielt die Stadtentwicklungspolitik der Stadt Güstrow darauf ab, den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu gewährleisten, die Lebensqualität der Bürger schrittweise zu verbessern und Standortvorteile zu sichern. Damit ist der flexible Rahmen für eine langfristig ausgewogene und dynamische Entwicklung der Kommune formuliert.

6.8 Neue Strukturen für Gründerzeit- und Plattenbaugebiete

Beispiel: Leipzig (Sachsen)

(Doppelstadt, Oberzentrum, ca. 493.000 Einwohner, Leerstandsquote 19 %)

Die Stadt Leipzig gehörte im Jahr 1933 mit 713.000 Einwohnern (in nahezu den selben Grenzen wie 1989) zu den fünf größten Städten Deutschlands. Seither ging die Einwohnerzahl kontinuierlich zurück. Nach 1989 hat sich dieser Prozess mit einem Verlust von fast 100.000 Einwohnern deutlich beschleunigt. Im Jahr 2000 standen ca. 60.000 Wohneinheiten bzw. 19% des Wohnungsbestandes von 311.000 Wohnungen leer. Die Stadt Leipzig hat frühzeitig damit begonnen, mit der Erarbeitung von integrierten Stadtentwicklungsplänen offensive Planungsstrategien zur Verminderung der Leerstandsproblematik zu implementieren. Auf der Grundlage des gesamtstädtischen „Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung (STEP W+S)“ wurden für Gebiete mit besonderer Problemintensität Stadtteilpläne erstellt. Der „Konzeptionelle Stadtteilplan Leipziger Osten“, für dessen Erarbeitung Eigentümer und Nutzer als Ideengeber in einem vorangegangenen kooperativen Gutachterverfahren frühzeitig einbezogen wurden, formuliert eine Entwicklungsperspektive für das von einer einfachen gründerzeitlichen Gebäudestruktur, einer mangelhaften Ausstattung mit attraktiven Grün- und Freiflächen, einer hohen Ver-

kehrbelastung, einer schwachen Sozialstruktur und städtebaulichen Bruchstellen gekennzeichnete Problemgebiet des Leipziger Ostens. Der immense Bevölkerungsverlust, der mit einer fortschreitenden Konzentration der Wohnbevölkerung an den bereits jetzt bevorzugten Standorten verbunden ist und der überdurchschnittliche Wohnungsleerstand in diesem Gebiet eröffnen dadurch aber auch die einmalige Chance eines tiefgreifenden Stadtumbaus. Dieser orientiert sich an den folgenden drei Leitbildern: Zum einen soll das Grundgerüst der gründerzeitlichen Stadt mit seinen urbanen Kernen in Funktion und Gestalt weitgehend gesichert werden, zum anderen gilt es, das sich entwickelnde Rückbaupotenzial teilräumlich für Grünvernetzungen verfügbar zu machen und schließlich soll das vorhandene Entwicklungspotenzial des „Graphischen Viertels“ als Motor für den gesamten Ostraum genutzt werden.

Eine sukzessive Umsetzung des Konzeptes „grünes Rietzschkeband“ ist dabei von zentraler Bedeutung und soll neue Entwicklungsimpulse für das Gebiet, aber auch für die angrenzenden Wohnquartiere auslösen. Durch ein anvisiertes Rückbauvolumen von ca. 25% der vorhandenen Wohnungen und die Gestaltung eines neuen Stadtkörpers wird die Vision, den Leipziger Osten mittel- bis langfristig zu einem Stadtgebiet mit preiswerten sowie



Gesamtplanung



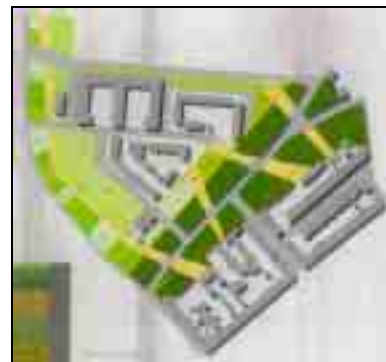
„Hirschgehege“



„Magnetfelder“



„Wandel auf der Parzelle“



„Dunkler Wald“



„Lichter Hain“

Abb. 8: Gesamtkonzeption und Einzelbausteine für das „Rietzschke-Band“ im Leipziger Osten
Quelle: Stadt Leipzig

guten Wohnstandortbedingungen und eigenen Identitäten zu entwickeln, durch konkrete Zielvorgaben und Umsetzungsstrategien untersetzt. Mit dem „Rietzsch-

keband“ soll eine Sequenz unterschiedlicher Stadträume geschaffen werden, die von großen zusammenhängenden Freiflächen im „Rabet“ bis hin zu stärker baulich

durchsetzten Bereichen der perforierten Stadt, z.B. in Neuschönefeld („Wandel auf der Parzelle“) reichen. Der unter den veränderten Realitäten eines Schrumpfungsprozesses ablaufende Stadtumbau bedeutet im Leipziger Osten die Realisierung eines neuen Stadtraumes, der sowohl neue Gestaltbilder als auch neue Nutzungsstrukturen aufweist. Das Zusammenspiel von temporären und dauerhaften zusätzlichen Nutzungen in neuen baulichen Formen („Magnetfelder“), der Durchdringung der Bebauung mit Gärten, die durch den Abriss von Bausubstanz und eine anschließende gärtnerische Gestaltung möglich werden („Wandel auf der Parzelle“), der landschaftsarchitektonischen Neuinterpretation des Stadteinganges („Dunkler Wald“) und der Integration einer offenen Landschaft in den Stadtkörper („Lichter Hain“) soll das Wechselspiel von „bebaut“ und „unbebaut“ deutlich machen und Neugier auf den Wandel in der Stadt hervorrufen. Das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Leipzig wurde im Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ mit einem zweiten Preis gewürdigt.

Auch beim Umgang mit den aus den 1960er bis 1980er Jahren stammenden Wohngebieten des industriellen komple-

xen Wohnungsbaus, insbesondere den Plattenbaugebieten, zeichnen sich in einer Reihe von Städten deutliche Strukturwandlungen in Richtung auf die Umgestaltung solcher Gebiete zu „neuen Gartenstädten“ ab:

Die Stadt **Schipkau** (Brandenburg, DDR-Entwicklungsstadt, Mittelzentrum, 8.600 Einwohner, Leerstandsquote 30 %) verfolgt mit ihrem städtebaulichen Leitbild der Rückkehr zur ländlichen Siedlungsentwicklung einen flächenhaften Rückbau von etwa zwei Dritteln des Wohnungsbestandes im Neubauquartier, um den durch die massive Leerstandsentwicklung verursachten sozialen Problemen und Verwahrlosungstendenzen entgegenzuwirken. Mit grüngestalterischen Aufwertungsmaßnahmen des Wohnumfeldes und dem Freihalten der Rückbauflächen für potenziell kleinteiligen Neubau wird der bislang deutliche städtebauliche Kontrast des Quartiers zu den dörflichen Siedlungsgebieten korrigiert und damit der siedlungsstrukturelle Charakter der Gesamtstadt wiederhergestellt. Schipkau erhielt im Wettbewerb Stadtumbau Ost für sein Stadtentwicklungskonzept einen dritten Preis.

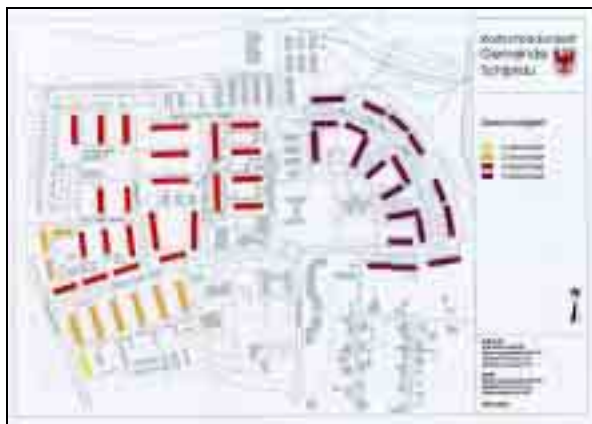


Abb. 9: Stadtumbaukonzept der Gemeinde Schipkau: Bestand (li.) und Städtebauliche. Rahmenplanung (re.)
Quelle: Stadtentwicklungskonzept der Gemeinde Schipkau

Eine ähnliche Problemkonstellation in demographischer, städtebaulicher und funktionaler Hinsicht weist die größte Plattenbausiedlung **Stendals** (Sachsen-Anhalt, Doppelstadt, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, ca. 39.700 Einwohner, Leerstandsquote 23,5 %) auf. Unter

dem Leitbild „Von der Großsiedlung zur Gartenstadt“ sollen im Quartier „Stadtsee“ 3.060 Wohnungen (ca. 56 Prozent des Bestandes) abgerissen bzw. teilrückgebaut werden. Die Stadt Stendal wurde im Wettbewerb Stadtumbau Ost mit einem zweiten Preis ausgezeichnet.

6.9 Neudefinition von Rändern und Kompaktierung

Da in einer großen Anzahl von Städten von einem zunehmenden Schrumpfen der Stadt von außen nach innen ausgegangen wird, erhält die Auseinandersetzung mit der künftigen Stadtkante bzw. den strukturell bedeutsamen Rändern innerhalb des Stadtkörpers eine zunehmende Aktualität.

Beispiel: Schwedt/Oder (Brandenburg)

(DDR-Entwicklungsstadt, Mittelzentrum, ca. 40.900 Einwohner, Leerstandsquote 13 %)

Die Stadt Schwedt weist infolge ihrer Entwicklung zu einem Zentrum der Chemie- und Papierindustrie und der parallel erfolgenden Stadterweiterung eine bauliche Monostruktur mit ca. 95% industriell gefertigtem Wohnungsbau auf. Mit der Errichtung von ca. 11.000 Wohnungen im Bereich der „Oberen Talsandterrasse“ zwischen 1967 und 1989 entstand neben dem bereits bestehenden Stadtzentrum ein eigenständiger, zweiter Stadtteil. Nach aktuellen Prognosen wird damit gerechnet, dass Schwedt im Jahr 2015 nur noch ca. 34.000 Einwohner haben wird, das wären etwa 40% weniger als im Jahr 1980.

Die Bevölkerungsrückgänge betreffen insbesondere die peripher gelegenen Bereiche der „Oberen Talsandterrasse“. Dieses Gebiet befindet sich bereits in der zweiten Planungsstufe des Stadtumbaus, die bis zum Jahr 2010 den Rückbau von etwa 5.000 Wohnungen vorsieht. Derzeit sind bereits ca. 1.200 Wohnungen abgerissen. Schon seit 1997 wurde die notwendige Gleichzeitigkeit von Aufwertung und Abriss formuliert und im Städtebaulichen Rahmenplan festgeschrieben.

Aus der Leitbilddiskussion 1998 ergab sich für die zweite Planungsstufe ein Paradigmenwechsel in der Definition der städtebaulichen Struktur für den auf der oberen Talsandterrasse gelegenen Stadtteil „Am Waldrand“. Das avisierte Abrissvolumen erforderte eine Abkehr von der punktuellen Korrektur, die nur zu einer nicht vertretbaren Ausdünnung und Auflösung der Siedlungsstruktur geführt hätte und bedeutete

statt dessen einen flächenhaften Rückzug des Stadtteils vom Rand her. Außerdem stellten alternative Rückbauszenarien oder Wohnungszusammenlegungen aufgrund eines fehlenden Bedarfs keine effektive Strategie zum Abbau des mit 43 % bedeutenden Wohnungsüberhangs dar.

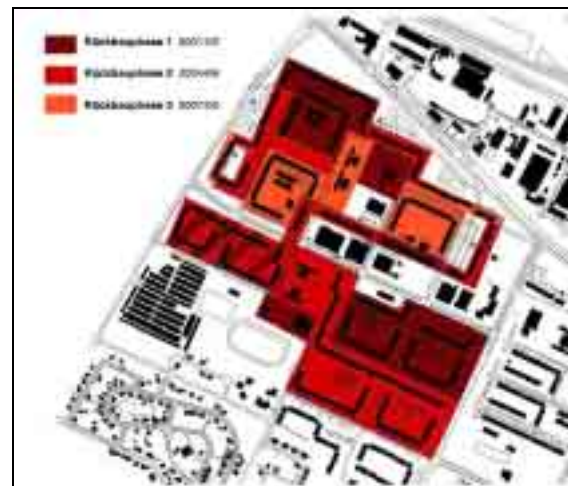


Abb. 10: Rückbauphasen im Plattenbaugebiet „Am Waldrand“ in Schwedt (2001-2009)

Quelle: Stadtentwicklungskonzept Schwedt

Der flächenhafte Rückzug von außen nach innen verhindert die Schwächung des gesamten Stadtkörpers, macht aber gleichzeitig die Neu-Definition des Gebietscharakters erforderlich. Daher wurde im März 2002 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgelobt, der die Umstrukturierungsvorschläge für den Stadtteil „Am Waldrand“ konkretisieren und Lösungsvorschläge in wichtigen Fragen der Stadtteilentwicklung, insbesondere in Bezug auf die betreffenden Gebietsränder, erarbeiten sollte.

Die Entscheidung im Juni 2002 bestätigt die Strategie eines konsequenten Rückzugs aus der Fläche und der Transformation des Gebiets zu einer peripher gelegenen „Vorstadt“. Der Siedlungskörper wird sukzessive kompaktiert und seine rückgebauten Flächen werden durch Hereinziehen der Landschaft aufgefüllt. Zugleich werden im Zuge der Umsetzung der Planungen durch die Verlagerung des räumlichen Zentrums die Ränder neu definiert und bewusst gestaltet. Die Neustrukturierung des Stadtgebildes bedeutet nicht nur

die Vitalisierung der vom Stadtumbau betroffenen Stadtteile, sondern gleichzeitig soll die gesamte Stadt einen Zugewinn an Identität und Erkennbarkeit erhalten, der

zu einer Stärkung des Siedlungsgefüges führt. Die Stadt Schwedt erhielt für ihr Stadtentwicklungskonzept einen ersten Preis im Wettbewerb Stadtumbau Ost.

6.10 Überwindung von Barrieren und Schaffung von Übergängen

Beispiel: Eisenach (Thüringen)

(Doppelstadt, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, ca. 44.400 Einwohner, Leerstandsquote: 12,4%)

Zur Zeit stellt sich Eisenach in seiner gesamten Stadtstruktur als eine in einzelne Teilbereiche zerfallende „fragmentierte“ Stadt dar. Dazu tragen vor allem die großen Brachflächen beiderseits der Bahn bei. Diese umfassen einerseits ehemalige Industriestandorte (z.B. Automobilwerk AWE, Fahrzeugelektrik FER), andererseits aber auch ungenutzte Verkehrsflächen. Insgesamt stehen in Eisenach ca. 80 Altstandorte mit rund 103 Hektar brachgefallener Fläche zur Wiedernutzung für Gewerbe- und Dienstleistungsfunktionen zur Verfügung. Ein weiteres Problem stellt die Großwohnsiedlung „Eisenach-Nord“ aus den 1980er Jahren dar: Deren periphere Lage und unzureichende Anbindung an das Stadtzentrum tragen wesentlich zum anhaltenden Einwohnerverlust bei, der in diesem Gebiet zu einer Leerstandsentwicklung von inzwischen 30% der Wohnungen geführt hat.

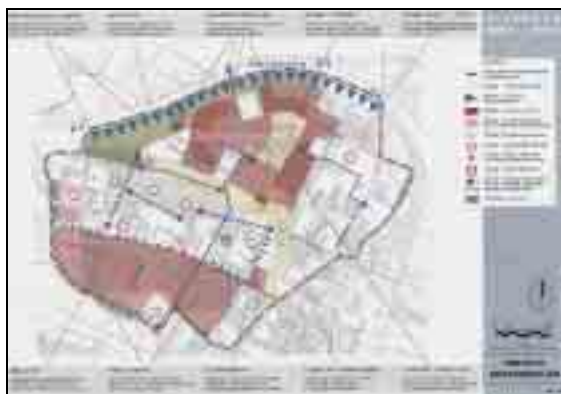


Abb. 11: Barrieren und fehlende Übergänge als städtebauliche Defizite in Eisenach-Nordwest
Quelle: Stadtentwicklungskonzept Eisenach

Unter dem Motto „Eisenach verbindet“ versucht die Stadt, diese infrastrukturellen Defizite auszugleichen. Die Umstrukturierungen im Rahmen des Stadtumbaus zielen daher insbesondere auf eine Revitalisierung der innerstädtischen und innenstadtnahen Brachflächen. Gleichzeitig soll mit der Schaffung weiterer Querungsmöglichkeiten der Bahntrasse deren trennende Wirkung abgemildert werden.

Die Großwohnsiedlung wird auf eine der Bedarfssituation angepasste Dimension reduziert, wobei die stadtfernen Bereiche entlang der Autobahn Schwerpunktgebiete von Umstrukturierungs- und Abrissmaßnahmen sind. Dadurch kann die Stadt enger zusammenwachsen und zu einer „Stadt der kurzen Wege“ werden. Unter dem Leitbild „Identität durch Verbinden und Verändern: Städtisch Wohnen im Grünen am Rande der Stadt“ sollen untergenutzte Flächenreserven für individuelle Wohnformen aktiviert und gemeinsam mit Wohnumfeldverbesserungen die städtischen Raumqualitäten in der Großwohnsiedlung verbessert werden. Die Konversionsfläche des ehemaligen Kasernengeländes, die Eisenach-Nord und das Altneubaugebiet Thälmannstraße voneinander trennt, soll zukünftig als Baulandreserve für kleinteilige Wohnstrukturen zur Verfügung stehen und damit zur baulichen und verkehrsräumlichen Integration der beiden separaten Wohngebiete beitragen. Mit weiteren Maßnahmen zur Freiraumgestaltung und zur Verkehrsplanung sollen die voneinander getrennten Stadtteile mit dem Stadtkern, aber auch untereinander baulich und funktional zusammengeführt und damit in ihrer urbanen Qualität gestärkt werden.

6.11 Beseitigung von Maßstabsbrüchen

Beispiel 1: Bautzen (Sachsen)

(Doppelstadt, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, ca. 43.400 Einwohner, Leerstandsquote: 14%)

In Bautzen ist es gelungen, durch den Abriss eines maßstablosen Wohn- und Geschäftshauses aus den 1970er Jahren im Zentrum der Stadt, einen wichtigen Beitrag zur Aufwertung der Innenstadt zu leisten. Kein Gebäude in Bautzen war seit seiner Errichtung so heftig umstritten wie der Stahlskelett-Experimentalbau, der fast 30 Jahre den Blick auf die historische Stadtsilhouette verstellt hatte. Das Hochhaus hatte katastrophale Auswirkungen auf die Sichtbeziehungen im Inneren der Stadt und den Anblick Bautzens. Noch gravierender war die Fernwirkung von den Erhebungen des Lausitzer Berglandes, wo es zu einer negativ wirkenden Landmarke geworden ist. Bei der Errichtung des Gebäudes wurden weder die städtebaulichen Auswirkungen der Standortentscheidung noch die stadtbildbeeinträchtigende Dimensionierung berücksichtigt. Im Gegen-

teil: Der Bau sollte dazu beitragen, die Fortschritte der „sozialistischen Umgestaltung“ der Innenstädte in der DDR zu demonstrieren. So wurde die ursprünglich geplante neugeschossige Ausführung auf 13 Geschosse aufgestockt, so dass das Hochhaus schließlich eine Höhe von etwa 40 m und eine Länge von knapp 100m aufwies. Aber schon zu DDR-Zeiten wurde der Bau des Hochhauses im Zusammenhang mit Überlegungen zur weiteren Stadtentwicklung offiziell als gravierender städtebaulicher Fehler bestätigt und ein Abbruch zu einem volkswirtschaftlich vertretbaren Zeitpunkt in Erwägung gezogen. Dazu kam es allerdings erst Ende 1999. Die entstandene Freifläche wird als Baulandreserve angesehen, für deren angemessene Nutzung seitens der Stadt ein überlegtes, behutsames Handeln für erforderlich gehalten wird. Unter anderem für diese Abrissmaßnahme wurde die Stadt Bautzen im Wettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ mit einer Sonderplakette und einer Urkunde für Einzelleistungen ausgezeichnet.



Abb. 12: Rückbau des Hochhauses am Bautzener Kornmarkt (Herbst 1999 bis Frühjahr 2000)
Quelle: Stadt Bautzen

Beispiel 2: Halberstadt (Sachsen-Anhalt)

(Doppelstadt, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, ca. 41.600 Einwohner, Leerstandsquote: 16%)

Das Zentrum der Stadt Halberstadt wurde bei einem Bombenangriff im April 1945 fast vollständig zerstört. Bis 1990 zeichnete sich die historische Altstadt durch eine fast sechs Hektar große Brache aus, da sich der Wiederaufbau nach 1945 auf den Neubau von Block- und Plattenbauten konzentriert hatte. Wichtigstes Ziel der Stadtentwicklung nach 1990 war folgerichtig eine Wiederbebauung des Stadtzentrums, die den historischen Stadtgrundriss wieder aufnehmen und somit die Identität der Bewohner mit ihrer Gesamtstadt neu herstellen sollte. Dabei hätten eine Sanierung der weitgehend verfallenden Bausubstanz in den angrenzenden Altstadtbe-

reichen, die Brachflächenaktivierung und eine altstadtgerechte Platz- und Straßengestaltung keinesfalls ausgereicht, um dem Zentrum eine neue urbane Qualität zu verleihen. Vielmehr wurde von Anfang an der Fokus auf eine Gesamtstrategie gelegt, die sowohl eine den Bedürfnissen der Bürger angepasste Nutzungsvielfalt als auch die Umsetzung höchster Gestaltungsqualitäten in stadträumlicher und architektonischer Hinsicht forderte.

In einem frühzeitig ausgelobten städtebaulichen Ideenwettbewerb konkretisierten sich die Planungen auf die Wiederherstellung der historischen Doppelplatzsituation, in der die beiden Märkte durch das Rathaus städtebaulich verbunden waren. Nach intensiven Vorarbeiten konnte das Stadtzentrum innerhalb einer kurzen Bauzeit neu entstehen.



Juni 1996



Oktober 1997



Januar 1998



März 1998

*Abb. 12: Bauphasen der Neubebauung des Stadtzentrums von Halberstadt (Juni 1996 – März 1998)
Quelle: Stadt Halberstadt*

In der Umsetzung wurde die Kombination von historisch tradierten Stadtstrukturen mit einer zeitgemäßen architektonischen Gestaltung angestrebt, die sich in einem engen kritisch-konstruktiven Zusammenwirken mit einer engagierten und durch ausgeprägtes geschichtliches Bewusstsein besonders sensibilisierten Bürgerschaft vollziehen konnte. Exemplarisch dafür ist die Errichtung und Gestaltung des Rathauses. Die Reparatur der Stadtgestalt in Halberstadt kann als gelungenes Beispiel der Rückgewinnung städtebaulicher Maßstäbe und funktionaler Stärkung anerkannt werden, die zu einem erheblichen Identitätsgewinn und damit zur Konsolidierung der weiteren Stadtentwicklung führt.

6.12 Stärkung des öffentlichen Raumes

Bei nahezu allen Stadtumbaukonzeptionen ist eine eindeutige Prioritätensetzung zugunsten der Innenstädte, namentlich der historisch gewachsenen und baukulturell besonders wertvollen Altstadtkerne, zu erkennen. Die diesbezüglich bereits in der Wettbewerbsausschreibung getroffenen Grundaussagen wurden damit auf eindeutige Weise aufgegriffen und bestätigt. In mehreren Fällen wurden dabei die konkreten, stadtbezogenen Leitbilder und Zielvorstellungen auf die grundsätzlichen Vorzüge der „Europäischen Stadt“ zurückgeführt und der betreffende kommunale Beitrag als ein entscheidender Schritt in die Richtung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Stadtentwicklung herausgestellt. Diese Orientierung impliziert, wenn auch nicht in jedem Einzelfall konzeptionell unterlegt, nicht zuletzt ein klares Bekenntnis der Kommunen zu einer Stärkung des öffentlichen Raumes.

Die massive Vernachlässigung der Modernisierung und Instandsetzung gründerzeitlicher Bausubstanz in den DDR-Städten, aber auch die in den 1990er Jahren durch enorme Deindustrialisierungsprozesse hervorgerufene Entwicklung innerstädtischer Brachflächen haben insbesondere die Kommunen in den neuen Ländern mit dynamischen Leerstandsentwicklungen in innenstadtnahen Wohnbereichen konfrontiert und Handlungskonzepte erforderlich gemacht. An wenigen herausgegriffenen Beispielen sollen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zur Stärkung des öffentlichen Raumes veranschaulicht werden.

Mit der Bebauung des Stadtzentrums ist der Stadtumbau in Halberstadt aber keineswegs abgeschlossen. Die Beseitigung der infrastrukturellen Defizite, die Gestaltung der bislang gesichtslosen Stadteingänge und die weitere Stärkung der Zentralität des Stadtkerns, aber auch der gesamten Stadt innerhalb ihrer Region bleiben wichtige Aufgaben der Stadtentwicklung. Maßnahmen sind bspw. die Einrichtung der Fachhochschule Harz sowie die Weiterentwicklung der Museumslandschaft. Für die Durchführung und Umsetzung des Wettbewerbs zur neuen Stadtmitte erhielt Halberstadt eine Goldplakette im Bundeswettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“.

In **Apolda** (Thüringen, Doppelstadt, Mittelzentrum, ca. 25.100 Einwohner, Leerstandsquote 12,9 %) ist ein gründerzeitliches Altstadtviertel in Bahnhofsnähe durch hohen Leerstand und Zeichen der Verwahrlosung gekennzeichnet. Mit Hilfe des Stadtumbaus soll dieser Bereich revitalisiert werden. Neben klassischen Sanierungsmaßnahmen gehören dazu insbesondere die Aufwertung des Quartiers als kulturelles Zentrum, dessen Entwicklung mit dem Kunsthaus „Apolda Avantgarde“ und einem Museum bereits begonnen wurde und die Diversifizierung des Wohnungsangebotes. Ein besonders interessantes Beispiel stellt dabei die Entwicklung altersgerechter Wohnformen mit unterschiedlichsten Betreuungsangeboten dar, die in ehemaligen Fabrikantenvillen mit Hof- und Gartenbereichen eine sinnvolle Umnutzung leerstehender Bausubstanz ermöglichen.

Die Stadt **Bad Langensalza** (Thüringen, Doppelstadt, teilfunktionales Mittelzentrum, ca. 19.900 Einwohner, Leerstandsquote: 12,8%) erhielt 2002 eine Sonderplakette im Bundeswettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ für die qualitätsvolle und ideenreiche Gestaltung des öffentlichen Raumes in der historischen Altstadt. Die Freiflächengegestaltung konzentriert sich dabei besonders auf die Entwicklung historischer Plätze zu Merkzeichen in der Stadtstruktur. Die Verbindung der Plätze durch ein Wasserrinnen-System, die Betonung historischer Zitate in der Platzmöblierung und die Erarbeitung eines Stadtboden-

gestaltungskonzeptes verdeutlichen dabei den ganzheitlichen und stadtgestalterischen Anspruch.



Abb. 13: Ausstellungsposter zum Wettbewerbsbeitrag der Stadt Bad Langensalza im Bundesweiten Wettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“
Quelle: BMVBW 2002b: 105

Neben diesen baulichen Maßnahmen tragen identitätsstiftende Veranstaltungen wie das „Kornmarktfest“, das „Mittelalterfest“ und das regional bedeutsame „Brunnenfest“ zur Vitalisierung der Innenstadt bei.

Ziel des Stadtumbaus in **Naumburg/Saale** (Sachsen-Anhalt, Altbaustadt, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, ca. 30.300 Einwohner, Leerstandsquote 17,5 %) ist es, den derzeit hohen Leerstand und den erheblichen Sanierungsbedarf in der Altstadt und der Domstadt zu reduzieren und die Wohnfunktion generell zu stärken. Mit einem umfassenden Sanierungskonzept soll der reichhaltige Bestand an Bürgerhäusern aus dem 15. bis 18. Jahrhundert und wertvollen Hofgebäuden erhalten werden. Die Bevölkerungszunahme in der Altstadt bei gegenläufiger Tendenz in der Gesamtstadt unterstreicht die Fortschritte in der Verbesserung der Aufenthalts-, Nutzungs- und Wohnqua-

lität und spricht damit eindeutig für die Fortsetzung der eingeschlagenen Strategie.

Auch in **Sangerhausen** (Sachsen-Anhalt, DDR-Entwicklungsstadt, Mittelzentrum, ca. 25.400 Einwohner, Leerstandsquote: 13%) steht die Verbesserung von Struktur und Gestaltung des öffentlichen Raumes im Mittelpunkt des Stadtumbaus in der Altstadt.



Abb. 14: Geplante Projekte in der Innenstadt von Sangerhausen
Quelle: BMVBW 2002b: 331

Das Konzept besteht dabei durch die Verwendung unspektakulärer, aber qualitätsvoller Gestaltungselemente. Dabei wird ein besonderer Wert auf die Akzentuierung von Grün- und Wasserflächen gelegt. Für die noch bestehenden Probleme des Durchgangsverkehrs und der Parkraumkapazitäten sollen mit der in Arbeit befindlichen Verkehrsplanung neue Lösungen gefunden werden. Für die beispielhafte Gestaltung der öffentlichen Räume erhielt die Stadt Sangerhausen 2002 eine Sonderplakette im Bundeswettbewerb „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“.

7 Schlussbemerkung

„Baukultur im Stadtumbauprozess“ – die vorliegende Ausarbeitung versteht sich als eine Momentaufnahme des gegenwärtigen Diskurs- und Arbeitsprozesses zu diesem sich gerade erst in jüngster Zeit deutlicher abzeichnenden Wissens- und Handlungsfeld. Dabei zeigt sich:

- Sowohl Baukultur als auch Stadtumbau sind als gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu verstehen, für die es aufgrund ihres prozesshaften Charakters der Einbindung eines möglichst breiten Spektrums unterschiedlicher Akteure bedarf.
- Sowohl in der Baukulturdebatte als auch im Stadtumbauprozess wird als wesentliche Zielstellung die Verbesserung der Lebens- und Nutzungsqualität im Bereich der Gestaltung und Nutzung der gebauten Umwelt verfolgt.

Durch den in der vorliegenden Arbeit geprägten Begriff der „Stadtumbaukultur“ und durch den Vorschlag einer Orientierung auf die jeweils stadtkonkrete Erarbeitung einer „Leitlinie Stadtumbaukultur“ werden diese Gemeinsamkeiten aufgegriffen und den relevanten Akteuren wird eine Vielzahl von Möglichkeiten aufgezeigt, wie durch die engagierte und professionelle Einbeziehung baukultureller Aspekte der lokale Stadtumbauprozess qualifiziert werden kann. Die gesamte Bandbreite der Stadtumbaukultur soll im Sinne der hier vorgelegten Arbeit zusammenfassend nochmals kurz umrissen werden:

- Stadtumbaukultur bezieht sich auf alle wichtigen städtischen Planungsebenen – von der Gesamtstadt über die Stadtteile und Stadtquartiere bis hin zum Einzelgebäude.
- Stadtumbaukultur erfordert als methodische Grundlage fundierte Stadtbildanalysen neuer Qualität, mit deren Hilfe herausgearbeitet werden kann, welche Bestandteile der Stadt unter den konkreten Bedingungen dramatischer Wandlungsprozesse verantwortungsvoll und vorausschauend bewahrt, verändert oder weiterentwickelt werden müssen.
- Stadtumbaukulturelle Zielstellungen haben bereits heute einen festen Platz in

den stadumbauespezifischen Leitlinien für die unterschiedlichen städtischen Gebietstypen und lassen sich sowohl hinsichtlich unterschiedlicher Stadttypen als auch hinsichtlich der verschiedenen Umstrukturierungsschwerpunkte und Prioritätensetzungen (Erhalt vs. Rückbau) vielfältig konkretisieren und differenzieren.

- Zur Institutionalisierung stadumbaukultureller Zielstellungen bietet sich ein breites Instrumentarium an, dessen gemeinsame Grundlage darin besteht, dass die entwickelten Lösungen nicht nur auf Akzeptanz, sondern auf die aktive Unterstützung der relevanten Akteure und der Betroffenen angewiesen sind.
- Im aktuellen Stadtentwicklungs- und Stadtumbauprozess zahlreicher Städte findet sich bereits heute eine Vielzahl konkreter Planungen und Umsetzungsmaßnahmen, die – auch wenn nicht explizit so bezeichnet – den unterschiedlichen sektoralen und planerisch relevanten Ebenen der Stadtumbaukultur zugeordnet werden können. Die im Kapitel 6 der vorliegenden Broschüre zusammengestellten und kurz angerissenen Beispiele aus den 2001 / 2002 durchgeführten Wettbewerben „Stadtumbau Ost“ und „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen“ lassen die Vielschichtigkeit dieses Themenfeldes deutlich werden. Bei aller Unterschiedlichkeit vertreten die dargestellten Beispiele jedoch in ihrer Gesamtheit den Anspruch, den Stadtumbauprozess auch in seiner kulturellen Dimension kreativ erfassen zu wollen und die Problemlösungen keineswegs nur im Sinne einer kurzfristigen Pragmatik anzugehen.

Die Arbeit an der vorliegenden Broschüre sowie die Diskussion mit wichtigen Akteuren haben jedoch auch gezeigt, dass es zum Themenfeld der Stadtumbaukultur derzeit noch viele offene Fragen und Handlungsspielräume gibt, die im Rahmen des neuen Bund-Länder-Förderprogramms zum Stadtumbau aufgegriffen werden sollten. Übergeordnetes Ziel sollte es sein, die Fragen der stadumbaubezogenen Baukultur mit individuellen Lösungen für eine zielgerichtete Qualifizierung der örtlichen Umstrukturie-

rungsprozesse zu verknüpfen, die es den beteiligten Akteuren ermöglichen, mit dem Baukulturbegriff auch in ihren konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhängen eine spürbare Qualitätsverbesserung zu verbinden. Stadtumbaukulturelle Leitbilder und Zielstellungen werden – wie in der vorliegenden Broschüre gezeigt werden konnte – von Kommune zu Kommune mit unterschiedlichen Vorstellungen und Herangehensweisen verbunden und in entsprechenden Maßnahmen umgesetzt werden. Verallgemeinerungsfähige Rezepte und perfekte Lösungsmodelle wären in diesem Zusammenhang daher mit Sicherheit fehl am Platze.

Vielmehr wird es in Zukunft um vertiefte Analysen, Wissenstransfer und diskursive Wissensvermittlung gehen, aber auch um eine gründliche Wirkungsanalyse des Stadtumbauprozesses, insbesondere bezüglich der Arbeit mit neuen oder weiterentwickelten Verfahren und Instrumenten im Bereich der Stadtumbaukultur.

Abgesehen von notwendigen finanziellen Ressourcen sind weniger die Regelwerke, sondern vor allem persönliches Engagement und Werthaltungen der Schlüssel für eine Entwicklungsdynamik, die der Stadtumbauprozess braucht. Dieses Potenzial muss durch geeignete offene Verfahren erschlossen und mit dem Mehrwert guter Architektur und Gestaltung verbunden werden.

In der Folge notwendiger Schrumpfungs- und Umstrukturierungsprozesse müssen in den Städten neue endogene Entwicklungsstrategien entstehen, mit deren Umsetzung die stadtregionale und lokale Identitätsbildung gefördert wird, lokalspezifische Chancen und Potenziale genutzt werden und trotz erheblicher quantitativer Abschwünge ein qualitatives Wachstum entstehen kann im Sinne von „Mehr Stadt – und damit insbesondere auch mehr Baukultur – für weniger Bürger!“.

Quellenübersicht

[BBR 2002] Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Geschäftsstelle „Stadtumbau Ost“): Inhaltliche Anforderungen an die Wettbewerbsbeiträge – Stand: 15. Mai 2002. Bonn

[BMVBW 1999] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Eine Zukunft für die Plattenbausiedlungen. Abschlussbericht der Forschungsbegleitung zum Bund-Länder-Förderprogramm „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins“; Bonn / Berlin, 1999

[BMVBW 2001a] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Statusbericht Baukultur in Deutschland. Ausgangslage und Empfehlungen. Berlin, 2001

[BMVBW 2001b] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Stadtumbau in den neuen Ländern. Berlin, 2001

[BMVBW 2001c] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Lläuft die Platte leer? Möglichkeiten und Grenzen von Strategien zur Leerstandsbe-kämpfung in Großsiedlungen. Berlin, 2001

[BMVBW 2002a] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 27 – Dokumentation des 9. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz am 4. und 5. September 2001 in Quedlinburg. Bonn/Berlin, 2002

[BMVBW 2002b] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Bundesweiter Wettbewerb 2001-2002. Werkbericht. Berlin, 2002

[BMVBW / BBR 2002] Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zum Stadtumbau Ost, Ausgabe 3, August 2002; Berlin / Bonn

Brenner, Janos / Krautzberger, Michael (2002): Bekenntnis zur Stadt – Wettbewerb Stadtumbau Ost entschieden; in: Deutsches Architektenblatt 11/2002, S. 22-23

Deutscher Bundestag (2002): Unterrichtung durch die Bundesregierung; Bericht der Bundesregierung – Initiative Architektur und Baukultur. Drucksache 14/8966; Berlin

Dören, Béla (1998): Chemnitz – Leitlinien zur Entwicklung einer fragmentierten Stadt. In: Becker, Heidede / Jessen, Johann / Sander, Robert (Hrsg.): Ohne Leitbild? – Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart / Zürich, S. 187-194

Eichstädt, Wulf (2001): Planung mit erhöhtem Risiko. In: Keim, Karl-Dieter (Hrsg.): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland; Erkner (= Regio transfer 1)

Förderverein Deutsches Architektur Zentrum e.V. (DAZ) (2001): Eine Nationale Stiftung Baukultur? Innovation, Integration und Kommunikation durch Baukultur zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus. Berlin

Ganser, Karl (2001): „Hände weg, liegen lassen!“ In: Der Architekt, Heft 4/2001, S. 27-30

Haller, Christoph / Rietdorf, Werner (2002): Baukulturelle Aspekte im Stadtumbauprozess – eine neue Aufgabe. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Fachdokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“. Bonn, S. 79-82

Hatzfeld, Ulrich (2002): Baukultur als Haltung und Handlung. Ein Programm für mehr Baukultur in Nordrhein-Westfalen; in: PlanerIn 1/02 (März 2002), S. 31-33

Herrmann, Lutz: Stadtumbau Ost; in: kulturpolitische mitteilungen Nr. 96, I/2002, S. 53-55

Herz, Raimund / Werner, Matthias / Marschke, Lars (2002): Anpassung der technischen Infrastruktur. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Fachdokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“. Bonn, S. 50-60

Kähler, Gerd (2002): Baukultur in Deutschland 1. Statusbericht Langfassung – Bestandsaufnahme, Tendenzen, Empfehlungen. Bonn (= Berichte des BBR Band 11)

Knoll, Siegfried / Stein, Martin: Ostdeutsche Landschaften; in: kulturpolitische mitteilungen Nr. 96, I/2002, S. 56-61

Lang, Thilo / Tenz, Eric (2002): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City – Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Diplomarbeit im Fachbereich Raum- und Umweltplanung der Universität Kaiserslautern. Verfügbar im Internet unter www.schrumpfende-stadt.de

Lütke Daldrup, Engelbert (2001): Die perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung. In: Stadtbauwelt 150/2001 (=Bauwelt 24/2001), S. 40-45

Lynch, Kevin (1989): Das Bild der Stadt. Braunschweig

Merchan, Isabel (2002): Suche nach Leitbildern für zeitgemäße Baukultur; in: Die Wohnungswirtschaft Nr. 2 / Februar 2002, S. 26-28

Penske, Lutz (2002): Sanierung – Teil des Stadtumbaus. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Bundesweiter Wettbewerb 2001-2002. Werkbericht. Berlin, S. 34-35

Rietdorf, Werner (Hrsg.) (2001): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts; Berlin

Stiftung Bauhaus Dessau (mit Philipp Oswald und Klaus Overmeyer) (2001): Weniger ist mehr. Experimenteller Stadtumbau in Ostdeutschland. Dessau.

Venturi, Robert (1978): Komplexität und Widerspruch in der Architektur. Braunschweig

Welsch, Wolfgang (1990): Perspektiven für das Design der Zukunft. In: ders.: Ästhetisches Denken. Stuttgart

Welsch, Wolfgang (2001): Räume bilden Menschen. In: Schirmbeck, Egon (Hrsg.): Raumstationen. Metamorphosen des Raums im 20. Jahrhundert. Ludwigsburg, S. 12-24

Welsch, Wolfgang (2002): Orte des Menschen? In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Baukultur in Deutschland. Kongress vom 3. bis 5. Dezember 2001 in Köln. Dokumentation. Berlin/Bonn, S. 23-37

Willinger, Stephan (2002): Baukultur ist unsichtbar! In: RaumPlanung 103 (September 2002), S. 186-188